



Open Access Repository
www.ssoar.info

Arbeit und Organisationsverhalten der Zigarrenarbeiter in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert: ein Beitrag zur Erklärung der Führungsrolle der Zigarrenarbeiter in der frühen politischen Arbeiterbewegung

Schröder, Wilhelm Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, W. H. (2011). Arbeit und Organisationsverhalten der Zigarrenarbeiter in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert: ein Beitrag zur Erklärung der Führungsrolle der Zigarrenarbeiter in der frühen politischen Arbeiterbewegung. *Historical Social Research, Supplement*, 23, 195-251. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337713>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Arbeit und Organisationsverhalten der Zigarrenarbeiter in
Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert.
Ein Beitrag zur Erklärung der Führungsrolle der
Zigarrenarbeiter in der frühen politischen Arbeiterbewegung
*Wilhelm Heinz Schröder**

Abstract: Bis zum Fall des Sozialistengesetzes 1890 bestand bei geringem personellen Angebot aus anderen Berufen ein ständiger Mangel an Führungskräften in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Unter diesen günstigen Wettbewerbsbedingungen gelang es zahlreichen Zigarrenarbeitern, schon vor dem Sozialistengesetz aber auch noch zu Beginn der 1890er Jahre führende Positionen auf allen Parteiebenen zu erobern und diese auch meist über die Jahrhundertwende hinaus zu behaupten. Im Rahmen der Gesamtstudie „Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung“ diente die vorliegende Untersuchung zu den „latenten“ und „manifesten“ Interessen der Zigarrenarbeiter als Fallstudie zum Zusammenhang von Arbeit und Organisationsverhalten und damit auch zur Erklärung der überraschenden politischen Überrepräsentanz einer kleinen Gruppe von (bestenfalls „angelernten“) Arbeitern. – Im ersten Teil werden die Entstehung und Entwicklung von Heimindustrie und Manufaktur in der Zigarrenindustrie beschrieben, eine arbeits- und arbeiterbezogene Analyse der Zigarrenherstellung durchgeführt und latente Determinanten des Organisationsverhaltens für die Zigarrenarbeiter und allgemein für Heim- und Manufakturarbeiter bestimmt. – Im zweiten Teil werden die Entstehung und Anfänge (1848/49) und die Befestigung und Stabilität der Tabakarbeitergewerkschaft seit 1865 dargestellt, dabei werden u.a. die Wirksamkeit von beschäftigungsbezogenen Konflikten und Streiks, von Labelsystem und Produktionsgenossenschaften sowie vom Unterstützungswesen auf das Organisationsverhalten geprüft. – Wichtig für die Überrepräsentanz sind u.a.: 1) gute Kommunikationsmöglichkeiten in der Manufaktur (z.B. „Vorleser“), 2) Möglichkeit sich als kleiner heimindustrieller Zigarrenfabrikant selbständig und damit wirtschaftlich und politisch unabhängig zu machen und 3) die immense Bedeutung der staatlichen Zoll- und Steuerpolitik für Tabak, die die Lage der Tabakarbeiter und das Recht auf Massenkonsum ständig bedrohte und die u.a. zur Etablierung einer einflussreichen Zigarrenarbeiter-„Lobby“ in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion führte.

* Reprint/Summary of: Wilhelm Heinz Schröder (1978): Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M./New York 1978, Teil 1 (Summary) S. 101-120, 150-162; Teil 2: 120-150; Teil 3: 237-253.

1. Heimindustrie und Manufaktur in der Zigarrenindustrie

1.1 Entstehung und Entwicklung der Zigarrenindustrie¹

Die Zigarrenfabrikation etablierte sich in Deutschland erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts, erlebte aber ihre erste expansive Aufschwungphase erst nach der Beendigung der Napoleonischen Kriege und der Beseitigung der dadurch hervorgerufenen dysfunktionalen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.² Da die Zigarrenherstellung in dieser Anfangsphase fast ausschließlich mit höherwertigen ausländischen Rohtabaken vorgenommen wurde, fanden sich – ihrer zoll- und transportbegünstigten Lage entsprechend – die ersten industriellen Zentren in den beiden Hansestädten Bremen und Hamburg, wo auch die erste Zigarrenmanufaktur im Jahre 1788 errichtet wurde.

Die Zigarrenfabrikation trug von Beginn an kapitalistische Züge, die Zigarren wurden lange Zeit ausschließlich in relativ großen zentralisierten Manufakturbetrieben hergestellt.³ Die Notwendigkeit solcher manufakturrellen Großbetriebe war allgemein: einerseits bedurfte die Zigarre als Luxuskonsumartikel der strengen Qualitätskontrolle, wie sie gleichbleibend nur mit der entsprechenden Arbeitsorganisation eines Großbetriebs durchgeführt werden konnte, andererseits galten die Zigarrenmacher in dieser Anfangsphase noch als gesuchte Spezialisten, die sich noch nicht beliebig aus dem dafür knappen Arbeitskräfteangebot rekrutieren und die sich eben nur in den beiden Industriezentren ausreichend finden ließen. Für eine handwerkliche Organisation der Zigarrenherstellung fehlten die notwendigen Voraussetzungen; vor allem der insgesamt geringe und geographisch nur wenig verdichtete Verbrauch erforderte ein relativ aufwendiges Vertriebssystem, wie es die nur begrenzten Möglichkeiten eines Kleinbetriebs bei weitem überstieg; zudem war die Zigarrenfabrikation als Luxusfabrikation relativ kapitalintensiv: Beschaffung der teuren Rohstoffe, risikoreiche Vorratsproduktion usw.

Ogleich auch im übrigen Deutschland bescheidene Ansätze zur Zigarrenherstellung schon vorhanden waren, veranlaßte und beschleunigte erst die Gründung des Zollvereins 1834/35 eine weitergehende geographische Ausweitung der Zigarrenherstellung. Geschützt vor der hanseatischen Konkurrenz durch die Errichtung hoher Zollschränken, eröffnete sich nun den inländischen Zigarrenfabrikanten ein neuer umfassender Absatzmarkt. Durch diese Prohibitivzölle initiiert, konstituierte sich in den 1830er und 1840er Jahren eine beständig expandierende Zigarrenindustrie, vornehmlich in Sachsen, Westfalen und Baden, wo sowohl aufgrund verminder-

¹ Mit der Bezeichnung „Zigarrenindustrie“ wird hier – analog dem überwiegenden historischen Sprachgebrauch – allgemein der Begriff für das Gewerbe übernommen.

² Zur allgemeinen Entwicklung und Geschichte der deutschen Tabak- bzw. Zigarrenindustrie vgl. Heyde, Ludwig: Bedeutung der technischen Entwicklung in der deutschen Zigarren- und Zigarettenindustrie. Stuttgart 1910; Lissner, Julius: Die deutsche Tabaksteuerfrage. Leipzig 1907; Jaffé, Edgar, Hausindustrie und Fabrikbetrieb in der deutschen Zigarrenfabrikation. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 86 (1899), S. 279-341; Lewinstein, Gustav: Die deutsche Tabak-Industrie. Eine Skizze ihrer Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Berlin 1897.

³ Jaffé, Edgar, Hausindustrie; S. 300.

ter Lohnkosten als auch durch die Verarbeitung billiger inländischer Rohtabake preiswertere Zigarren hergestellt werden konnten.

Eine zweite allgemeine Strukturveränderung der Zigarrenindustrie erfolgte nach dem Beitritt des Steuervereins (Hannover, Braunschweig) zum Zollverein, als gleichzeitig die inländische Steuer auf Rohtabak gesenkt und der Importzoll für ausländische Fertigfabrikate erhöht wurde. Die alten Produktionszentren Hamburg und Bremen, die nicht dem Zollverein angehörten, beschränkten sich daraufhin nur noch auf die Herstellung bester Zigarrensorten, wofür man ein ausreichendes Potential qualifizierter Zigarrenmacher zur Verfügung hatte. Ansonsten blieben die beiden Städte nur noch Sitze der großen Zigarrenfirmen, während man die Produktion für Bremer und Hamburger Rechnung in die benachbarten preußischen Gebiete verlagerte, um dadurch den Importzoll zu umgehen.

Im übrigen Deutschland verfestigte sich die geographische Verteilung der Zigarrenindustrie in der Form, wie sie während des gesamten Untersuchungszeitraums bestehen blieb und die nur durch einige neue Produktionsregionen noch erweitert wurde. Die regionalen Schwerpunkte lagen vor allem in Westfalen, Sachsen, Thüringen und Baden, aber auch in den Provinzen Brandenburg, Rheinland und Schlesien, so wie Hessen-Nassau und Hannover.

Diese inländische Zigarrenindustrie, die bisher einseitig auf die Herstellung billigerer Sorten beschränkt war, profitierte von den Prohibitivzöllen, erhöhte ihre Produktion, übernahm auch die Herstellung besserer Sorten und dehnte sich bei nur geringer ausländischer Konkurrenz über ganz Deutschland aus. Die beispiellose Aufschwungphase, die die Zigarrenindustrie in der Periode von 1850 bis 1873 erlebte, wurde – neben den Auswirkungen der allgemeinen depressiven Phasen – nur einmal zeitweise unterbrochen, als die USA 1862 die Einfuhrzölle für Zigarren drastisch erhöhten. Die bisher überwiegend exportorientierte badische Zigarrenindustrie verlor damit ihr größtes Absatzgebiet und mußte nun die preiswerte Pfälzer Zigarre auf dem inländischen Markt anbieten, was zu einem vorübergehenden Überangebot mit all seinen Folgen führte.⁴

Leider liegen für die Zigarrenindustrie keine gesonderten Produktionsstatistiken vor, die wenigen Angaben über die Stückzahlziffer der hergestellten Zigarren sind äußerst unzuverlässig. Um aber einen Einblick in die Produktionsentwicklung zu vermitteln, muß auf die jährlichen Verbrauchsangaben an fabrikationsreifem Tabak in der gesamten Tabakindustrie zurückgegriffen werden, wobei eben dieser Verbrauch weitestgehend auf die Zigarrenindustrie entfiel.⁵

Für die Periode von 1836 bis 1860 liegt nur eine Übersicht für das Zollvereinsgebiet vor;⁶ der Verbrauch stieg hier kontinuierlich von ca. 9 472 t (1836) auf 29 295 t (1860); rezessive Phasen lagen vor während der Agrar- und Gewerbekrise

⁴ Ausführlicher dargestellt bei Seipp, Ludwig: Die Heimarbeit in der Gießener Zigarrenindustrie, Jena 1923; Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 282f.

⁵ Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, S. 49-63 (Texterklärung), S. 266-270 (Tabellen); die Tabellen sind zusammengestellt nach den entsprechenden Bekanntmachungen des Statistischen Amtes (Belegstellen dafür ebda., S. 303). Vgl. auch den Volumindex für 1846 bis 1959 bei Hoffmann, Walther G.: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 379-386.

⁶ Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, S. 268.

1845-1847, während der Revolutionszeit 1848 und 1849 sowie der anschließenden Nachkriegsdepression bis 1851, wobei – trotz der Aufhebung des öffentlichen Rauchverbots⁷ – das Jahr 1848 den tiefsten Rückgang markierte, und schließlich während der ersten Weltwirtschaftskrise 1857-1858.

Für die Periode von 1861 bis 1914 liegen Übersichten sowohl für den Zollverein als auch für das gesamte Reich vor:⁸ von 1861 bis 1867 setzte sich die Aufschwungphase fort und erreichte mit einem Verbrauch von 64 241 t (1867) einen Kulminationspunkt, sank dann bis 1870 stark ab und stieg dann 1871-1873 abnorm an, was einerseits auf den erhöhten Militärbedarf und andererseits auf die extremen Spekulationskäufe 1872/73 von Rohstoffen zurückzuführen ist, welche in der Erwartung einer geplanten, aber nicht realisierten Steuererhöhung unternommen worden waren. Diese Spekulationskäufe wiederholten sich regelmäßig vor allen vermeintlichen und wirklichen Steuerprojekten der Regierung und erklären die teilweise unerhörten Verbrauchsschwankungen. Durch ‚Hamsterkäufe‘ von steuerlich noch geringer belastetem Rohtabak, womit sich die Fabrikanten einen zusätzlichen Gewinn sichern wollten, vermehrte sich der ‚Verbrauch‘, während er nach der Realisierung oder Suspendierung des Steuerprojektes entsprechend zurückging, so daß die beiden Erntejahre vorher und nachher zusammen wieder auf ein normales Verbrauchsmaß nivelliert wurden.⁹

Wurde die Zeit bis 1873 gekennzeichnet durch schnelles Wachstum des Rohtabakgesamtverbrauchs, so wurde dieses Wachstum während der Periode der sogenannten ‚Großen Depression‘ retardiert und stagnierte schließlich. Der Verbrauch stieg von 68 992 t (1873/74) auf nur 75 009 t (1894) an, wobei nur die Spekulationsjahre 1877-1879 und 1890 diesen Verbrauch übertrafen – insgesamt eine erstaunliche Entwicklung, wenn man die geringe Auswirkung der seit 1882 ständig steigenden Reallöhne auf den Tabakverbrauch berücksichtigt.

Die Periode von 1895/96 bis 1914 brachte erneut eine langandauernde Aufstiegsphase, nur unterbrochen durch die allgemeinen Depressionsphasen 1899-1901 und 1907-1908 sowie durch umfangreiche Spekulationskäufe vor der Steuererhöhung 1909; der Verbrauch erhöhte sich auf weit über 100 000 t¹⁰. Überblickt man abschließend die langfristige Entwicklung des Rohtabakverbrauchs, dann zeigt sich wohl die seismographische Empfindlichkeit der Zigarrenindustrie weniger gegenüber der Steuergesetzgebung als vielmehr gegenüber allgemeinen konjunkturellen Lagen, obgleich offensichtlich die beobachteten konjunkturell bedingten Rezessionen an Intensität – soweit es die Quantität betraf – ständig abnahmen.

1.2 Betriebsstruktur der Zigarrenindustrie

Wie die Erhöhung des Rohtabakverbrauchs schon erwarten läßt, stieg die Zahl der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen langfristig stark an. Aber auch hier liegt nur eine Statistik über die Entwicklung der gesamten Tabakindustrie vor, die

⁷ Vgl. Dahms, Ferdinand: Geschichte der Tabakarbeiterbewegung. Hamburg o.J. (1966), S. 19.

⁸ Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, S. 266f.

⁹ Ebd., S. 54.

¹⁰ Die Stückzahl der hergestellten Zigarren stieg von 5 366 349 (1877) auf 7 384 000 (1903), diese Angaben galten allerdings nicht als besonders vertrauenswürdig, vgl. dazu Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 73.

gesonderten Statistiken der Berufsgenossenschaft umfassen ausschließlich versicherungspflichtige bzw. fakultativ versicherte Zigarrenvollarbeiter, so daß vor allem die Heimindustrie kaum dabei berücksichtigt wird.¹¹ Die statistischen Trends lassen sich wie folgt zusammenfassen (siehe Tabelle Nr. 1):¹²

Tab. 1: Gewerbebetriebe und die darin beschäftigten Personen in der Tabakindustrie 1882, 1895 und 1907

Betriebe mit ... Personen		1882	1895	1907
Alleinbetriebe	Betriebe	8 221	10 998	13 565
	Personen	8 221	10 998	13 565
Gehilfenbetriebe mit 1-5 Personen	Betriebe	4 251	4 835	7 556
	Personen	11 906	13 417	18 727
Gehilfenbetriebe mit 6-50 Personen	Betriebe	2 243	2 800	3 387
	Personen	37 614	49 433	66 218
Gehilfenbetriebe mit über 50 Personen	Betriebe	511	734	962
	Personen	55 655	79 242	104 714
Total	Betriebe	15 226	19 357	25 470
	Personen	113 396	153 080	203 224
Gehilfenbetriebe insgesamt	Betriebe	7 005	8 369	11 905
	Personen	105 175	142 092	189 659

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S. +14, +35, +88.

- 1) Die Zahl der beschäftigten Personen stieg von 1875 (dort 110 891) bis 1882 nur wenig, von 1882 bis 1907 stark und gleichmäßig an; insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten zwischen 1875 und 1907 um 83,3%. Die Zahl der Hauptbetriebe vermehrte sich dagegen ständig, von 1875 (dort 10 583) bis 1907 um 240%!
- 2) Der relative Anteil der Alleinbetriebe an der Gesamtzahl der Hauptbetriebe vergrößerte sich leicht von 54,0% (1882) auf 56,8% (1895) und sank dann auf 53,6% (1907) hinab; auch unter Einschluß des Ergebnisses der nicht ganz vertrauenswürdigen Enquete von 1877 (dort 3484 Alleinbetriebe) stieg ihre absolute Zahl kontinuierlich an, von 1882 bis 1907 um 65%.
- 3) Entsprechend schwankte auch der relative Anteil der Gehilfenbetriebe (1882: 46,0%, 1895: 43,2%, 1907: 46,7%); ihre absolute Zahl erhöhte sich von 1882 bis 1895 langsam und von 1895 bis 1907 erheblich, insgesamt um 70%, nur wenig mehr als die Alleinbetriebe. Dagegen stieg die Zahl der darin beschäftigten Personen absolut ständig an, insgesamt um 80%. Die Personenfrequenz pro Gehil-

¹¹ Kritik der berufsgenossenschaftlichen Statistik ausführlich bei Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 151-158; Übersicht und gesonderter tabellarischer Auszug für Zigarrenarbeiter in der Berufsgenossenschaft bei Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, S. 286-295 (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. Bd. I, II, III. München/Leipzig 1919 und 1927, Bd. III. 1, S. 467). Die anlässlich der Berufszählung von 1895 durchgeführte Enquete ergab das folgende Resultat: danach stellten die Zigarrenarbeiter 91,4% aller Tabakarbeiter, vgl. Frisch, Walther: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie. Leipzig 1905, S. 4.

¹² Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S. +14, +35, +88.

fenbetrieb vermehrte sich von 15 (1882) auf 17 (1895), sank jedoch bis 1907 wieder auf 14 hinab.

- 4) Der relative Anteil der Kleinbetriebe (bis 5 Personen) an der Gesamtzahl der Gehilfenbetriebe verringerte sich leicht von 27.9% (1882) auf 25.0% (1895) und vergrößerte sich erneut bedeutend auf 29.7% (1907), während sich ihre absolute Zahl von 1882 bis 1895 langsam und von 1895 bis 1907 beträchtlich vermehrte, insgesamt um 77.8%. Ihr relativer Anteil an den in den Gehilfenbetrieben beschäftigten Personen sank von 10.5% (1882) auf 8.8% (1895) und stieg dann nur wenig auf 9.2% (1907) an, obgleich sich ihre absolute Zahl um immerhin 57.3% erhöht hatte. Die Personenfrequenz (1882: 2.8, 1895: 2.8; 1907: 2.5) zeigt eine verminderte Personendichte an.
- 5) Der relative Anteil der Mittelbetriebe (6 bis 50 Personen) an der Gesamtzahl der Gehilfenbetriebe reduzierte sich von 14.7% auf nur noch 13.3% (1907), steigerte aber die absolute Zahl sowohl seiner Betriebe um 51% als auch die Zahl der darin beschäftigten Personen um 76%. Die Mittelbetriebe wiesen eine gleichmäßige Verdichtung der Beschäftigten auf (1882: 16.8; 1895: 17.7; 1907: 19.6).
- 6) Der relative Anteil der Großbetriebe (über 50 Personen) an den Gehilfenbetrieben stieg nur wenig von 3.4% (1882) auf 3.8% (1895) und stagnierte schließlich 1907; auch ihr Anteil an den Personen erhöhte sich nur leicht von 49.1% (1882) auf 51.8% (1895) und verringerte sich bis 1907 sogar auf 51.5%. Die absolute Zahl sowohl der Betriebe (um 53.1%) als auch der Personen (um 88.1 %) vermehrte sich stark. Die Personenfrequenz blieb fast stabil (1882: 108.9; 1895: 107.8; 1907: 108.9).

Die Resultate der Berufs- und Gewerbestatistik spiegeln eine eigentümliche Entwicklung der deutschen Tabakindustrie wider. Während 1882 die Tabakindustrie – verglichen mit dem Stand anderer Gewerbezweige – schon ein weit überdurchschnittliches Maß an zentralisierter Produktion in Großbetrieben, die fast die Hälfte aller in den Gehilfenbetrieben tätigen Personen beschäftigten, aufwies, setzte sich die Zentralisierung- bzw. Konzentrationstendenz in den nächsten Jahrzehnten kaum fort. Trotz starker Zunahme der absoluten Zahl sämtlicher Betriebsgrößen und der Zahl der Beschäftigten änderte sich an der relativen Verteilung recht wenig. Die wichtigsten Trends, nämlich gleichzeitig Dezentralisierung in den Kleinbetrieben und Zentralisierung in den Großbetrieben, konturierten sich nur schwach und uneinheitlich, obgleich die 1895 sichtbar gewordene Trendabweichung bis 1907 wieder aufgehoben und die längerfristigen Trends erneut bestätigt scheinen.

Die geographische Verteilung der Zigarrenproduktion blieb in großen Zügen, soweit es größere regionale Einheiten betraf, seit den 1850er Jahren gleich (siehe Tabelle 2).¹³

Zum Zentrum des deutschen Tabakanbaus und auch der Zigarrenproduktion avancierte Baden, das neben den höchsten Anteilen an den beschäftigten Personen zugleich die mit weitem Abstand höchste groß- bzw. mittelbetriebliche Verdichtung aufwies. Das Königreich Sachsen, dessen Zigarrenarbeiter besonders in der Frühphase der Tabakarbeitergewerkschaft eine überragende Rolle im Verband spielten,

¹³ Vergleichende Übersicht für die Zählungen seit 1861 bei Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, S. 276-280.

repräsentierte den Gegenpol: höchster Anteil an den Betrieben (29.6%, 1907), aber weitestgehende Dezentralisierung der Personen (nur 2.9 Pers. pro Betrieb).

Tab. 2: Regionale Verbreitung der Tabakindustrie 1875 und 1907 nach der Zahl der beschäftigten Personen

	<i>Anteil an den Erwerbstätigen</i>		<i>Personen pro Betrieb 1907</i>
	<i>1875</i>	<i>1907</i>	
Baden	12.2%	18.4%	43.0
Kgr. Sachsen	11.6%	11.6%	2.9
Prov. Schlesien	9.7%	11.1%	13.0
Prov. Sachsen	6.4%	6.9%	7.4
Prov. Brandenburg	6.9%	6.2%	5.5
Hannover	5.3%	2.8%	5.3
Schleswig	3.4%	2.0%	3.5
Hamburg	1.4%	1.5%	6.2
Bremen	1.1%	1.0%	3.7

Quelle: Nach der zusammenfassenden Übersicht für die Zählungen seit 1861 bei J. Lissner, Tabaksteuerfrage, S. 276-280.

1.3 Struktureller Wandel ohne Innovation

Die Tabakverarbeitung eignete sich vorzüglich als Vehikel staatlicher Finanzpolitik, wobei die wohl ursprünglich damit verbundene Absicht, das gesundheitsschädliche Rauchen einzuschränken, schnell verdrängt wurde und rein finanzpolitischen Erwägungen Platz machte.¹⁴ Die Besteuerung des inländischen Rohtabaks bzw. die Zollerhebung auf ausländischen Rohtabak schuf eine neue Form der indirekten Verbrauchssteuer, die mit dem Übergang der Zigarre zum Massenkonsumartikel wachsende Einnahmen garantierte. Jede Steuer- bzw. Zollerhöhung verursachte aber einen Anstieg der Abgabepreise für Rohtabake bzw. verteuerte für den Fabrikanten den Einkauf von Rohstoffen. Wollte der Fabrikant seinen Profit nicht einschränken, dann mußte er den höheren Einkaufspreis entweder anteilmäßig auf den Abgabepreis der Zigarren umlegen oder er mußte die Produktionskosten senken. Die Steuer- und Zollpolitik konnte auf diese Weise nachhaltig die Entwicklung der deutschen Zigarrenindustrie beeinflussen.

Das Deutsche Reich übernahm bei seiner Gründung das Gesetz vom 26. Mai 1868 des Norddeutschen Bundes, welches für den Tabakanbau einen hohen Einheitssatz für eine Flächensteuer festlegte. Nachdem Bismarcks Tabakmonopol-Pläne 1878 gescheitert waren, belegte das Gesetz vom 16. Juli 1879 den inländischen fabrikationsreifen Tabak mit einer Gewichtssteuer, zugleich wurde der Roh-tabakzoll mehr als verdreifacht und der Importzoll für Fertigzigarren drastisch erhöht. In der Folgezeit scheiterten am erbitterten Widerstand der Interessenten folgende Vorlagen: die 1882 erneuerte Vorlage eines Tabakmonopols, die projektierte Einführung einer Fakturenwertsteuer 1893 sowie die Steuerreform von 1906. Erst das Gesetz vom 15. Juli 1909 setzte schließlich eine kombinierte Wert- und

¹⁴ Umfassende, aber tendenziöse Darstellung der Entwicklung der Tabaksteuer- und Zollpolitik bei: Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, passim.

Gewichtssteuer fest; neben der Erhöhung des Gewichtszolls wurde gleichzeitig nach Art der Verarbeitung ein zusätzlicher Wertzoll erhoben.¹⁵

Obgleich demnach nur zwei Steuer- und Zollerhöhungen vorgenommen wurden, nämlich 1879 und 1909, genügten allein die regelmäßigen, aber nur selten realisierten Absichtsbekundungen, die Steuer erhöhen zu wollen, um die langfristigen Strukturveränderungen innerhalb der Zigarrenindustrie zu beschleunigen. Die Veränderungen wurden aber keinesfalls durch die Steuerpolitik erst ausgelöst, wie es auch die sozialdemokratische Parteiführung in agitatorisch wirksamer Vereinseitigung hat glauben machen wollen, sondern die Steuer- und Finanzpolitik kann als wirksamer Akzelerator, nicht aber als Initiator der Veränderungen gelten.¹⁶

Die bisher beschriebenen strukturellen Veränderungen innerhalb der Zigarrenindustrie lagen vor allem in der Wandlung der Zigarre vom Luxus zum Massenkonsumartikel begründet und in der damit veränderten Marktsituation. Mit dem seit dem Vormärz ständig steigenden Angebot an billigeren Zigarren konnten neue breite Konsumentenschichten gewonnen werden, der quantitative Schwerpunkt der Produktion mußte aber dadurch von der Qualitätszigarre auf die billige Zigarre verschoben werden. Art und Umfang der neuen Massenproduktion und ihr entsprechender Absatz gerieten durch die Erweiterung des Konsumentenkreises immer mehr in eine kaum vermeidbare Abhängigkeit von den allgemeinen konjunkturellen Lagen: gerade in Krisenzeiten ging der Absatz zurück bzw. stagnierte er, oder die Nachfrage verschob sich weiter einseitig auf die billigeren Sorten, da der Verbraucher bemüht war, durch Einschränkungen oder durch Verbilligung des Zigarrenkonsums Kosten einzusparen. Konkurrenzdruck und die Notwendigkeit billige Zigarren anzubieten, zwangen aber die Zigarrenfabrikanten zur scharfen Kostenkalkulation: innerhalb der Massenproduktion besaß der Kostenfaktor Arbeit eine entscheidende Bedeutung für die Absicht, sowohl die Produktion quantitativ zu steigern als auch die Produktionskosten zu senken.

Da Preiserhöhungen, die implizit die Gefahr der Konsumeinschränkung trugen, nach Möglichkeit vermieden wurden, versuchten daher die Zigarrenfabrikanten, die Produktionskosten entsprechend zu vermindern. Wie noch zu zeigen sein wird, konnte lange Zeit überhaupt nicht, später nur in einem eng begrenzten Rahmen die Produktionstechnik durch die Einführung von Maschinen verbessert werden. Somit ließ sich eine Steigerung der Arbeitsintensität nicht durch die übliche Substitution von Arbeit durch Kapital erzielen, sondern Produktionskosten konnten weitgehend nur durch die Herabsetzung der anfallenden Lohnkosten eingespart werden. Die naheliegende Methode der frühkapitalistischen Unternehmer innerhalb der arbeitsintensiven Industriesektoren, nämlich unter Beibehaltung des Gesamtlohns die Arbeitszeit weiter zu verlängern, erwies sich als nur beschränkt funktionsfähig, stattdessen versuchte man durch Produktionsverlagerungen billigere Arbeitskräfte zu gewinnen.

Während ursprünglich die zentralisierten Tabakmanufakturen in grösseren Städten gegründet worden waren, weil dort – lokal verdichtet – ein ausreichendes dis-

¹⁵ Vgl. Flügler, Adolf: Tabakindustrie und Tabaksteuer unter besonderer Berücksichtigung der Zigarette. Jena 1931, S. 6ff.; Bräuer, Carl: Art. „Tabaksteuer“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. VII, Jena 1927, S. 1213ff, S. 1213-1238.

¹⁶ Im Grundtenor ähnlich, aber völlig überzogen bei Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage.

ponibles Arbeitskräfteangebot zur Verfügung stand, verlagerte man zunehmend die zentralisierte Produktion in die Kleinstädte und auf das Land, wo die billigeren Arbeitskräfte aus der vorhandenen Überschußbevölkerung genutzt werden konnten.¹⁷ Die städtischen Zigarrenarbeiter, die durchschnittlich höher entlohnt werden mußten, wurden nach Möglichkeit durch die billigeren ländlichen Arbeiter ersetzt. Oder die Zigarrenfabrikanten verzichteten überhaupt auf die Errichtung zentralisierter Produktionsstätten und vergaben die Aufträge in die Heimindustrie, während die großen Städte meist nur Sitz und zentrale Vertriebsstelle der Zigarrenfirmen blieben. Diese Stadt-Land-Bewegung der Zigarrenindustrie zeigt sich besonders deutlich in den amtlichen Berufszählungen: schon 1882 waren über die Hälfte der Tabakarbeiter in Orten unter 5000 Einwohnern beschäftigt, 1907 sogar fast zwei Drittel.¹⁸

Die Ausdehnung auf die Heimindustrie blieb einerseits unumgänglich, da man auf der ständigen Suche nach noch billigeren Arbeitskräften auch jene disponiblen Arbeiter mit einbeziehen mußte, die aufgrund ihrer dezentralisierten Wohnweise etc. nicht in einer Manufaktur beschäftigt werden konnten. Andererseits versprach die Verlegung in die Heimindustrie all jene Vorteile für den Verleger, wie sie im Kapitel über die Heimindustrie dargestellt worden sind. Die Beschäftigung von heimindustriellen Zigarrenarbeitern fand jedoch insoweit ihre Grenze, als die Heimarbeit sich meist nur für die Herstellung minderwertiger Sorten eignete, weil eben die Arbeitskontrolle durch den Fabrikanten fehlte und die vorgenommenen Qualitätskontrollen bei der Ablieferung der Zigarren nur oberflächlich durchgeführt werden konnten, was mangelhafter Arbeit und Rohstoffunterschlagungen Vorschub leistete.¹⁹

Unter dem erneuten Vorbehalt der nur beschränkten Aussagefähigkeit von Statistiken über die Heimindustrie läßt sich folgende Entwicklung skizzieren:²⁰

Demnach stieg die Zahl der heimindustriellen Hauptbetriebe ständig an, von nur 5 820 (= 38.7% aller Hauptbetriebe, 1882) über 8 696 (= 46.5%, 1895) auf 14 447 (= 57.4%, 1907), so daß 1907 die überwiegende Mehrheit aller Tabakhauptbetriebe zur Heimindustrie gehörten. Entsprechend erhöhte sich die Zahl der heimindustriellen Personen von 8 313 (= 7.3% aller erwerbstätigen Personen, 1882) über 15 457 (= 10.1%, 1895) auf 19 435 (= 9.6%, 1907). Insgesamt läßt sich eine starke Vermehrung von 1882 bis 1907 beobachten sowohl der Hauptbetriebe um 148.2% als auch der Personen um 133.8%.

Die Tabakindustrie und besonders die Zigarrenindustrie gehörten damit zu den gewerblichen Zweigen mit den höchsten Anteilen heimindustrieller Betriebe und Personen.

¹⁷ Zur sogenannten „Transloquizierung“ der Zigarrenindustrie vgl. die detaillierte Übersicht bei Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 64-100; Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 299-317.

¹⁸ Vgl. Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 286; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 4.1-2, S. 1100; Bd. 111, S. 104f.; Bd. 110, S. 6, 13, 20, 27, 34; Bd. 211, S. 134.

¹⁹ Vgl. Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 316f. und S. 330; Schloßmacher, Joseph: Die Zigarrenmacherei im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet. In: Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet. Monographien. Hrsg. v. Paul Arndt. Bd. I. Jena 1909, S. 37-52, S. 40.

²⁰ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S. +175.

Die Standortsverschiebungen setzten regelmäßig zahlreiche Zigarrenarbeiter – vor allem eben jene bisher relativ gut entlohnnten städtischen Arbeiter – frei. Hatten sich zahlreiche Zigarrenarbeiter während der langen Aufschwungphase bis 1873 aufgrund der günstigen Konjunkturlage selbständig gemacht, verstärkten diese freigesetzten Arbeiter durch ihren ‚Sprung in die Selbständigkeit‘ die ständig wachsende Zahl der Kleinstbetriebe. Die formale Etablierung und die Beschaffung der notwendigsten Produktionsmittel setzten einen derart geringen Kapitalbedarf voraus, daß selbst die kleinsten Ersparnisse hinreichten, um sich als Kleinstfabrikant zu etablieren.

Neben den laufenden Betriebskosten wie Miete, Heizung, Beleuchtung, die überwiegend auch ohne die Heimarbeit anfielen, und für die Beschaffung von Rohtabak, der oft vom Verleger oder Händler vorgeschossen wurde, ergaben sich nur minimale Kosten: Neben einem Tisch und einem Stuhl, die sowieso zur Wohnungseinrichtung gehörten, benötigte der Kleinstfabrikant ein ‚Fummelbrett‘, ein Schneidmesser, einen Napf mit Tabakleim, einige Wickelformen und möglichst eine eigene Formpresse sowie einige Bretter bzw. einen Holzrahmen, um den Tabak zu trocknen.²¹ Die geringen Etablierungskosten besagen natürlich noch nichts über die Konkurrenzfähigkeit bzw. Existenzfähigkeit solcher selbständiger Kleinstbetriebe, soweit sie nicht de jure oder de facto als Heimindustrielle in Abhängigkeit von einem Verleger standen.²²

Jede Steuererhöhung bedeutete für einen solchen Kleinstfabrikanten eine unmittelbare Beeinträchtigung seiner sozialen Lage: gerade weil er der Verlegung der Produktion auf das Land nicht folgen konnte oder wollte und er daher nicht seine Betriebs- und Lebenshaltungskosten adäquat zu ‚verbilligen‘ vermochte, verminderte die Steuererhöhung relativ sein Einkommen, da er sonst kaum Produktionskosten einsparen konnte. Diese erzwungene Freisetzung und die anschließende Etablierung läßt sich seit der allgemeinen Depressionsphase von 1873 bis 1878 immer häufiger beobachten, die Zahl der Alleinbetriebe stieg im Untersuchungszeitraum kontinuierlich an – von 3 484 (1877) auf 13 565 (1907).

Sicher haben die beiden Arbeiterschutzbestimmungen im Jahre 1888 und im Jahre 1891 mit zur Vermehrung der Kleinstbetriebe beigetragen. Die neuen Vorschriften verlangten u.a. Mindesthöhen für Werkstätten und untersagten die Arbeit von Kindern in den Tabakmanufakturen, die Bestimmungen erstreckten sich jedoch nicht auf die Heimindustrie, soweit keine familienfremden Gehilfen beschäftigt wurden.²³ Da oft die Betriebswerkstätten der Zigarrenindustrie den neuen Vorschriften nicht mehr entsprachen, ein Neu- oder Umbau aber meist zu kostspielig

²¹ Konkrete Kostenberechnungen für die Einrichtung eines Kleinbetriebs und größerer Betriebe in Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 39f.

²² Zur Rentabilität der verschiedenen Betriebsformen mit ausführlichen Berechnungen für die Preisbildung in der Tabakindustrie vgl. Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 127-136.

²³ Bekanntmachung, betr. Einrichtung und Betrieb der zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen, vom 8. Juli 1891 (R.G.B. 218). Die Wechselwirkung zwischen der Fabrikgesetzgebung und der Entwicklung von Heimarbeit beschrieben bei Wilbrandt, Robert: Arbeiterschutzes und Heimarbeit. Mit einem Beitrag von Dora Lande, Die Hausindustrie und ihre gesetzlichen Einschränkungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Jena 1906, passim; Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 334-341; dazu widersprüchlich Lissner, Julius, Tabaksteuerfrage, S. 83-104.

war, lösten zahlreiche Fabrikanten die zentralisierten Manufakturen auf, entließen ihre Arbeiter und verlegten die Produktion in die Heimindustrie, wohin die freigesetzten Arbeiter teilweise abwanderten.

1.4 Arbeits- und arbeiterbezogene Analyse der Zigarrenherstellung

1.4.1 Arbeitsorganisation

Unter den verschiedenen industriellen Produktionszweigen nahm die deutsche Zigarrenindustrie eine eigentümliche Sonderstellung ein. Während in fast allen industriellen Sektoren vor allem technologische Innovationen die Produktionsmittel und damit die Produktionstechnik maßgeblich umgestalteten, erfuhr die Herstellung von Zigarren seit der ersten Gründung einer Tabakmanufaktur im Jahre 1788 bis zum Ersten Weltkrieg keine umwälzenden Veränderungen. Auch wenn zahlreiche Maschinen – vor allem die Wickelmaschine – konstruiert und gebaut worden waren, bewährte sich der Einsatz von maschinellen Anlagen nicht bzw. erschien nicht profitabel genug und beschränkte sich – wenn überhaupt – auf die Fabrikation von minderwertigen Sorten.²⁴ Die Einführung eines Markensystems und die damit verbundene Umstellung von einem unüberschaubaren Angebot an verschiedenen Fassons, die einem ständigen modischen Wechsel unterworfen waren und die Produktion erheblich verteuerten, auf ein nur begrenztes Angebot von gleichbleibenden Markenzigarren hätten sicher den Einsatz einer maschinellen Großproduktion beschleunigt. Banderolensteuer und Markensystem stießen daher auf eine einheitliche Phalanx von kleinen und mittleren Zigarrenfabrikanten, deren wirtschaftliche Existenz dadurch gefährdet gewesen wäre, und ebenso von Zigarrenhändlern, die von dem markenlosen Zustand am meisten profitierten.²⁵

Die Zigarrenindustrie verkehrte partiell die historisch oft vorgegebene Entwicklung der Produktionsweisen: begonnen ursprünglich ausschließlich mit einer für die damalige Zeit weiterentwickelten manufakturrellen Produktionsweise, ging die Zigarrenfabrikation nicht zur maschinisierten Fabrikarbeit über, sondern bildete sich in Teilbereichen sogar eine Entwicklungsstufe zurück in Form der Heimindustrie als dezentralisierte Form der Großproduktion.

Die folgende Wiedergabe des Produktionsablaufs wird sich nur auf die wichtigsten Teiloperationen des arbeitsteiligen Herstellungsprozesses beschränken, kleinere Nebenverrichtungen sind bewußt ausgelassen worden, da sie keinen maßgeblichen Einfluß auf die allgemeine Arbeitssituation der Zigarrenarbeiter nahmen.²⁶ Der Herstellungsprozeß durchlief nacheinander sechs Stufen, die manufakturrellen Teilarbeiter waren in linienartiger Kooperation bzw. Koordination untereinander kombiniert.

²⁴ Eine Übersicht über die Entwicklung der Technik in der Tabakindustrie, vor allem über den Einsatz und die Verwendungsfähigkeit von Maschinen vermittelt Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 1-39.

²⁵ Vgl. Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 35-39; Flügler, Adolf: „Tabak, Tabakhandel und Tabakindustrie“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1927, Bd. 7, S. 194ff., S. 258.

²⁶ Zur Beschreibung des Arbeitsprozesses wurden u.a. herangezogen: Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 301f.; Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 3-7; Seipp, Ludwig, Heimarbeit, S. 20-24.

1) *Trocknen und Fermentieren des Tabaks*

Diese Tabakaufbereitung wurde i.d.R. von den Rohstofflieferanten bzw. Rohstoffhändlern übernommen; die Zigarrenfabrikanten bezogen daher schon den fermentierten Tabak, so daß diese erste Teiloperation nicht in den Manufakturen vollzogen wurde.

2) *Zurichten des Tabaks*

Die getrockneten, brüchigen Tabakblätter werden zur Bearbeitung angefeuchtet, dann entrippt, d.h. die großen Mittelrippen des Blattes zumindest werden entfernt, die Blätter werden erneut getrocknet und mit anderen Blättern und Fabrikationsabfällen gemischt.

3) *Wickeln und Formen*

Der Wickelmacher bricht das relativ wertvolle Umblatt in der Größe einer Wickelform, formt mit einer Hand aus der Tabaksmischung eine Einlage in der gewünschten Fassung und umrollt die Einlage mit dem Umblatt. Bei sogenannter reiner Handarbeit wickelt er zusätzlich ein Papier um den Wickel und befestigt es mit einem Faden, um die Fassung zu erhalten; oder er legt den Wickel in eine Wickelform, wobei mehrere Wickelformen unter einer Presse ca. 24 Stunden gepreßt werden.

4) *Rollen*

Der Zigarrenmacher (Roller) entrippt das wertvolle Deckblatt, schneidet eine dem Wickel entsprechende Form aus dem Deckblatt heraus und umrollt den Wickel mit dem Teil des vorher angefeuchteten Deckblatts und klebt schließlich das Deckblatt an der Zigarrenspitze fest.

5) *Sortieren*

Der Sortierer ordnet die fertiggestellten Zigarren erst nach den Hauptgrundfarben und dann jeweils nach vorhandenen Farbnuancen.

6) *Verpacken*

Die sortierten Zigarren werden möglicherweise bereift, dann gepreßt und in beklebte oder bedruckte Kistchen gefüllt oder einfach nur gebündelt.

1.4.2 Wickel- und Zigarrenmacher

Sieht man von einigen Ausnahmen in der Frühzeit der Zigarrenherstellung ab, als die Qualitätsarbeit für Luxuszigarren eine Zeitentlohnung nahelegte, wurden in der Zigarrenindustrie die Arbeiter stets im Stückgeldakkord bezahlt, womit eine wesentliche Voraussetzung für die Vergabe von Heimarbeit geschaffen war.²⁷ In der Manufaktur wurde die Arbeitsleistung entweder durch verschiedene Einzelakkordsätze für jede Produktionsstufe entlohnt oder Wickelmacher und Roller bildeten zusammen je eine Produktionseinheit und erhielten einen gemeinsamen Gruppenakkordlohn. Während demnach innerhalb der anderen Produktionsstufen meist Einzelarbeit geleistet wurde, begünstigte das Hand-in-Hand-Arbeiten des Wickelmachers und des Zigarrenmachers, des ‚Rollers‘, die Entstehung von formellen und informellen Kontakten und eines Solidaritätsgefühls untereinander bzw. von gruppenorientiertem Handeln.

²⁷ Nur für schlecht quantifizierbare Hilfsarbeiten wurde ein niedriger Zeitlohn gezahlt, vgl. Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 331.

Diese für die gemeinsame Organisation wichtige Disposition wurde von fünf Hauptfaktoren geprägt.

- 1) In der vertikalen Strukturierung des manufaktuellen Gesamtarbeiters blieb der Wickelmacher dem Roller untergeordnet und erhielt auch dementsprechend weniger Lohn; die Subordinierung förderte das Entstehen eines Unterschiedsbewußtseins, der Roller grenzte sich z.B. vom Wickelmacher ab.
- 2) Die Fabrikanten zahlten den gemeinsam erarbeiteten Gruppenakkordlohn i.d.R. an den Roller aus, der im Rahmen eines weiten Ermessungsspielraums den Lohnanteil des von ihm abhängigen Wickelmachers festsetzen und auszahlen konnte, wobei der Roller etwa zwei Drittel des Lohns beanspruchte.²⁸ Der Roller trat dem Wickelmacher auf diese Weise gleichsam als Zwischenmeister gegenüber, was noch dadurch unterstrichen wurde, daß der Roller teilweise das Recht besaß, sich seinen Wickelmacher selbst auszuwählen oder ihn nach Wunsch auch zu entlassen. Die Abhängigkeit der meist weiblichen Wickelmacher von den überwiegend männlichen Rollern gab auch beständig den aufsichtsführenden Behörden Anlaß zu „schweren moralischen Bedenken“; nachdem man anfänglich erfolglos versucht hatte, die Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften in den Manufakturen gänzlich zu untersagen, wollte man mit Hilfe der Verordnung vom 8. Juli 1893 diese Wickelmacherinnen aus ihrer unmittelbaren Abhängigkeit lösen und sie in ein direktes Arbeitsverhältnis zum Betriebsinhaber stellen, der Versuch schlug aber fehl.²⁹
- 3) In der Manufaktur konnten die verschiedenen Produktionsstufen in jeweils verschiedenen Räumen in einfacher Kooperation koordiniert sein. Die interne linienartige Kooperation der Produktionsgruppe realisierte sich dann nicht in einem unmittelbaren Hand-in-Hand-Arbeiten, wie es z.B. der bekannte doppelseitige Zigarrenarbeitsstisch erlaubte, sondern jedes einzelne Gruppenmitglied stellte in Einzelarbeit die notwendigen Zwischen- oder Fertigfabrikate her, unabhängig von dem jeweiligen Produktionsstand der anderen Gruppenmitglieder. Diese räumliche Trennung eignete sich auch dazu, die individuellen Arbeitsgruppen aufzulösen und die beiden Produktionsstufen nur als Gesamteinheiten miteinander kooperieren zu lassen. Dadurch wurde die persönliche Bindung gänzlich aufgehoben, was z.B. bei der Vergabe von manufaktuellen Teiloperationen in die Heimindustrie die Regel darstellte. Unterschiedsbewußtsein zum Wickelmacher und getrennte Arbeitsplätze begünstigten die horizontale Sozierung der Roller in informellen Gruppen. Die Roller stellten in der Tabakarbeitergewerkschaft nicht nur das Führungspersonal, sondern auch mehrheitlich die Mitgliedschaft.
- 4) Da zunehmend Frauen als Wickelmacher beschäftigt wurden, galten für die Organisation der Wickelmacher all jene Hemmfaktoren, wie sie oben für die Organisierbarkeit von Frauen allgemein aufgezeigt worden sind. Ein organisierter Roller konnte allerdings entsprechenden Verhaltensdruck auf den von ihm abhängigen Wickelmacher ausüben, der Organisation beizutreten, was um so

²⁸ Vgl. Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 331; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 87.

²⁹ Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 331.

dringlicher erscheinen mußte, je mehr der Austausch von Wickelmacher- und Rollerfunktionen möglich war.

- 5) Die Gesamtleistung der Gruppe hing wesentlich davon ab, ob jeder Teilnehmer ein adäquates Produktenquantum erbringen konnte. Der Ausfall oder die zu geringe Leistung eines Teilnehmers gefährdete den erfolgreichen Arbeitsvollzug der gesamten Gruppe, da schwankende Leistungen eines Teilnehmers nicht wie bei der horizontalen einfachen Kooperation vieler Teilnehmer gleicher Produktionsstufen in einer kalkulierbaren Durchschnittsleistung ausgeglichen werden konnte. Die Schaffung von Vorratspuffern war nur begrenzt möglich, obgleich zwischen Roll- und Wickelvorgang desselben Fabrikats durchaus eine größere Phasenverschiebung in der Bearbeitung eintreten konnte. Die gegenseitige Abhängigkeit von den jeweiligen Einzelleistungen wirkte – neben dem grundsätzlichen Akkordsystem – i.d.R. stimulierend auf die Arbeitsintensität, denn der leistungsstärkste Einzelarbeiter versuchte, die anderen zu ähnlichen Leistungen zu bewegen, da er sonst eine relative Lohnreduktion befürchten mußte. Je mehr die Kooperation harmonisierte, um so mehr war die gemeinsame Organisation zu erwarten.

Der Zigarrenfabrikant profitierte in zweifacher Hinsicht von diesem Gruppenakkord: einmal ließ sich dadurch eine Steigerung der Arbeitsintensität erwarten, das andere mal sparte er dadurch Kosten für eine aufwendige Arbeitskontrolle, da z.B. nicht der Einzelakkord jedes Arbeiters, sondern nur der Gruppenakkord mehrerer (mind. zwei) Arbeiter überprüft und abgerechnet werden mußte. Derartige Zweier-Produktionsgruppen stellten – je nach Art der Zigarren – innerhalb einer sechstägigen Arbeitswoche in reiner Handarbeit ca. 1500-2000 Zigarren her, mit Hilfe von Wickelformen und Wickelformpressen ca. 2500-3000 Zigarren.³⁰ Die Mehrproduktion mit Hilfe der Wickelformen erbrachte allerdings nicht mehr Lohn, da Zigarren mit gepreßtem Wickel als qualitativ schlechter galten als handgearbeitete. Die quantitative Steigerung beruhte darauf, daß einerseits der Wickelmacher schneller und formvollendeter seine Wickel herstellen und daß andererseits der Roller die gepreßten Wickel besser und schneller mit dem Deckblatt umrollen konnte.

In der Geschichte der organisierten Tabakarbeiterschaft sind inzwischen jene ‚Vorleser‘ unter den Zigarrenarbeitern legendär geworden, zu denen solch bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete wie Julius Bruhns und Hermann Molkenbuhr gehörten; inwieweit das ‚Vorlesen‘ aber ein allgemeines Phänomen darstellte, kann heute nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden.³¹ Besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes wurde in den meist kleinen Betrieben mit politisch aufgeschlossenen Arbeitern ein Arbeitskollege – oft der jüngste oder ein leistungsschwächerer Zigarrenarbeiter – ausgewählt, der innerhalb der Arbeitszeit gelegentlich aus Zeitschriften und Büchern vorlas, während die anderen Arbeiter das Arbeitsquantum des ‚Vorlesers‘ mitübernahmen. Im Anschluß an dieses Vorlesen

³⁰ Vgl. Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 9.

³¹ Vgl. u.a. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 72; Feidel-Mertz, Hildegard: Zur Ideologie der Arbeiterbildung. Frankfurt/M. 2. Aufl. 1972, S. 71; inwieweit z.B. das Vorlesen auch in der mangelhaften Beherrschung elementarer Kulturtechniken der Zuhörer begründet lag, kann ebenfalls nicht festgestellt werden.

wurde eingehend über das Gehörte diskutiert, ohne dabei die Arbeit zu unterbrechen.



Das ‚Vorlesen‘ bezeugt nicht nur den damals, schon fortgeschrittenen Bewußtseinsstand dieser Zigarrenarbeiter, sondern veranschaulicht die wesentlichen Eigenheiten der Arbeitssituation des Zigarrenarbeiters, genauer die des Wickelmachers und vor allem die des Rollers:

- 1) Die ganze Zigarrenherstellung verursachte keinen belästigenden Lärm und erlaubte während der Arbeitszeit eine normale akkustische Verständigung mit den Arbeitskollegen, die in nur kurzer Entfernung und im gleichen Raum ihren Arbeitsplatz besaßen. Die schädlichen Begleiterscheinungen der Tabakverarbeitung – vor allem die Staubentwicklung³² – gefährdeten wohl die Gesundheit der Zigarrenarbeiter, verminderten aber nicht die Verständigungsmöglichkeiten.
- 2) Die Zigarrenarbeiter verfügten über ein bestimmtes Maß an Arbeitsautonomie und über einen entsprechenden Dispositionsspielraum; sie konnten ihre Arbeit unterbrechen und ihren Arbeitsplatz verlassen, ohne daß dies direkten Einfluß auf die Gesamtproduktion nahm; ebenso konnten sie die Arbeitsgeschwindigkeit bzw. die Arbeitsintensität nach Bedarf (aber im Rahmen der Akkordnorm!) individuell regulieren, falls nicht ein Werkmeister oder ein Arbeitskollege zusätzlichen Druck auf sie ausübten. Ihre Arbeitsqualifikation verwirklichte sich hauptsächlich durch manuelle Geschicklichkeit und durch ökonomische Nutzung des Rohstoffs.
- 3) Die Zigarrenarbeiter verrichteten nicht-vollstandardisierte repetitive Teilarbeit, wobei der Dispositionsspielraum weitestgehend durch die Varianz des zu bearbeitenden Materials vorgegeben war. Die täglich hundertfach wiederholten manuellen Operationen des Zigarrenarbeiters, die weder eine hohe physische Belastung noch eine gleichbleibende Konzentration auf die Arbeitsverrichtung

³² Zu den Folgen der Tabakstaubentwicklung für die Morbidität und Mortalität der Arbeiter vgl. Roth, Emanuel: Kompendium der Gewerbekrankheiten und Einführung in die Gewerbehygiene. 2. Aufl., Berlin, 1909, S. 183-187; bei den Tabakarbeitern traten vor allem auf: Schleimhautatrophie, Nasen-, Kehlkopf- und chronische Bronchialkatarrhe sowie besonders Tuberkulose.

erforderten, ermöglichten eine umfassende und dauerhafte Habitualisierung des gesamten Arbeitsvollzugs. Der Zigarrenarbeiter konnte – ohne seinen Arbeitsvollzug unterbrechen oder verzögern zu müssen – seinen Gedanken nachhängen oder mit seinen Arbeitskollegen kommunizieren, was einen willkommenen Ausgleich für die vorhandene Arbeitsmonotonie schuf.

Diese Möglichkeit der Kontaktaufnahme während der Arbeitszeit konnte für die Zigarrenarbeiter die restriktive Bedeutung überlanger Arbeitszeiten für die Disposition zur Organisierbarkeit relativieren, da die Nichtarbeitszeit nicht mehr die ausschließliche Möglichkeit zur Partizipation an einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation darstellte. Die Arbeitssituation der Zigarrenarbeiter, resp. der Wickelmacher und der Roller, bot günstige Voraussetzungen für die Organisierbarkeit.

1.4.3 Sortierer

Der Sortierer verrichtete stets Einzelarbeit, und selbst die großen Manufakturen beschäftigten nur wenige Sortierer, die nach Einzelakkord entlohnt wurden.³³ Ihre Tätigkeit erforderte Augen mit hoher Farbempfindlichkeit und setzte eine längere Anlernzeit voraus, um die zahlreichen Farbnuancen bzw. die verschiedenen Qualitäten erkennen zu können. Die höhere Qualifikation, die auch zur Einrichtung einer förmlichen Lehrzeit für Sortierer führte, und die nur beschränkte Zahl von für das Sortieren geeigneten Arbeitern stellten den Sortierer an die Spitze der Lohnskala. Wegen der Bedeutung des Sortierens für den Verkauf wurde entsprechende Arbeit nur in Ausnahmefällen als Heimarbeit vergeben; auch bei dezentralisierter Gesamt- oder Teilproduktion arbeitete der Sortierer stets in der zentralisierten Manufaktur bzw. in einer dem zentralen Vertrieb angeschlossenen Werkstatt. Im Untersuchungszeitraum wurde erst in einem geringen Maße das Sortieren auch Frauen übertragen, was die Marktposition des männlichen Zigarrensortierers noch zusätzlich stärkte; die teilweise weit höheren Durchschnittslöhne der Sortierer finden hier ihre Erklärung. Die Arbeitssituation wurde durch drei Faktoren gekennzeichnet:

- 1) Die Tätigkeit des Sortierens verlangte ein hohes Maß an dauerhafter Konzentration; die Vielfalt der zu sortierenden Farben erlaubte i.d.R. nur wenig Habitualisierung des Arbeitsvollzugs, damit entfielen für den Sortierer die beim Wickelmacher und Roller beobachteten Dispositionen. Eine mögliche Habitualisierung hätte trotzdem keine ähnliche Kommunikationsstruktur geschaffen, wie bei den Zigarrenmachern, da der Sortierer entweder allein oder mit nur wenigen Kollegen seine Arbeit verrichtete.
- 2) Obgleich der Sortierer selbstverständlich im Rahmen der gesamtbetrieblichen linienförmigen Kooperation von Art und Maß der vorangehenden Produktionsstufen abhängig blieb, bestimmte sich das Quantum seiner Tätigkeit und dementsprechend seines Akkordlohns durch den Produktionserfolg mehrerer Arbeitsgruppen, so daß sich schwankende Produktionserfolge einzelner Gruppen zu einem durchschnittlichen Gesamtproduktionserfolg relativierten. Das ständig

³³ Die Arbeitssituation der Sortierer nur angedeutet bei Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 203-227; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 130-145; dort auch die Geschichte der Organisationsversuche der Zigarrensortierer.

reproduzierte Abhängigkeitsbewußtsein der unmittelbaren Gruppenarbeit fehlte bei der Einzelarbeit des Sortierers, der zudem getrennt von den anderen Produktionsarbeitern in einem gesonderten Raum tätig war.

- 3) Die Tendenz des Akkordlohns, nämlich „mit der Erhebung individueller Arbeitslöhne über das Durchschnittsniveau dies Niveau selbst zu senken“³⁴ berührte die Entlohnung des Sortierers nur peripher, da eine größere innerbetriebliche Konkurrenz und damit ein interner Vergleichsmaßstab fehlte. Die allgemeinen negativen Folgen des Akkordlohnsystems, die konkurrierenden Arbeiter durch individuelle ‚leistungsgerechte‘ Löhne untereinander zu isolieren und die Arbeitskraft über Gebühr zu aktivieren, wurden ebenso durch den Mangel an innerbetrieblicher Konkurrenz partiell aufgehoben.
- 4) Die Sortierer entwickelten aufgrund ihrer innerbetrieblichen Sonderstellung, charakterisiert durch Einzelarbeit, hohe Arbeitsautonomie, ein bestimmtes Maß an ‚Unersetzlichkeit‘ und höheren Löhnen, ein oft ausgeprägtes Unterschiedsbewußtsein gegenüber den anderen Zigarrenarbeitern und ein spezifisches Berufsbewußtsein. Obgleich die isolierte Arbeitsweise im Betrieb und die Verteilung der relativen kleinen Gruppe der Sortierer auf eine Vielzahl von Betrieben die Organisation beeinträchtigte, organisierten sich die Zigarrensortierer nicht zusammen mit den anderen Zigarrenarbeitern in einer umfassenden Tabakarbeitergewerkschaft, sondern in einer kleinen Sonderorganisation, dem Verein deutscher Zigarrensortierer.

1.5 Übersicht: Weitere latente Determinanten

1.5.1 Qualifikationsstruktur und Arbeitskräftepotential

Die Reihenfolge des oben dargestellten Arbeitsprozesses gibt zugleich die vertikale Strukturierung der skalaren Betriebsorganisation und der Lohnskala der manufakturrellen Teilarbeiter wieder: aufsteigend vom Zurichter bis zum Sortierer, wobei das abschließende Verpacken ebenfalls zu den geringer entlohten Tätigkeiten zählte. Die einzige wichtige Innovation in der Zigarrenfabrikation, die Wickelform, die als Hilfsmittel seit den 1860er Jahren allgemein eingeführt wurde und das Formen des Wickels wesentlich erleichterte, nivellierte allerdings die Löhne der Wickelmacher, die sich nun mehr den Löhnen der Zurichter angleichen. Nur diejenigen qualifizierten Wickelmacher, die weiter Wickel im reinen Handbetrieb ohne die Hilfe der Preßformen anfertigten, erhielten auch weiterhin überdurchschnittliche Lohnsätze.

Die Wickelformen wurden allerdings schon in den 1830er und 1840er Jahren von mehreren deutschen Zigarrenmanufakturen verwandt, die Herstellung von exakten Formen blieb jedoch lange Zeit relativ schwierig und zudem kostspielig. Erst die Weiterentwicklung und Vereinfachung der Herstellung in den 1860er Jahren schufen die Voraussetzungen für eine allgemeinere Verbreitung und für die billigere Produktion von Massenzigarren.

³⁴ Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Bd. 23, Berlin 1966ff., S. 579.

Schenkt man der Enquete über die Zigarrenindustrie von 1878 Glauben, dann setzte sich die Wickelform nur langsam durch: danach wurden erst 18 756 Wickelformen in 3 959 Betrieben benutzt.³⁵

Zurichter und Wickelmacher wurden derart schlecht bezahlt, daß endlich – neben weniger leistungsfähigen Arbeitern – diese Tätigkeiten nahezu ausschließlich von billigeren weiblichen Arbeitskräften verrichtet wurden.

Der Austausch von relativ teuren männlichen Arbeitskräften durch billigere weibliche kennzeichnete signifikant die Zigarrenindustrie und stellte eine wesentliche flankierende Maßnahme neben der Stadt-Land-Bewegung dar, um die Produktionskosten zu senken.

Alle Teiloperationen der Zigarrenherstellung setzten keine hohe physische Leistungsfähigkeit voraus. Das Wickeln und das Rollen erforderten wohl ein bestimmtes Maß an Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit, machten aber keine längere Anlernzeit notwendig. Der Einsatz von weiblichen Arbeitskräften war daher von Anfang an möglich und nicht – wie in anderen Produktionszweigen – abhängig vom Fortschritt der Produktionstechnik, der eine weitergehende Arbeitsteilung in einfache Teiloperationen erlaubte. Der Versuch, die Zigarrenmacherei künstlich durch eine mehrjährige Lehrzeit etwas zu professionalisieren, besserte wohl optisch die Berufsstatistik auf, diente aber vorrangig den Zigarrenfabrikanten dazu, junge Arbeitskräfte während der sogenannten Lehrzeit zusätzlich auszubeuten. Ein verbindliches Konzept oder eine berufsbildende Notwendigkeit besaß diese ‚Lehrzeit‘ nicht.³⁶

Die zahlenmäßige Entwicklung der Tabakarbeiterschaft wich insgesamt kaum von den schon oben dargestellten Trends der allgemeinen Entwicklung der Tabakindustrie ab (siehe Tabelle Nr. 3)³⁷. Die Zigarrenarbeiterschaft stellte dabei mindestens neun Zehntel der gesamten Tabakarbeiter.

Tab. 3: Tabakarbeiter nach Geschlecht 1875-1907

	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>	<i>Insgesamt</i>
1875	51 999	47 934	99 933
1882	46 812	46 909	93 721
1895	52 108	74 558	126 696
1907	56 714	110 354	176 068

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S.+134f.

- 1) Infolge der schon oben beschriebenen Krise in der Tabakindustrie sank die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 1875 bis 1882 leicht um 6.2%; seit 1882 stieg jedoch die absolute Zahl der Arbeiter kontinuierlich an, insgesamt um 87.9%, was

³⁵ Vgl. Dr. Johann Georg Krünitz's ökonomisch-technologische Encyklopädie, oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus- und Landwirtschaft. Früher fortgesetzt von Friedrich Jakob und Heinrich Gustav Floerke und jetzt von Johann Wilhelm David Korth. Bd. 148 und 179. Berlin 1828 und 1842, Bd. 179, Berlin 1842, S. 186f.; Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 7-20, dort auch Preise und Arten der Wickelform.

³⁶ Zu dem sogenannten Lehrlingswesen in der Zigarrenindustrie vgl. Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 186f.; Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung im Handwerk, 1912, S. 184.

³⁷ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S. + 134f.

ungefähr dem Gesamtwachstum der erwerbstätigen Personen in der Tabakindustrie entsprach. Sieht man von der Erhebung von 1875 (dort 90.1%) ab, blieb der Anteil der Arbeiter an dem gesamten Gewerbepersonal nahezu konstant (1882 und 1895: 82.7%; 1907: 82.2%).

- 2) Die Verringerung der Zahl der männlichen Arbeiter von 1875 bis 1882 um 10.0% fand teilweise seine Entsprechung in dem Anwachsen der männlichen Selbständigen, was den schon festgestellten Drang, sich als Kleinstfabrikant zu etablieren, nur bestätigt. Wenn auch nach dem absoluten Tiefststand 1882 die Zahl der männlichen Arbeiter sich ständig vergrößerte (seit 1882 um 21.2%), so fiel ihr relativer Anteil an der Gesamtarbeiterschaft stark von 52.0% (1875) auf nur noch 37.3% (1907) ab.
- 3) Die Zahl der weiblichen Arbeiter ging dagegen von 1875 bis 1882 nur minimal um 2.1% zurück; der Zuwachs an Arbeitern rekrutierte sich seit 1882 weit überwiegend aus Frauen, ihre absolute Zahl vermehrte sich seit 1882 um 135.3%, ihr Anteil an der Gesamtarbeiterschaft stieg von 48.0% (1875) auf 62.7% (1907) an – zum Vergleich: bei der Zollvereinshebung 1861 betrug der Anteil der Frauen erst 39.5%.

Als überragendes Ergebnis der Entwicklung bleibt das überproportionale Wachstum der Anzahl der Arbeiterinnen festzuhalten, wobei einschränkend gesagt werden muß, daß der Anteil der Frauen an der Zigarrenarbeiterschaft vermutlich etwas niedriger anzusetzen ist, da das Gesamtbild in der Tabakindustrie durch die Zigarettenindustrie etwas verzerrt wird, wo wohl vergleichsweise nur wenige, aber dafür fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt wurden.

Die Zigarrenarbeiter galten allgemein als ungelernete, bestenfalls als angelernte Arbeiter, auch wenn vornehmlich von den Rollern, den sogenannten ‚Zigarrenmachern‘, und den Sortierern versucht wurde, ein Selbstverständnis als gelernte Arbeiter zu entwickeln, um damit ihren sozialen Status und ihre soziale Lage zu verbessern. Nur unter Berücksichtigung dieser ‚Aufwertungstendenz‘ und der Subsumierung von angelernten Arbeitern unter die Gelernten lassen sich die äußerst überraschenden Ergebnisse der Berufszählung erklären, die für die Tabakfabrikation 1907 zwei Drittel gelernte und nur ein Drittel ungelernete Arbeiter nachwies.³⁸ Die manufaktuellen Teilarbeiter blieben grundsätzlich austauschbar; die Arbeitsmarktposition erwies sich nur dann als halbwegs konsolidiert, solange nur ein knappes Arbeitskräfteangebot bestand. Daß die Roller- bzw. Sortierertätigkeit und damit die besser entlohten Operationen lange Zeit überwiegend den männlichen Arbeitskräften vorbehalten blieben, lag weniger in der größeren Berufseignung begründet als vielmehr in der traditionellen Geringschätzung industrieller Frauenarbeit und in dem nicht ausreichenden, stark fluktuierenden Angebot von weiblichen Arbeitskräften – trotz prozentualer Anteilsvermehrung – für die dauerhafte Beschäftigung in der zentralisierten Manufaktur. Der hohe Frauenanteil wirkte aber lohndrückend und stellte einen wesentlichen Grund dafür dar, daß der ursprünglich als seltener Spezialist gesuchte Zigarrenmacher von einem lange Zeit überdurchschnittlich entlohten Elitearbeiter zu einem äußerst gering entlohten Proletarier hinabsank.

³⁸ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 202, S. 95; Bd. 211, S. 256.

1.5.2 Arbeitszeit, Lohn und Alter

Über die Arbeitszeit in den Manufakturen liegen nur globale und sehr unterschiedliche Daten vor;³⁹ soweit sie eine allgemeine Entwicklung erkennen lassen, unterscheiden sie sich kaum von der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit, wie sie Kuczynski⁴⁰ für die einzelnen Wirtschaftszyklen in Deutschland geschätzt hat. Der hohe Frauenanteil und die Begrenzung der Arbeitszeit für Frauen in den Fabriken auf maximal 11 Stunden, wie die Bundesratsbestimmung von 1891 vorschrieb, ist sicher nicht ohne Einfluß auf die Arbeitszeitregelung geblieben. Insgesamt zeigt es auch, daß offensichtlich Arbeitszeitverlängerungen als Maßnahme zur Senkung der Produktionskosten nicht allgemein praktiziert wurden.

Für die Heimindustriellen lassen sich überhaupt keine regelmäßigen Arbeitszeiten angeben, vor allem kann nicht abgeschätzt werden, inwieweit die teilweise von den Heimindustriellen selbst angegebene Arbeitszeit eine derart verdichtete Arbeitszeit darstellt, wie sie in den Manufakturen vorgegeben war. Die oft nur verminderte Produktivität pro Zeiteinheit in der Heimindustrie läßt aber generell längere Arbeitszeiten erwarten, ohne daß sonst der schon geringe Heimarbeiterlohn noch weiter geschmälert worden wäre. Die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse waren im Hinblick auf die Organisierbarkeit der Zigarrenarbeiter äußerst ungünstig gestaltet.

Leider liegen ebenfalls keine umfassenden und detaillierten Erhebungen über die Lohnverhältnisse der Zigarrenarbeiter vor. Nur die Statistik der Tabakarbeiterberufsgenossenschaft vermittelt einen ungefähren Überblick über Stand und Entwicklung der Zigarrenarbeiterlöhne seit 1887. Berücksichtigt diese Übersicht weder die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Arbeitslöhnen noch die Lohn-differenzierung innerhalb der verschiedenen Arbeiterkategorien und berechnet sie bis 1900 nur anrechnungsfähige Löhne und nicht die wirklich verdienten, dann zeigt die Lohnstatistik trotzdem recht drastisch, wie unverhältnismäßig niedrig die Durchschnittslöhne angesetzt waren und trotz der langsamen Erhöhung sich nur bescheiden verbesserten. Zudem handelt es sich hier i.d.R. um Fabrikarbeiterlöhne, das Einkommen der Heimarbeiter muß noch um einiges niedriger gelegen haben. Nach der Berufsgenossenschaftsstatistik stieg der nominale Jahresdurchschnittsverdienst der Zigarrenarbeiter von erbärmlichen 438 Mark (1887) auf 672 Mark (1913)⁴¹, was sicher nicht allein zum Lebensunterhalt ausreichte, sondern Nebenerwerb und Mitarbeit der Familie erforderte. Die höchsten Durchschnittslöhne wurden durchgängig in der Sektion Bremen gezahlt (dazu gehörten Schleswig-Holstein,

³⁹ Eine zusammenhängende Darstellung der Arbeitszeit fehlt; verstreute Hinweise über die Arbeitszeit, wie sie vor allem von der Gewerkschaft recherchiert wurden, bei Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 18f., 42, 52, 63, 74, 100, 131, 137f.; vgl. auch Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 173; Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 319-333.

⁴⁰ Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bde. I.1.2, VII, XVII, Berlin 1952-1954, 1963; 1954, Bd. I.2, S. 134.

⁴¹ Die Lohnangaben wurden entnommen: Lissner, Julius: Tabaksteuerfrage, S. 291 (bis 1900); Desai, Ashok V.: Real Wages in Germany 1871-1913. Oxford 1968, S. 109 (bis 1913). Die Angaben liegen bei Desai bis einschließlich 1899 um durchschnittlich 7.5 % zu hoch, da er nur die anrechnungsfähigen Löhne wiedergibt, nicht aber die wirklich verdienten; erst seit 1900 basierten die Verwaltungsberichte der Tabak-Berufsgenossenschaft auf den wirklich verdienten Löhnen.

Hannover, Westfalen, Oldenburg, Braunschweig, Waldeck, beide Lippe und die Hansestädte), die niedrigsten in der Sektion Berlin (dazu gehörten Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Mecklenburg und Brandenburg).

Die Altersstruktur der Tabakarbeiter wurde vornehmlich durch zwei Faktoren geprägt: durch den hohen Anteil der Mittel- und Großbetriebe und den der weiblichen Arbeitskräfte (siehe Tabelle Nr. 4).⁴²

Tab. 4: Altersschichtung der (männlichen und weiblichen) Tabakarbeiter 1882-1907

Alter	1882	1895	1907
Unter 20	27.9%	34.1%	32.0%
20-30	36.8%	31.1%	31.8%
30-40	18.9%	16.3%	17.1%
über 40	16.4%	18.5%	19.1%

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. NF 2, S. 126f.; Bd. NF 102-103, S. 290f.; Prozentanteile 1882 mit und 1895 ohne heimindustrielle Arbeiter.

Da die meist unverheirateten Arbeiterinnen zu weit über zwei Drittel den Jahrgängen bis 30 angehörten, waren die Jahrgänge bis 30 allgemein (vor allem aber bis 20) durch das überproportionale Wachstum des Frauenanteils im Verhältnis zur Gesamtindustriearbeiterschaft überrepräsentiert. Dagegen wich die Altersstruktur der männlichen Tabakarbeiter nur wenig von der der Industriearbeiterschaft ab, wobei die relativ schwache Repräsentanz der männlichen 20-30-Jährigen wahrscheinlich auf das erhöhte Selbständigmachen zurückzuführen ist, wodurch sich das numerische Rekrutierungspotential im Mobilitäts- bzw. Agitationsalter erheblich verminderte.

1.5.3 Mobilität

In deutlichen Gegensatz zur konkurrierenden Zigarettenindustrie, die von Anfang an nur relativ wenige Zigarettenmarken herstellte und frühzeitig den Arbeitsvollzug in Fabriken mechanisierte und motorisierte, blieb der Arbeitsvollzug der Zigarrenherstellung bei allen wesentlichen Teiloperationen auf manuelle Tätigkeiten beschränkt. Der sonst häufig zu beobachtende Innovationsimpuls, der in arbeitsintensiven Industriezweigen vor allem durch Arbeitskräfteverknappung bzw. durch die relative Verteuerung der Arbeitskraft ausgelöst wird, blieb wohl auch in der Zigarrenindustrie nicht aus, aber unter den gegebenen Umständen unwirksam. Die beträchtliche Produktionssteigerung der Zigarrenindustrie konnte nur durch eine adäquate Vermehrung von Zigarrenarbeitern verwirklicht werden. Die einfache Produktionstechnik gestattete selbst die Ausschöpfung der geringsten Teilarbeitskraft der Restbevölkerung im Rahmen der Heimindustrie. Die Zigarrenindustrie trug wesentlich zur Dämpfung der zwangsweisen Migrationsbewegungen von beschäftigungsarmen oder beschäftigungslosen Arbeitern aus wirtschaftlichen Notstandsgebieten bei. Erst unter diesem Aspekt werden auch die überraschenden statistischen Trends, die oben aufgezeigt worden sind, hinreichend erklärbar.

⁴² Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. NF2, S. 136f.; Bd. NF102-103, S. 290f.

Die geringe regionale Mobilität dokumentierte sich in der extrem hohen Seßhaftigkeit der Tabakarbeiter; noch 1907 lebten 65.7% in ihrem Geburtsort; selbst die landgebürtigen Arbeiter, die 44.6% aller Tabakarbeiter repräsentierten, wanderten nur zu 31.9% in die Städte, dem stand eine minimale Stadt-Land-Wanderung von stadtgebürtigen Arbeitern in Höhe von 5.6% entgegen.⁴³

Und gerade die eminente Bedeutung der Zigarrenindustrie als äußerst anpassungsfähigem Beschäftigungsbereich von 1907 schon weit mehr als 200 000 Erwerbstätigen veranlaßte die Staatsregierung – auf ständigen Druck der meisten Parteien im Reichstag und großer Teile der Öffentlichkeit hin – von einer allzu häufigen Steuer- und Zollerhöhung oder von der Einführung einer Fabrikatsteuer oder sogar eines Tabakmonopols Abstand zu nehmen.

Die Intensität beschäftigungsbezogener Konflikte wurde wesentlich durch die vorhandenen Kanäle sozialer Intragenerationsmobilität bestimmt. Das Angebot an Chancen für einen beruflichen Aufstieg war für den Zigarrenarbeiter aber knapp bemessen: die Etablierung als Kleinfabrikant und die innerbetriebliche Beförderung zum Werkmeister bzw. in das betriebliche Aufsichtspersonal.

Die mögliche Etablierung im eigenen Beruf, wie sie sonst i.d.R. nur von Handwerksgelesen unternommen werden konnte, schien die Zigarrenarbeiter innerhalb der industriellen Arbeiterschaft, die keine Möglichkeit zu einer solchen Selbständigkeit besaß, zu privilegieren. Überprüft man aber die Rentabilität solcher Kleinstbetriebe, dann wird der bloße Scheincharakter dieser Selbständigkeit als Form des sozialen Aufstiegs transparent. Wenn in der Folge nur die Wirtschaftlichkeit des Alleinbetriebes, der ohne fremde Gehilfen, aber überwiegend mit Familienangehörigen geführt wurde, untersucht wird, gelten die Aussagen modifiziert auch für Kleinbetriebe mit mehreren Gehilfen.⁴⁴

Innerhalb der Kleinbetriebe müssen einmal solche Betriebe unterschieden werden, deren Betriebsinhaber für eigene Rechnung Zigarren herstellte, und solche, deren Betriebsinhaber – obwohl gewerberechtlich selbständig – für fremde Rechnung arbeitete.

Trotz grundsätzlich gleicher Produktionstechnik wurde die Arbeit im Kleinbetrieb im Vergleich zum manufakturrellen Großbetrieb nur mit geringerer Produktivität durchgeführt.

- 1) Im Kleinbetrieb herrschte entweder keine oder eine nur mangelhafte Arbeitsteilung. Der Kleinstfabrikant war zumindest als Zigarrenroller qualifiziert, mußte aber sämtliche anfallenden Arbeiten der verschiedenen Produktionsabschnitte selbst erledigen. Dadurch reduzierte sich relativ die Lohnhöhe, die er als Roller mindestens zu erwarten hätte, auf einen niedrigeren Lohndurchschnitt, der sich aus dem Lohn für die geringer bezahlten Tätigkeiten des Zurichtens und des Wickelmachens und dem des besser bezahlten Rollens errechnete. Bei dieser Alleinarbeit, die den gesamten Produktionsprozeß umfaßte, mußten die einzelnen Tätigkeiten regelmäßig unterbrochen werden, so daß von jener arbeits-intensivierenden Habitualisierung in einem der Manufakturarbeit vergleichbarem Maße nicht profitiert werden konnte. Die mögliche stimulierende Wirkung der Grup-

⁴³ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 201.1, S. 34f.

⁴⁴ Vgl. Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 127-136; Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 329-333; Schloßmacher, Joseph, Zigarrenmacherei, S. 37-52, S. 42.

penarbeit entfiel hier ganz. Selbst wenn die Zulieferungsarbeiten von Hilfskräften übernommen wurden, konnte insgesamt keine ökonomische Koordination der verschieden lang und verschieden stark beanspruchten Arbeitskräfte verwirklicht werden.

- 2) Die Arbeit in der eigenen Wohnung brachte noch andere Störfaktoren: zahlreiche Arbeitsunterbrechungen blieben unvermeidbar, z.B. durch notwendige Hausarbeit, durch Besuch, durch die Kinder usw.
- 3) Neben dem Verdienstausschlag durch Produktivitätsminderung mußte der Kleinfabrikant von dem erhaltenen Stückpreis, der beim Heimindustriellen i.d.R. dem Stücklohnakkord des Manufakturarbeiters entsprach, noch zahlreiche weitere Kosten bestreiten: vor allem die oben erwähnten Betriebskosten und die Beiträge zur fakultativen Krankenversicherung. Weitere Kosten für den Heimindustriellen entstanden dadurch, daß er das Material vom Verleger abholen und die fertiggestellten Zigarren dort wieder abliefern mußte. Für ihn waren grundsätzlich alle Beeinträchtigungen der Heimindustrie wirksam, wie sie schon oben ausführlich dargestellt worden sind und die die soziale Lage des Heimindustriellen verschlechterten: heterogenes Rekrutierungspotential der Heimarbeiterschaft, isolierte Produktionsweise, wachsende Abhängigkeit vom Verleger, Zwischenmeistersystem, Zwang zu überlangen Arbeitszeiten, Niedrigstlöhne usw. Der für eigene Rechnung produzierende Kleinstfabrikant mußte den Vertrieb seiner Zigarren selbst besorgen; ähnlich wie der Handwerksmeister produzierte er für einen lokal begrenzten Markt oder für bestimmte Kunden (z.B. Gastwirte). Der Geschäftserfolg wurde demnach maßgeblich durch den schwankenden Bedarf des lokalen Markts bestimmt; der Vertrieb wurde z.B. durch einen kleinen Verkaufsladen oder durch Hausieren besorgt, kostete aber meist viel Zeit. Zahlreiche Kleinfabrikanten führten im Sortiment neben ihren eigenen Zigarren noch andere Zigarrensorten und Rauchwaren, um den Laden ökonomischer zu nutzen. Die Zahl solcher kleinsten Verkaufsläden stieg – nicht nur durch den Vertrieb der Kleinstfabrikanten – sprunghaft an. Als Kleinstverbraucher mußte der Rohstoff relativ teuer eingekauft werden, wobei oft der ‚Vorschuß‘ des Händlers beansprucht werden mußte, was oft den Anfang vom Ende der Selbständigkeit bedeutete.

Vergleicht man insgesamt die Lage der kleinen Gewerbetreibenden in der Zigarrenindustrie mit der der Manufakturarbeiter, dann kann mit Sicherheit festgestellt werden, daß die ökonomische Situation der Kleinstfabrikanten i.d.R. kaum besser gestaltet war als die der Manufakturarbeiter, sondern eher noch schlechter, unbeschadet der möglichen individuellen Vorteile der Selbständigkeit. Von einem wirklichen sozialen Aufstieg bei den Kleinstfabrikanten kann nicht gesprochen werden.

Die einzige berufliche Aufstiegsmöglichkeit in der Manufaktur repräsentierte die Position des Werkmeisters.⁴⁵ Die wichtigsten Funktionen des Werkmeisters bestanden in der Kontrolle und oft in der Entlohnung des Personals, wobei er meist –

⁴⁵ L. Heyde wertet in seiner Arbeit eine Enquete des Deutschen Werkmeisterverbandes aus, die 1910 über die Lage der Werkmeister in der Tabakindustrie durchgeführt wurde und der ein von Heyde konzipierter Fragebogen zugrunde lag (Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 141-144); Fragebogen und Antworten sind als Anlage der Arbeit von Heyde beigelegt.

stellvertretend für den Unternehmer – volles Kündigungs- und Disziplinarrecht ausübte, weiter im möglichen Einkauf der Rohstoffe und in der Herstellung der Tabakmischung. Dem Werkmeister unterstanden in den Mittelbetrieben ca. 20-50 Arbeiter, in den Großbetrieben dagegen ca. 50-100 Arbeiter, entsprechend verdiente meist der Werkmeister im Großbetrieb mehr als der in den Mittelbetrieben. Soweit die Enquete des Werkmeisterverbandes als repräsentativ angesehen werden kann, lag der allgemeine Lohndurchschnitt der Werkmeister in der Zigarrenindustrie erheblich unter dem der vergleichbaren Positionen in anderen Industriezweigen. Das vergleichsweise bescheidene Einkommen lag sicherlich auch in den relativ geringen Qualifikationsanforderungen für den Werkmeisterposten begründet: neben langjähriger Berufserfahrung und Betriebszugehörigkeit wiesen alle nur eine normale Ausbildung als Zigarrenmacher oder auch als Sortierer auf.

Die vergleichsweise geringe Zahl der Werkmeister (hier: das gesamte statistische b2-Personal) unter den in der Tabakindustrie beschäftigten Personen stieg wohl – entsprechend der leichten Vermehrung der Großbetriebe – von 1747 (1895, davon 51 weibl.) auf 3494 (1907, davon 193 weibl.) an; aber diese Verdopplung des Aufsichtspersonals reichte bei weitem nicht aus, um wenigstens die noch zu besprechende Proportion zwischen Arbeiterschaft und Aufsichtspersonal im Sektor Industrie/Handwerk zu verwirklichen: 1907 kamen im günstigsten Fall 44 Tabakarbeiter auf eine Person des Aufsichtspersonals.⁴⁶ Die Aufstiegschancen innerhalb der Mittel- und Großbetriebe waren nicht nur minimal, sondern die Position im betrieblichen Aufsichtspersonal erbrachte zudem – gemessen an anderen Industriezweigen – ein nur relativ bescheidenes Einkommen.

Ergab sich demnach bei den Zigarrenarbeitern nur eine minimale Intragenerationsmobilität, so ließ die schlechte soziale Lage eine höhere Intergenerationsmobilität nicht erwarten.

2. Organisierbarkeit der Heim- und Manufakturarbeiter

2.1 Heimarbeiter

Kaum ein anderer Produktionszweig erfreute sich eines solch regen und langandauernden Interesses der deutschen Öffentlichkeit und der sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Literatur wie die Heimindustrie vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis hin zum Ersten Weltkrieg. Die vorliegenden Informationen über die Heimindustrie sind daher – wenn auch oft ideologisch akzentuiert – zahl- und aufschlußreich. Weitgehende Einigkeit unter den Beobachtern bestand über die oft menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiterschaft und über den hohen Grad von Ausbeutung, der in der Heimindustrie herrschte. Für die Heimarbeiter galt jener grundlegende, organisationshemmende Widerspruch: der teilweise extrem hohen Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte stand nur ein geringer Grad gewaltsamer Konfliktsaustragung gegenüber.

- 1) Der umfassenden Spannweite der arbeitsintensiven heimindustriellen Produktion vom kunstfertigen Handwerkserzeugnis bis hin zur monotonen Anfertigung einfacher industrieller Massenartikel entsprach auch das differenzierte Maß an vor-

⁴⁶ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S. 134.

handener Arbeitsautonomie, Arbeitsdisposition und Arbeitsqualifikation. Koooperative Bindungen spielten in den heimindustriellen Betrieben, die in der Regel Allein- oder Kleinbetriebe waren, nur eine völlig untergeordnete oder überhaupt keine Rolle; noch mehr als im Handwerk fehlten für informelle Sozialisierungen unter den Arbeitern entsprechende Kollegen innerhalb und außerhalb des Betriebes.

- 2) Das engere Rekrutierungsfeld der betroffenen Gewerkschaften, die eigentliche unselbständige Heimarbeiterschaft, blieb unter den Heimindustriellen nur eine relativ unbedeutende Minorität: nur zwei bis drei Zehntel aller Heimindustriellen waren gewerberechtlich unselbständig. Die Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Organisation der Heimindustriellen, soweit sie überhaupt als faktisch Lohnabhängige, aber rechtlich selbständige Hausgewerbetreibende von „Arbeiter“-Gewerkschaften erfaßt werden konnten und sollten, waren denkbar ungünstig gestaltet: starke Abhängigkeit von Verleger bzw. Zwischenmeister, die durch die meist restriktive Auftragslage verschärfte Konkurrenzsituation unter den Heimarbeitern, die räumliche Isolierung von anderen Heimarbeitern und vor allem die divergierende Interessenlage aufgrund der extrem heterogenen Sozialstruktur der Heimindustriellen (Rest- und Überschußbevölkerung, hoher Frauenanteil) schränkten die Organisierbarkeit drastisch ein.
- 3) Das Potential an wirksamen Protestformen blieb äußerst beschränkt, die gewerkschaftlichen Kampfmittel versagten weitestgehend. Alle Erfolge, die die Arbeitergewerkschaften erzielten, betrafen nur in Ausnahmefällen auch die Heimarbeiter: weder die Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung, noch Verkürzung der Arbeitszeiten, Lohnerhöhungen etc. kamen den Heimarbeitern zugute. Das grundlegende Kampfmittel der Arbeiter-Gewerkschaften, der Streik, beruhte auf der solidarischen Niederlegung der Arbeit, erwies sich aber unter den gegebenen Voraussetzungen bestenfalls für jene unselbständigen Gehilfen in den heimindustriellen Werkstätten als begrenzt praktikabel. Aber das, was durch die handwerkliche Produktionsweise diesen Gehilfen an organisationsfördernden Elementen noch verblieben war, wurde in der Regel durch die kapitalistische Arbeitsorganisation der Betriebe aufgehoben.
- 4) Schwächten die ungünstigen Arbeitsbedingungen und die mangelnde Solidarität die Aussichten auf eine erfolgreiche Durchführung des Arbeitskampfes schon entscheidend, stand dem Verleger noch ein wirksames Instrument zur Verfügung, um einen möglichen Streik zu unterlaufen. Die oben beschriebene geringe Bedeutung des konstanten Kapitals erlaubte es dem Verleger, relativ schnell und problemlos die anstehende heimindustrielle Produktion ganz oder teilweise in andere Regionen mit Heimarbeitern zu verlagern und damit die Streikenden arbeitslos zu machen. Diese Produktionsverlagerungen bewährten sich auch als erfolgreiche unternehmerische Maßnahme, um die Produktion in Gegenden mit noch billigeren Arbeitskräften zu verlegen, wodurch die Profitrate erhöht bzw. verstärkte Konkurrenz auf dem Markt kompensiert werden konnte. Von dieser Umverteilung der heimindustriellen Produktion waren solche Zweige in einem erhöhten Maße bedroht, die keine längere Berufsausbildung und besonderen Fähigkeiten voraussetzten, so daß in kürzester Frist entsprechend disponible Arbeitskräfte neu angelernt werden konnten. Aber auch die qualifizierte handwerkliche Produktion vermittelte eine kaum bessere Marktposition, selbst wenn man

von der allgemeinen Strukturkrise des Handwerks einmal absieht. Während der Heimarbeiter mit handwerklicher Qualifikation zuerst „spezialisierte“ Handwerker geworden war, der aber die Waren noch vollständig herstellte, versuchten die Verleger, die ursprünglich vollständige Herstellung durch eine Arbeitskraft in Teiloperationen zu zerlegen, die jeweils von weniger qualifizierten Arbeitskräften verrichtet werden konnten. Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung innerhalb der Heimindustrie ließ sich aber nur begrenzt durchführen, nämlich nur insoweit, wie die anfallenden Transportkosten zwischen den Teilproduzenten nicht über ein bestimmtes Maß hinauswuchsen, so daß eine Zentralisierung der Produktion in einer Manufaktur profitabler gewesen wäre.

Da die Heimarbeiter in den Arbeiter-Gewerkschaften keine adäquaten Kampfmittel vorfanden, um ihre ökonomischen Interessen wirksam vertreten zu können, mußte der Schwerpunkt ihrer Interessenvertretung – wenn überhaupt – auf der politischen Bewegung liegen, nachdem eine vorübergehende, bloß reaktive und destruktive Phase des Protestes in Form von Maschinenzerstörungen überwunden worden war.⁴⁷

- 1) *Die Unwirksamkeit von Streiks machte den Einsatz anderer Formen des Protestes (neben umgeleiteten Formen wie Materialunterschlagungen) notwendig, die eine unmittelbare Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen versprachen.*

Als erfolgreiches Beispiel solcher Partizipation können die Protestaktionen der englischen Heimarbeiter zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelten. Nachdem die laufend verschärfte Koalitionsgesetzgebung die Praktizierung gewerkschaftlicher Kampfmittel untersagte, verlegten sich die englischen Heimindustriellen erneut auf die traditionale Form des kollektiven Protests, dem Petitionismus an Parlament und Obrigkeit „als letzte legale Form des Tarifikampfes“.⁴⁸ Diese Massenpetitionsbewegung wurde oft nachdrücklich begleitet von spontanen oder auch geplanten Maschinenzerstörungen. Diese Zerstörungsakte zeigen zugleich die Richtung der in den Petitionen vertretenen Forderungen an: Verbot der Industrialisierung und Wiederherstellung der alten sozialen und ökonomischen Ordnung – mithin Forderungen, die nicht zum Programmkatalog einer Gewerkschaft gebundener industrieller Arbeiter zählten.

In Deutschland stieg spätestens seit der Industriellen Revolution und der verstärkten Konkurrenz der Fabrikproduktion in wichtigen heimindustriellen Produktionsbereichen die Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte zunehmend an. Aber erst in den 1840er Jahren schlug die Intensität des Konflikts in eine Reihe von spontanen gewaltsamen Auseinandersetzungen um: 1844 bis 1847 kam es in zahlreichen Orten, insbesondere bei den schlesischen Heimarbeitern, zu Demonstrationen

⁴⁷ Vgl. allg. Hobsbawm, Eric J.: *The Machine Breakers*. In: *Past and Present*, Jg. 1 (1952), S. 57ff.; Rude, George: *The Crowd in History. A Study of Popular Disturbances in France and England 1730-1848*. New York usw. 1964 (dt. Übers.: *Die Volksmassen in der Geschichte*. Frankfurt a.M./New York 1977), S. 66ff.

⁴⁸ Zu den englischen Verhältnissen vgl. Vester, Michael: *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Zur Soziologie und Geschichte der Arbeiterbewegung*. Frankfurt/Main, 2. Aufl., 1970, S. 120ff.

nen, Krawallen und Aufständen, teilweise verbunden mit Maschinenstürmen (z.B. in Langenbielau/Peterswaldau und in Annaberg).⁴⁹

Die deutschen Heimarbeiter fanden einen wesentlich engeren Spielraum für legale Protestformen vor als ihre englischen Kollegen. Insgesamt erreichte die Gewaltsamkeit der Konflikte auch nicht annähernd Dauer, Häufigkeit und Massenbasis wie in England. Während die reaktionäre Koalitionsgesetzgebung eine gewerkschaftliche Organisation bis in die 1860er Jahre ausschloß und damit die Möglichkeiten organisierten gewaltsamen Protests auf ein Minimum reduzierte, beschnitt ein vielfach eingegengtes, oft verfassungsmäßig nicht verankertes Petitionsrecht die Ausnutzung dieser auch in Deutschland traditionellen Protestform, die eine der letzten verbliebenen Möglichkeiten garantierte, innerhalb des Obrigkeitsstaates wenigstens gemäßigte Forderungen („Bitten“) zu artikulieren.⁵⁰

Wo kollektiven Petitionen schon der Geruch von „revolutionärer Demokratie“ anhaftete und sie daher von der Obrigkeit mit höchstem Mißtrauen beobachtet wurden, konnte der Petitionismus keinesfalls als Form des Tarifikampfes eingesetzt werden. Dagegen waren „korporative Petitionen von staatlich anerkannten politischen Institutionen oder von geschlossenen ständischen Gruppen“ im Vormärz die Regel.⁵¹

Erst in den Revolutionsjahren 1848/49 wurde der Petitionismus (allerdings nur vorübergehend) zur legitimierten und institutionalisierten Protestform, die nicht nur umfassend, sondern gerade von den bisher politisch noch nicht aktivierten Bevölkerungsgruppen genutzt wurde, um in die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mitbestimmend einzugreifen. Die Zahl von 25000 bis 30000 Petitionen an die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt und die gewaltige Mobilisierung von 2.5 bis 3.0 Millionen Unterschriften⁵² bezeugen sowohl die Protestnotwendigkeit als auch die breite Protestbereitschaft in Deutschland. Leider gibt es noch keine umfassende Darstellung über die Geschichte des Petitionismus in Deutschland; es wäre zu vermuten, daß gerade die Heimarbeiter an den Massenpetitionsbewegungen im deutschen Kaiserreich überproportional beteiligt waren, insbesondere seit die Heimindustrie durch die sozialpolitische Literatur ein erhöhtes öffentliches Interesse und Verständnis erwarten konnte.

2) *Nur eine grundsätzliche Einflußnahme auf das herrschende politische System versprach eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Heimarbeiterschaft.*

Während andere Berufsgruppen, die die üblichen gewerkschaftlichen Protestformen zumindest teilweise mit Erfolg praktizieren konnten, vorrangig oder doch stark

⁴⁹ Vgl. u.a. Todt, Elisabeth/Radandt, Hans: Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800-1849. Berlin (Ost) 1950, S. 68ff. und 86f.

⁵⁰ Zum Petitionsrecht vgl. u.a. Rotteck, Carl/Welcker, Carl (Hrsg.): Das Staatslexikon. Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, Altona 1848, S. 556ff.; Bluntschli, Johann Kaspar/Karl Brater: Deutsches Staats-Wörterbuch, Bd. 8, Stuttgart/Leipzig 1864, S. 67ff.

⁵¹ Best, Heinrich: Die quantitative Analyse inhaltlicher und kontextueller Merkmale historischer Dokumente. Das Beispiel der handelspolitischen Petitionen an die Frankfurter Nationalversammlung. In: Best, Heinrich, Reinhard Mann (Hrsg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Stuttgart 1977. S. 162-205, S. 164.

⁵² Ebd., S. 164.

gewerkschaftlich orientiert waren, sobald sich ihre entsprechende Gewerkschaft konsolidierte, engagierten sich die Heimarbeiter – wenn überhaupt – seit der Frühphase der Arbeiterbewegung vorwiegend in der politischen Parteiarbeit. Diese Aussage gilt besonders für die schon frühzeitig in ihrer Existenz bedrohten Heimindustriellen in der Textilindustrie und in der Zigarrenindustrie, und nicht von ungefähr lag daher mit die dichteste geographische Verbreitung der Heimindustrie im industriell fortschrittlichen Königreich Sachsen, wo die sozialdemokratische Arbeiterbewegung schon in ihren Anfängen ein umfangreiches Wähler-, Mitglieder- und Funktionärspotential besaß.

Die höchste regionale Verdichtung fand sich in: Sachsen-Meiningen (Anteil der heimindustriellen Betriebe an allen in dieser Region gezählten Betriebe: 24.7%, Anteil der Heimindustriellen an allen in dieser Region gezählten Erwerbstätigen: 15.1%), Sachsen-Coburg-Gotha (Betr.: 22.5%; Pers.: 12.4%) und dann schon im Kgr. Sachsen (Betr.: 25.7%; Pers.: 7.4%). Noch 1907 stellte das Kgr. Sachsen 32.9% aller heimindustriellen Hauptbetriebe und 28.9% aller heimindustriellen Personen im Deutschen Reich.

Die hervorragende Rolle, die die sächsischen Arbeiter seit Beginn innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung spielten, beruht selbstverständlich nicht einseitig auf dem Engagement sächsischer Heimindustrieller, allein der überdurchschnittlich hohe, organisationshemmende Frauenanteil in der sächsischen Heimindustrie (1907: 68.6%) relativierte (zumindest quantitativ) ihre Bedeutung.⁵³

3) *Als organisatorische Antwort auf die Ausbeutung durch die kapitalistischen Verleger schlossen sich teilweise die Heimindustriellen zu Produktionsgenossenschaften zusammen.*

Die meisten dieser Genossenschaftsprojekte scheiterten schon in kürzester Frist an mangelnder Erfahrung in der Geschäftsführung, an Schwierigkeiten bei der notwendigen Kapitalbeschaffung, an internen Auseinandersetzungen unter Genossenschaftsmitgliedern usw.; soweit die Produktionsgenossenschaften sich erhalten konnten, waren sie meist mit der entstehenden Arbeiterkonsumvereinsbewegung verbunden. Nicht zuletzt die frühen desillusionierenden Erfahrungen mit solchen Genossenschaftsprojekten diskreditierten nachhaltig innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung derartige Selbsthilfefaktionen in Form von Produktionsgenossenschaften, die äußerst distanzierten Stellungnahmen der verschiedenen sozialdemokratischen Parteitage unterstreichen diese Entwicklung nur.⁵⁴

Wir haben schon oben gezeigt, welch quantitativ schwaches Rekrutierungs- und Betätigungsfeld die Gewerkschaften unter der Heimarbeiterschaft fanden. Die Gewerkschaften – im Verein mit bedeutenden Nationalökonomern wie W. Sombart und Ad. Weber – forderten daher schon frühzeitig die beschleunigte und möglichst

⁵³ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 220/221, S. 177f.; Bd. 217, Tab. 2.

⁵⁴ Vgl. die Genossenschaftsdebatten und -resolutionen auf den Parteitag der SPD in Berlin 1892, Hannover 1899, Bremen 1904, Magdeburg 1910 und Jena 1911; eine Zusammenfassung des historischen Verlaufs der Genossenschaftsdebatte bei Labusch, Lothar Franz: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur ‚Konstitutionellen Oppositionspartei‘ 1890-1914. Diss. Göttingen (Masch.) 1956, S. 53-85 und 286-297.

weitgehende Abschaffung der Heimindustrie⁵⁵. Die Heimindustrie mit ihrer unbegrenzten Arbeitszeit, ihren Niedrigstlöhnen und ihren ungesunden Arbeitsstätten trüge nicht nur zur völligen Verelendung der Heimarbeiter selbst bei, sondern verschlechtere durch Lohndrückerei usw. auch die soziale Lage jener industriellen Arbeiter, die von der Konkurrenz der Heimarbeiter betroffen seien. Die Heimindustrie sollte daher in Betriebswerkstätten überführt werden, welche der Gewerbeordnung entsprächen und deren Zustand ständig kontrolliert werden müsse, das viel beklagte Zwischenmeistersystem sollte grundsätzlich verboten werden. Die Forderung nach Abschaffung der Heimindustrie übersah jedoch die heterogene Sozial- und Betriebsstruktur der Heimarbeiterschaft, welche eine völlige Überführung in derartige Betriebswerkstätten nicht erlaubte, da nur die Heimarbeit bestimmte Arbeitskräfte mit in die Produktion einbeziehen konnte, die ansonsten kaum eine andere Möglichkeit besaßen, ihre Arbeitskraft gewerblich überhaupt oder zusätzlich zu verwerten.

Die Heimindustrie blieb – entgegen den Erwartungen – weiter bestehen. Erst 1911 unternahm man in Deutschland den ersten Versuch, mit Hilfe des Hausarbeitsgesetzes die Lage der Heimarbeiter zu verbessern; eine sichtbare Veränderung innerhalb der Heimindustrie trat vor dem Ersten Weltkrieg allerdings nicht ein.⁵⁶

2.2 Manufakturarbeiter

Die Erweiterung des Rekrutierungspotentials der Arbeitskräfte auf nichtgelernte Arbeiter beseitigte partiell einen wesentlichen Faktor der erzwungenen Kapazitätsbeschränkung der Manufaktur, nämlich den ständigen Mangel an qualifizierten Arbeitern. Gerade die frühkapitalistische Entwicklungsphase wurde durch einen eigentümlichen Widerspruch gekennzeichnet: einem Arbeitskräfteüberschuß (besser: einem Überschuß an beschäftigungslosen Personen) stand gleichzeitig ein Arbeitskräftemangel gegenüber.⁵⁷

⁵⁵ Vgl. u.a. die Debatten und Resolutionen auf den Allgemeinen Gewerkschaftskongressen in Berlin 1896, Stuttgart 1902 und Köln 1905. Kurze Stellungnahmen vieler führender Sozialpolitiker finden sich in dem Protokoll der Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die Heimindustrie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 88 (1900).

⁵⁶ Durch das Hausarbeitsgesetz vom 20.XII.1911 (RGBl. I, S. 976) wurde die Heimindustrie in die Arbeiterschutzgesetzgebung mit einbezogen.

⁵⁷ Zum Arbeitskräfteangebot vgl. Sombart, Werner, *Kapitalismus*, Bd. I. 2, S. 785-835; Hinze, Kurt: *Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685-1806*. Berlin 1963 (Neudruck), S. 3f. und 48ff.; Bensch, Auguste D.: *Die Entwicklung der Berliner Porzellanindustrie unter Friedrich dem Großen*. Diss. Berlin 1928, 1929, S. 43f.; Krüger, Horst: *Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen. Die mittleren Provinzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*. Berlin-Ost 1958, S. 12ff.; Forberger, Rudolf: *Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts*. Berlin 1958, S. 65ff.; Reuter, Ortulf: *Die Manufaktur im fränkischen Raum*. Stuttgart 1961, S. 95ff.; Lütge, Friedrich: *Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Ein Überblick*. Berlin/ Heidelberg/ New York 3. Aufl. 1966, S. 56; Mottek, Hans: *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß*. Bd. I und II. Berlin 5. Aufl. 1968 und 2. Aufl. 1975, S. 266f.

- 1) *Der eklatante Facharbeitermangel in der Manufaktur⁵⁸ konnte oft nur durch die Rekrutierung ausländischer Arbeiter vermindert oder behoben werden, besonders in der Aufbauphase war man auf die Kenntnisse und Fertigkeiten solcher Facharbeiter angewiesen, solange bis – wie in der Zigarrenindustrie – wenigstens eine ausreichende Zahl einheimischer Arbeitskräfte einen vergleichbaren Ausbildungsstand erreicht hatte.*

Aber weder kam es zu einer erkennbaren umfangreicheren innerbetrieblichen Ausbildung von Manufakturfacharbeitern, noch konnte der Facharbeiterbedarf aus dem Handwerk hinreichend gedeckt werden. Gerade die im Handwerk ausgebildeten Arbeitskräfte brachten bestenfalls eine Ausbildung grundberuflicher Qualität mit, nicht aber die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten für die fortentwickelten Produktionstechniken in der Manufaktur. Diese unzureichend ausgebildeten Handwerker konnten allerdings nur zu manufakturrellen Teilarbeiten bestimmt werden, was ihrer mangelhaften Qualifikation entsprach.

Allgemein aber nahmen die Facharbeiter eine zentrale Funktion wahr, was angesichts des Facharbeitermangels ihre Marktposition gegenüber dem Manufakturisten festigte: die Facharbeiter konnten sich auf diese Weise nicht nur einen hohen Grad an Arbeitsautonomie und an Dispositionschancen bewahren, sondern auch mit Abstand die höchsten Arbeiterlöhne sichern. Die Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte muß daher als relativ niedrig veranschlagt werden, eine gewerkschaftsähnliche Koalition der gelernten Arbeiter war unter diesen Umständen nicht zu erwarten, eher eine zunftähnliche Organisation, die die ‚Berufs- und Standesehre‘ des Facharbeiter-‚Standes‘ und seinen beruflichen und sozialen Status aufzubauen und zu stärken vermocht hätte. Besonders die Verwurzelung vieler Manufakturhandwerker im traditionellen Handwerk legte die Übernahme feudal-zünftiger Wertmuster nahe.

Allerdings ergab sich gerade aus der ‚Unersetzlichkeit‘ der Facharbeiter eine restriktive Folge. Oft versuchte man mit Hilfe gesetzgeberischer Maßnahmen die Freizügigkeit der gelernten Arbeiter einzuschränken oder sie sogar ganz aufzuheben, da trotz des Fehlens eines institutionalisierten Arbeitsmarkts die gesuchten Facharbeiter von den konkurrierenden Manufakturen abgeworben wurden.⁵⁹

- 2) *Die arbeitsteilige Manufaktur verringerte aber relativ den Bedarf an Arbeitern mit handwerklicher Vollausbildung, da ständig mehr Teiloperationen von nur an- bzw. ungelernten Arbeitern verrichtet werden konnten.*

Diese Dequalifizierungstendenz, wie sie auch oben anhand der Zerlegung der handwerklichen Arbeit demonstriert wurde, beschreibt ausschließlich die allgemeine Entwicklung der industriellen Arbeit über die gesamte Phase des Manufakturwesens. Diese Dequalifizierung darf nicht dahingehend mißverstanden werden, als ob es das Kollektiverlebnis eines jeden Facharbeiters gewesen sei, erst als Vollhandwerker in der Manufaktur zu beginnen und dann sukzessive durch planmäßige Zerlegung seiner ursprünglich ganzen Arbeit schließlich zum ungelernten Arbeiter mit repetitiver monotoner Teilarbeit degradiert zu werden. Dequalifizierung bedeutet

⁵⁸ Vgl. z.B. Reuter, Ortulf, Manufaktur, S. 84; Slawinger, Gerhard: Die Manufaktur in Kurbayern. Stuttgart 1966, S. 30f.

⁵⁹ Vgl. z.B. Reuter, Ortulf, Manufaktur, S. 93.

nur, daß das allgemeine Fertigniveau im Sinne des vollhandwerklichen Vollzugs der Arbeit durch die wachsende Zahl der an- und ungelernten Arbeiter gesenkt worden ist. Angesichts des Facharbeitermangels wäre der Einsatz eines funktional ausgebildeten Facharbeiters als un- oder angelernter Arbeiter ökonomisch sinnlos gewesen, für solche Teilarbeiten standen dem Manufakturisten billige un- und angelernte Arbeitskräfte zur Verfügung. In Gegensatz zu diesen Facharbeitern, die in der Manufaktur ihre handwerkliche Ausbildung funktional verwerten konnten, betraf die Dequalifizierung solche Handwerker, die in der Manufaktur keine ihrem ehemaligen Handwerksbereich entsprechende Tätigkeit finden und demgemäß (als Berufswechsler) nur an- oder ungelernte Arbeiten in der Manufaktur verrichten konnten.

Dieser relativ ‚verringerte Bedarf‘ an gelernten Arbeitern muß im Verhältnis zur Produktionsleistung der Manufaktur gesehen werden: während der Facharbeiterstamm nur relativ gering erweitert wurde (Facharbeitermangel), wurde die Steigerung der Produktionskapazität durch die relativ starke Vermehrung von an- und ungelernten Arbeitskräften erzielt. Demnach nahm die Facharbeiterdichte innerhalb der Manufakturarbeiterschaft verhältnismäßig ab.

Die günstige Arbeitsmarktposition bzw. der Wert der Ware Arbeitskraft blieb für die Facharbeiter an drei elementare Bedingungen geknüpft:

- Das Angebot an funktional ausgebildeten Facharbeitern durfte den Bedarf an Arbeitskräften bzw. die Zahl an verfügbaren Stellen nicht übersteigen.
- Die Fertigkeiten der Facharbeiter durften weder durch neue Technologien überflüssig (Übergang zum Fabrikssystem) noch durch neue differenziertere Formen der Arbeitsteilung entwertet werden.
- Die Fertigkeiten der Facharbeiter mußten auf einer soliden grundberuflichen Ausbildung beruhen. Die Statuszuweisung ‚gelernter Arbeiter‘ durfte nicht allein auf (traditionale) gesellschaftliche Wertschätzung oder eigens entwickeltem Berufsbewußtsein beruhen, sondern mußte aufgrund einer ausreichenden Berufsqualifikation erworben sein, die nur in einer mehrjährigen Ausbildung zu erlangen war und die dadurch die gelernten Arbeiter deutlich von den an- und ungelernten Arbeitern abhob. Die Zigarrenmacher erfüllten z.B. – wie oben dargestellt – diese Bedingung nicht.

Insoweit diese drei Bedingungen gewährleistet waren, konnten die Facharbeiter in der Manufaktur ihre Stellung als ‚Arbeiteraristokratie‘ bewahren.⁶⁰

- 3) *Die unfreien Arbeitskräfte in den Manufakturen können wir an dieser Stelle vernachlässigen: unabhängig von der Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte sorgte die Zwangsorganisation für die Disziplinierung der Arbeitskräfte und für die Unterdrückung gewaltsamer Konflikte.*
- 4) *Die freien un- und angelernten Arbeiter repräsentierten den überwiegenden Teil der Manufakturarbeiterschaft und setzten sich wiederum mehrheitlich aus Frauen und über lange Zeit hinweg auch aus Kindern zusammen.*⁶¹

⁶⁰ Zur Sozialgeschichte von ‚Arbeiteraristokratie‘ siehe Beier, Gerhard: Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie. In: Herkunft und Mandat, 1976, S. 9ff.

Insbesondere für die un- und angelernten Arbeiter galten die Ergebnisse unserer arbeits- und arbeiterbezogenen Analyse der arbeitsteilig differenzierten Manufakturarbeit. Neben den zahlreichen restriktiven Elementen der manufakturrellen Teilarbeit ließen sich immerhin eine Reihe von organisationsfördernden Faktoren erkennen, so vor allem die hohen Chancen zur Aufnahme informeller Kontakte während der Arbeitszeit (aber: Arbeitskontrolle), zu informellen wie formellen kooperativen Bindungen und Interaktionen sowie zur Habitualisierung zahlreicher Teiloperationen. Berücksichtigt man die (spärlichen) Berichte über Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit, Lohn und über andere Lagefaktoren, dann muß die Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte für die an- und ungelernten Manufakturarbeiterschaft hoch gewesen sein.

Für diese Arbeiter wurde der ‚klassische‘ Proletarisierungsprozeß wirksam, der schließlich zur Herausbildung einer industriellen Lohnarbeiterschaft führte. Diese Arbeiter, die unfähig wurden oder blieben, selbständig und eine ‚ganze‘ Ware zu produzieren und zu vertreiben, die daher auf die Teilnahme an kollektiven Arbeitsvollzügen angewiesen und die oft durch ihre Spezialisierung an einen bestimmten Betrieb gebunden waren, wurden gleichsam zum „Zubehör“⁶² der Werkstatt des Unternehmers. Der niedrige Wert der Ware Arbeitskraft determinierte aber die Marktchancen dieser Arbeiter, die ihre Arbeitskraft verkaufen mußten, um sich den Lebensunterhalt zu sichern.

Der Organisation der Manufakturarbeiter bis zur Industriellen Revolution und darüber hinaus standen zahlreiche Hemmnisse entgegen, wobei teilweise schon die Wirksamkeit eines Hemmfaktors genügte hätte, um eine Gewerkschaftsgründung zu verhindern.

1) *Das wohl einsichtigste Hindernis erwuchs aus der rechtlichen und politischen Situation, die eine Gewerkschaftsgründung bis in die 1860er Jahre nicht zuließ.*

Diese Situation wurde gleichermaßen durch die reaktionäre Vereins- und Koalitionsgesetzgebung und durch die obrigkeitsstaatlichen Eingriffe in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich beispielhaft in der Mithilfe des Staates bei der Rekrutierung der Arbeitskräfte und bei der Einschränkung der Freizügigkeit dokumentierten, perpetuiert. Während der gesamten Phase, in der die Manufaktur eine dominierende Rolle in der zentralisierten großbetrieblichen Produktion spielte, konnte von einem freien Arbeiterstand bzw. von freien Lohnarbeitern und einem entsprechenden freien Arbeitsmarkt nur eingeschränkt die Rede sein.

2) *Die unterschiedlichen Ansprüche an Geschicklichkeit und Berufsausbildung führten u.a. zur Herausbildung einer hierarchischen Betriebsstruktur, die dem einzelnen Arbeiter eine bestimmte innerbetriebliche Rangposition zuwies, die zugleich mit einer analogen Lohndifferenzierung verbunden war.*

Die Manufakturarbeiterschaft war extrem heterogen nach Herkunft, Geschlecht, Alter und Qualifikation zusammengesetzt. Der stark privilegierten, oft noch traditionell zünftig orientierten Minderheit der Facharbeiter stand die große Mehrheit der

⁶¹ Vgl. u.a. Reuter, Ortulf, Manufaktur, S. 93ff.; Kuczynski, Jürgen, Lage, S. 32f.; Slawinger, Gerhard, Manufaktur in Kurbayern, S. 31.

⁶² Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke. Bd. 23, S. 382.

an- und ungelernten Arbeiter gegenüber.⁶³ Während die Facharbeiterschaft in ihrer Gruppenstruktur mehr der des Handwerks ähnelte (Berufsbewußtsein, Standesehre, Dominanz der Männer) und eine hohe Gruppenkohäsion zumindest denkbar ist, verhinderte die höchst unterschiedliche Zusammensetzung der Un- und Angelernten meist jegliches und vor allem dauerhaftes Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühl. Solange die Facharbeiter ihre herausragende Stellung behaupten konnten, sahen sie sich nicht veranlaßt eine Gewerkschaft (bestenfalls eine zunftähnliche Organisation) zu begründen, geschweige denn sich mit den Un- und Angelernten in einer gemeinsamen Gewerkschaft zu organisieren und damit vermeintlich den Wert ihrer Ware Arbeitskraft zu beeinträchtigen.

3) *Außer den zünftigen Gesellenorganisationen, die keineswegs als Vorbild für die Gewerkschaftsorganisation der vollkommen anders strukturierten Manufakturarbeiterschaft dienen konnten, lag lange Zeit kein praktikables Organisationskonzept vor, das zudem den Manufakturarbeitern durch eine besondere Vermittlungsinstanz bekannt geworden wäre.*

Die programmatischen und konzeptionellen Angebote der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung kamen für die Organisation der Manufakturarbeiter zu spät. Ebenso fehlte es an einem geeigneten Führungspersonal das die Mindestkenntnisse der Organisationstechnik beherrschte. Die als Führungspersonal geeigneten Facharbeiter vertraten weitgehend Eigeninteressen und organisierten sich später bewußt in Gewerkschaften mit einzelberuflicher bzw. branchenmäßiger Orientierung. Die starke Abhängigkeit solcher Gewerkschaften, die mehrheitlich die un- und angelernten Arbeiter der Großbetriebe organisierten, von den gelernten Arbeitern bzw. von ehemaligen, nun dequalifizierten gelernten Arbeitern als erstes Führungspersonal läßt sich deutlich bei dem späteren multisektoralen Fabrikarbeiterverband (gegrdt. 1890) beobachten, der in seiner Anfangsphase bevorzugt gelernte Arbeiter als Führungspersonal rekrutierte.⁶⁴

4) *Im Gegensatz zu den gelernten Arbeitern blieben die Un- und Angelernten weitgehend austauschbar und konnten ihren beschäftigungsbezogenen Forderungen nicht den notwendigen Nachdruck verleihen.*

Insbesondere versagten angesichts der schlechten Marktposition sämtliche offenen Kampfmittel der Arbeitergewerkschaften. Die unmittelbaren und mittelbaren Protestformen der Manufakturarbeiterschaft waren identisch mit denen der ungebundenen und partiell gebundenen Arbeiter: sie reichten von bewußter Nachlässigkeit beim Arbeitsvollzug, Zerstörung von Arbeitsmaterial und Werkzeug, Betrug und Materialunterschlagungen bis hin zu „Aufruhr, Aufstand, Meuterei, Rebellion, Streik und Tumult“ in spontaner Form und bis zum Absentismus und der Flucht vom Arbeitsort.⁶⁵ Verabredete bzw. organisierte Arbeitseinstellungen hat es dagegen offensichtlich selten gegeben, gemäßigte soziale und ökonomische Forderungen wurden bestenfalls in Petitionen formuliert. Die Manufakturarbeiter waren in

⁶³ Vgl. Sombart, Werner, Kapitalismus, Bd. II, 2, S. 832ff.; Reuter, Ortulf, Manufaktur, S. 83.

⁶⁴ Vgl. Schröder, Wilhelm Heinz: Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898-1912. In: Herkunft und Mandat, 1976, S. 72-96, S. 75ff.

⁶⁵ Krüger, Horst, Manufakturen, S. 405.

der Regel noch weit davon entfernt, sich zu gebundenen Arbeitern, die den geeigneten Arbeitertyp für die gewerkschaftliche Organisation darstellten, zu entwickeln.

- 5) *Die vergleichsweise geringe örtliche Verdichtung der Manufakturbetriebe (Ausnahme z.B. in Berlin) und die – auf das gesamte deutsche Reichsgebiet bezogen – relativ geringe Gesamtzahl der Manufakturarbeiter hätte höchstens eine betriebliche Organisation erlaubt.*

Ein überlokaler Zusammenschluß wäre ständig durch die mangelhafte Kommunikationsstruktur gefährdet gewesen, da bei eingeschränkter Freizügigkeit ein Mindestmaß an Informationsvermittlung und Agitation (z.B. durch wandernde Arbeiter) weitgehend fehlte.

Für die große Mehrheit der Manufakturarbeiter stellte sich die organisatorische Alternative, sich entweder in einer einsektoralen oder in einer mehrsektoralen Industriegewerkschaft zu organisieren; eine weitere Alternativmöglichkeit in der beruflich orientierten Gewerkschaft bot sich nur den Facharbeitern. Selbst wenn die organisationshemmenden Faktoren weniger stark wirksam gewesen wären, hätte eine Industriegewerkschaft der Manufakturarbeiter in der Frühzeit der Arbeiterbewegung, als es noch galt, Hunderttausende in den Manufakturen zu organisieren, keine Chance zur Befestigung ihrer Organisation gehabt. Die Probleme, die die Organisation in einer Industriegewerkschaft aufwarf, waren in der Phase bis zum Sozialistengesetz unlösbar: minimaler Organisationsgrad war verbunden mit dauernder Erfolgslosigkeit in den Arbeitskämpfen, mit mangelnden Unterstützungseinrichtungen, mit hoher Mitgliederfluktuation, mit mangelnder Organisationsidentifizierung und -integration der Mitglieder, mit Boykott- und Verfolgungsmaßnahmen durch Unternehmer und Obrigkeit usw. Die Kosten einer Gewerkschaftszugehörigkeit waren in der Regel für die un- und angelernten Manufakturarbeiter viel zu hoch, eine Befestigung ihrer Gewerkschaft war ausgeschlossen. Während die kleinen beruflich orientierten Gewerkschaften, die hauptsächlich handwerklich ausgebildete Arbeiter rekrutierten, wenigstens teilweise sich konsolidieren konnten, gelang es der „Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeitergewerkschaft“ (gegrdt. 1869) der Eisenacher, die fast ausschließlich Textilarbeiter organisierte, und der Manufakturarbeitergewerkschaft der lassalleanischen Arbeiterschaft (gegründet 1868) nur vorübergehend einige wenige tausende Manufakturarbeiter zu organisieren. Das Prinzip der Industriegewerkschaft konnte erst – unter ganz anderen Voraussetzungen – von den Metall- und Holzarbeitern erfolgreich realisiert werden. Die organisatorischen Erfolge, der Arbeiter in den Zigarrenmanufakturen beruhte – wie noch zu zeigen sein wird – vorrangig auf ihrer Orientierung am Prinzip des Berufs- und Branchenverbands.

3. Organisierbarkeit der Zigarrenarbeiter

3.1 Frühphase

3.1.1 Vormärz

Waren die Tabakspinner noch zünftig organisiert, so galt die Zigarrenfabrikation seit ihrer Entstehung als freies Gewerbe. Die Arbeitskräfte rekrutierten sich aus

solchen Personen, die aus den verschiedensten Gründen kein zünftiges Gewerbe erlernen bzw. kein zünftiges Gewerbe ausüben konnten.⁶⁶ Solange die Zigarrenproduktion lokal begrenzt auf die zoll- und transportbegünstigten Hafenstädte beschränkt blieb bzw. überhaupt ein nur geringes Angebot an disponiblen ‚freien‘ Arbeitskräften bestand, behaupteten die Zigarrenarbeiter eine relativ günstige Marktposition. Obgleich die Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte durch die Arbeit in einer kapitalistischen Manufaktur und aufgrund der äußerst heterogenen Herkunft der Zigarrenarbeiter hoch gewesen sein muß, blieb die Gewaltsamkeit der Konfliktsaustragung gering,⁶⁷ da durch das knappe Angebot an Arbeitskräften sich der Arbeitsplatzwechsel z.B. noch relativ unproblematisch vollziehen ließ, wobei die mangelnde Organisation der Unternehmer und die räumliche Konzentration vieler Tabakmanufakturen auf wenige Städte die Zigarrenarbeiter begünstigte. Der geringen Gewaltsamkeit der Konflikte entsprach auch die weitgehende Toleranz der Behörden gegenüber den neuentstehenden Vereinigungen der Zigarrenarbeiter: so wurde den Zigarrenarbeitern gestattet, eigene Unterstützungskassen zu errichten und – wie in Hamburg – den Arbeitsnachweis zu übernehmen.⁶⁸

An solchen Unterstützungseinrichtungen sind bekannt: die Gründung einer Krankenkasse für Tabakarbeiter im Jahre 1824 in Hamburg, welche bis 1884 selbstständig bestehen blieb und schließlich in der Zentralen Kranken- und Sterbekasse aufging; die Einrichtung einer Krankenlade in Bremen 1825; die Gründung einer Allgemeinen Unterstützungs- und Viatikumskasse in Hamburg in den 1830er Jahren; schließlich die Tätigkeit einer Kranken- und Sterbekasse in Leipzig in den 1840er Jahren und die eines Unterstützungsvereins in Köln seit 1840; darüber hinaus existierten sicher noch mehr solcher Unterstützungskassen.

Die Notwendigkeit einer nationalen bzw. interlokalen Vereinigung der Zigarrenarbeiter über die innerdeutschen Staatsgrenzen hinweg entstand erst dann, als die Zigarrenfabrikation sich nach der Gründung des Zollvereins national ausdehnte. Die überlokale Verbreitung der Zigarrenindustrie ermöglichte oder erzwang teilweise auch Wanderbewegungen der Arbeiter zwischen den einzelnen Fabrikationsstandorten und ließ die betroffenen Arbeiter bei einem Ortswechsel am neuen Arbeitsort entsprechende Unterstützungseinrichtungen – wie Reise-, Kranken- oder Sterbekasse – vermissen. Solche Wanderbewegungen von vor allem qualifizierten

⁶⁶ H. Bürger 1899 (S. 11f.) und die Krünitzsche Encyclopädie (1842, Bd. 179, S. 194) berichten, daß in der Anfangsphase der Zigarrenmacherei fast ausschließlich Juden die Arbeit übernahmen. Vgl. Bürger, Heinrich: Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1899. Nebst einer graphischen Darstellung der Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1885-1890. Hamburg 1899.

⁶⁷ In der Literatur ließen sich keine Hinweise auf Streikbewegungen unter den Zigarrenarbeitern finden, auch kein Nachweis bei Todt, Elisabeth/Radant, Hans, Gewerkschaftsbewegung, S. 68-79.

⁶⁸ Vgl. Bürger, Heinrich, Hamburger Gewerkschaften, S. 12; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 18f.; Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 9f.; Klüss, Franz: Die älteste deutsche Gewerkschaft: Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes. Karlsruhe 1905, S. 2f.; Todt, Elisabeth/Radant, Hans, Gewerkschaftsbewegung, S. 61-64 und 94f.; Schindlmayr-Reyle, Jutta: Die Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz 1850-1862. Diss. Köln 1969, S. 48f.

Zigarrenmachern wurden von den Behörden der neuen Fabrikationsregionen bewußt gefördert, um mit Hilfe dieser Zigarrenarbeiter eine ausreichende Zahl von einheimischen Arbeitskräften anzulernen, so daß die eigenständige Produktion von Zigarren in diesen Regionen fortgesetzt werden konnte.⁶⁹ Nach eigenen Schätzungen hatte sich bis 1836 auf diese Weise die Zahl der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter auf ca. 15 000-20 000 Personen erhöht,⁷⁰ so daß auch die Zahl der Berufsangehörigen ausreichte, um eine effektive nationale Organisation aufzubauen.

Sorgte das ununterbrochene Wachstum der Zigarrenindustrie noch weiterhin für eine relativ gehobene Arbeits- und Marktsituation der Zigarrenarbeiter, so endete diese frühe Prosperitätsperiode jäh mit einer schweren, langandauernden Rezession, die von 1846 bis 1851 andauerte. Damit waren auch die ‚fetten Jahre‘ der Zigarrenarbeiter endgültig vorüber, in der Zigarrenindustrie herrschte während dieser Krise eine in diesem Ausmaß bis dahin unbekannte Arbeitslosigkeit.⁷¹ Die akute Notlage bildete den Hintergrund der frühen Organisationsversuche im nationalen Rahmen während der Revolution von 1848/49. Konfliktintensität und Konfliktgewaltsamkeit erreichten zum ersten Mal die erforderliche Organisationsschwelle. Die bis 1846 relativ erfolgreichen Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der Zigarrenarbeiter sollten nun – soweit wie möglich – konsolidiert werden. Die Zigarrenarbeiter entwickelten in dieser Zeit noch kein eigentliches gewerkschaftliches Bewußtsein, obwohl manche Forderungen durchaus zu denen moderner Gewerkschaften gehören, sondern orientierten sich bewußt an bestehenden traditionellen Leitbildern manifester Interessen, nämlich an den Zunft- bzw. Gesellenorganisationen des Handwerks.⁷²

Die Orientierung am Handwerk lag um so näher, als die Zigarrenfabrikation mit ihrer reinen Handarbeit handwerksähnlichen Charakter trug und trotz großbetrieblicher Produktionsweise sich deutlich von den neu entstehenden fabrikmäßig betriebenen Industriesektoren abhob. Der Versuch, dem bisher freien Gewerbe zunftmäßige Schranken aufzuerlegen, erschien daher nur konsequent. Daß aber die Zigarrenarbeiter sich in diesem Umfang während der Revolutionsjahre organisier-

⁶⁹ Vgl. Jaffé, Edgar, Hausindustrie, S. 280.

⁷⁰ Mangels amtlicher Berufs- und Gewerbezahlungen für die Zeit bis 1875 über die Tabak- bzw. über die Zigarrenindustrie im gesamten Dt. Reich wurde die Zahl der Beschäftigten vom Vf. auf der Grundlage der schon oben verwandten Zusammenstellungen über den Roh-tabakgesamtverbrauch geschätzt. Auf der Basis der amtlichen Berufszählungen zwischen 1861 und 1907 und des entsprechenden jeweiligen Rohtabakgesamtverbrauchs ergibt sich mit relativ geringer Varianz eine Durchschnittsmenge von ca. 579 kg, welche ein Tabakar-beiter jährlich verarbeitet. Unter der Voraussetzung der nahezu unveränderten Produktions-technik und unter dem Vorbehalt von Verzerrungen durch die anderen Zweige der Tabak-fabrikation (aber bis 1861 noch keine Zigarettensproduktion!) ergibt sich aus dem Quo-tienten eine grobe Schätzung der Beschäftigtenzahl: Rohtabakgesamtverbrauch pro Jahr/ Durchschnittsmenge pro Jahr und Mann = Schätzzahl. Für das Maß des Rohtabakgesamt-verbrauchs vor 1861 ergibt sich eine Mindestzahl aus dem (bekannten) Verbrauch an aus-ländischen Tabaken und eine Höchstzahl aus der Addierung eines (geschätzten) Verbrauchs an deutschem Tabak (auf 1/3 des Gesamtverbrauchs geschätzt).

⁷¹ Vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 19.

⁷² Vgl. Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 7ff.

ten, die Handwerksgesellen dagegen in nur bescheidenen Ansätzen steckenblieben, resultierte eben aus den tatsächlich bestehenden Unterschieden zwischen kleinbetrieblichem Handwerk und großbetrieblicher Zigarrenfabrikation: statt dezentralisierten, zentralisierte Produktionsstätten; statt verschleiern dem Integrationsmechanismus, offener Gegensatz zwischen dem noch persönlichen Kapitalisten⁷³ und der Gruppe der Manufakturarbeiter; statt Isolierung und Vereinzelung der Gesellen im Handwerksbetrieb, Konzentration von vielen Zigarrenarbeitern in einer Manufaktur; statt handwerklicher Einzelarbeit, Arbeitsteilung in linienartiger Kooperation und Gruppenarbeit usw.⁷⁴

Allein die räumliche Verdichtung der Zigarrenarbeiter in den großen Betrieben und meist in den Städten schuf für die damalige Zeit außergewöhnlich günstige Voraussetzungen für die Organisierung. Schon vor der Revolution hatten sich – trotz Koalitionsverboten – daher lokale Verbindungen unter den Zigarrenarbeitern herausbilden können, z.B. in Form von Bildungsvereinen.⁷⁵ Diese vorhandenen lokalen Ansätze schufen auch die personellen Voraussetzungen: ohne ein ausreichendes Führungspersonal, das bereits über ein Mindestmaß an organisatorischer Erfahrung und über organisationstechnische Modelle verfügte und das bereit war, die manifesten Interessen zu repräsentieren, wäre eine nationale Organisation kaum möglich gewesen. Auch in diesem Sinne wurde die Bildung der Arbeiter zu einer der vorrangigen Forderungen der Zigarrenarbeiter-Assoziation erhoben.⁷⁶ Inwieweit z.B. ehemalige Handwerksgesellen, die nun als Zigarrenmacher tätig waren, bei solchen Organisationsbestrebungen eine Rolle gespielt haben, kann nicht beantwortet werden.

3.1.2 Revolution von 1848/49 und Reaktionsära

Der Aufruf der „Vereinigten Mannheimer und Heidelberger Zigarrenmacher“ mit dem Appell „an alle Zigarrenmacher zur festen brüderlichen Vereinigung zur He-

⁷³ In der Tabakindustrie gab es fast ausschließlich Einzelpersonen als Besitzer der vorhandenen Betriebe; Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften sowie Gesellschaften mit beschränkter Haftung bildeten seltene Ausnahmen; zur ausführlichen Begründung dieser eigentümlichen Entwicklung Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 121-125.

⁷⁴ Die Lage der Tabakarbeiter nicht immer treffend dargestellt bei Balser, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution, 2 Bde. Stuttgart 1962, S. 66-72; von einer begonnenen Einführung von Maschinen (ebda., S. 67) konnte zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine Rede sein.

⁷⁵ Bekannt z.B. ist der Bildungsverein „Vorwärts“ in Bremen, welcher auf Anregung bürgerlicher Kreise von Zigarrenarbeitern begründet wurde, ähnlich später in Hamburg; vgl. Bürger, Heinrich, Hamburger Gewerkschaften, S. 13; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 17; Böttcher, Ulrich: Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890. Bremen 1953, S. 29f.

⁷⁶ Zu den wichtigsten programmatischen Forderungen zählte die Aufgabe, die „wissenschaftliche und moralische Bildung der Mitglieder zu fördern“, dazu sollten mit den Mitteln der Assoziation, entsprechende ‚wissenschaftliche Bildungsanstalten‘ eingerichtet werden; vgl. Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 21f.

bung ihrer sozialen Lage“⁷⁷ fand erwartungsgemäß breite Resonanz unter den deutschen Zigarrenarbeitern und verdeutlichte den inzwischen fortgeschrittenen organisatorischen Stand in Form zahlreicher Lokalvereine. Der am 25.-29. September 1848 in Berlin tagende erste Kongreß der Zigarrenarbeiter rief dann auch die „Assoziation der Tabakarbeiter“ ins Leben,⁷⁸ wobei von sicher maßgeblicher Bedeutung war, daß die Zigarrenarbeiter in dem erst 26jährigen Wenzel Kohlweck⁷⁹ eine überragende Führerpersönlichkeit fanden, der sich nicht nur durch ein fortschrittliches Bewußtsein auszeichnete, sondern durch sein hervorragendes Agitations- und Organisationstalent wesentlich dazu beitrug, den Mitgliederkreis der Assoziation ständig zu erweitern und der Assoziation Konsistenz zu verleihen. Kohlweck begründete und redigierte als Multifunktionär auch das Zentralorgan der Zigarrenarbeiter „Concordia“ und ermöglichte damit einen regelmäßigen Informationsaustausch unter den Assoziationsmitgliedern. Die Assoziation verfügte insgesamt über eine erstaunlich gut funktionierende Organisation, die klugerweise die schon vorhandenen lokalen Organisationseinheiten bestehen ließ und die die verschiedenen selbstständigen Lokalvereine, die auch weiterhin über eigene Kassen verfügten, in einer mehr dezentralisierten Organisationsstruktur vereinte.

Der auf dem Kongreß beschlossene Programmkatalog zur Verbesserung der sozialen Lage unterstreicht deutlich, daß die Zigarrenarbeiter ihre Notlage mehr mit Hilfe des traditionellen Instrumentariums handwerklicher Zunftreglementierung beseitigen wollten, weniger aber mit den Mitteln einer Gewerkschaft. Der angesichts des allgemeinen Arbeitsplätzemangels kontinuierlich anwachsende Zustrom von Arbeitskräften unterschiedlichster Provenienz in das Zigarrengewerbe, der bisher durch das ständige Wachstum der Zigarrenindustrie absorbiert worden war, schuf in Krisenzeiten eine umfangreiche industrielle Reservearmee und verschlechterte erheblich die Arbeitsmarktsituation. Die Beschränkung bzw. die Reglementierung des Arbeitsmarktes galt daher als die dringlichste Forderung: Festlegung einer Lehrzeit, entsprechender Befähigungsnachweis, Kontrolle der Lehrlingszahlen, Verbot von konkurrierender Kinder-, Frauen- und Gefängnisarbeit, Mindestlohn, Tarifverhandlungen, Schiedsgerichte und Organisationszwang für alle Zigarrenarbeiter. Leider vergaß man bei der Abfassung des Assoziationsprogrammes die konkreten Mittel hierfür zu nennen und zu vereinbaren, womit diese Forderungen gegen den Willen der Zigarrenfabrikanten hätten durchgesetzt werden können, denn von Streik z.B. war nicht die Rede.⁸⁰ Erst auf dem zweiten Kongreß legte man sich

⁷⁷ Wortlaut des Aufrufs abgedruckt bei Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 16.

⁷⁸ Zur Geschichte und Organisation der Assoziation vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 21-30; Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 16-30; Todt, Elisabeth /Radant, Hans, Gewerkschaftsbewegung, S. 68-79, S. 185-190.

⁷⁹ Der Zigarrenarbeiter Franz Wenzel Kohlweck, der am 8.11.1822 in Bernkastel geboren war, arbeitete als Werkführer in einer Berliner Zigarrenmanufaktur; vgl. Wermuth und Stieber: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. 2 Teile, Berlin 1853-1854, T. 1, S. 156f., T. 2, S. 67.

⁸⁰ Die Assoziation beschloß, die „Regierungen der deutschen Staaten“ zu ersuchen, den aufgestellten Forderungen „die gesetzliche Sanktion zu erteilen“ (zit. nach Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 20).

wenigstens auf die Errichtung von Genossenschaftsmanufakturen fest, was tatsächlich durch die Gründung einiger Assoziationsmanufakturen verwirklicht wurde.⁸¹

Die für die Forderungen offensichtlich notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen hätten die Assoziation eigentlich veranlassen müssen, nach politischen Trägern ihrer ökonomischen Interessen zu suchen. Aber im Gegensatz zur späteren Zigarrenarbeiterbewegung, fanden adäquate politische Postulate nur wenig Resonanz in der Assoziation, wo die Majorität nur an eine Fachvereinsbewegung dachte. Die Forderung einer politisch orientierten Minorität, die auf dem Kongreß sich artikulierte, nämlich sofortige Überführung der Assoziation in die Deutsche Arbeiterverbrüderung, stieß daher auf wenig Verständnis. Letztlich erschöpfte sich für lange Zeit die politische Aktivität der Assoziation in der Abfassung einer Petition an die Nationalversammlung.

Die vorläufige Beschränkung auf den Aufbau einer Berufsorganisation trug sicher wesentlich dazu bei, die Mitgliederzahl der Assoziation zu vergrößern. Der Assoziation gelang es, etwa 1000 Mitglieder zu werben, welche sich auf 70-80 Orte verteilten.⁸² Der Organisationsgrad der schätzungsweise 25000-30000 Tabakarbeiter betrug demnach 3%-4%.⁸³ Vor allem die politisch wenig bewußten Arbeiter ließen sich sicher durch eine Organisation, die sich auf die Vertretung ihrer spezifischen Berufsinteressen beschränkte und die durch Berufskollegen geführt wurde, leichter für einen Beitritt gewinnen, da die Identität zwischen den Interessen des gruppeninternen Führungspersonals und denen der Mitglieder noch vorhanden und auch einsehbar war. Eine im Rahmen der Arbeiterverbrüderung begründete Zigarrenarbeitersektion hätte sicher nicht im gleichen Maße eine erfolgreiche Mitgliederwerbung betreiben können, obgleich auch die Arbeiterverbrüderung durchaus allgemeine ökonomische Arbeiterinteressen berücksichtigte und verschiedene gewerkschaftliche Forderungen vertrat.⁸⁴ Erst 1850 entschloß sich die Generalversammlung der Assoziation, der Arbeiterverbrüderung doch noch beizutreten. Verbot und Auflösung beider Organisationen verhinderten aber den Vollzug des projektierten Zusammenschlusses.

Versuchte auch die Assoziation durch Dezentralisierung das drohende Verbot zu umgehen, so gingen trotzdem bis zum Bundesreaktionsbeschluß vom 23.8.1851 bzw. bis zum Bundesvereinsgesetz vom 13.7.1854 sämtliche Lokalvereine ein.

⁸¹ Assoziationsfabriken bestanden in Berlin (1848, unter Führung Kohlwecks), Hamburg (1848-1862), Leipzig und Ronneburg (1848/49); vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 27f.; Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 22-24; Todt, Elisabeth/Radant, Hans, Gewerkschaftsbewegung, S. 190.

⁸² Vgl. Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 18 und 27; F. Balser berichtet von 1280 Mitgliedern im Jahre 1849 (Balser, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49-1863, S. 73).

⁸³ Zum Vergleich: in Preußen waren laut der „Nachweisung der Zahl der Personen, welche im Preußischen Staate nach der Fabriken-Tabelle für 1852 fabrikativ beschäftigt waren“ 15 138 Arbeiter in 711 Tabak- und Zigarrenmanufakturen beschäftigt; zusammenfassende Tabelle bei Abraham, Karl: Der Strukturwandel im Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und seine Bedeutung für die Berufserziehung. Köln 1955, S. 101.

⁸⁴ Zur Arbeiterverbrüderung vgl. vor allem Balser, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49-1863; Noyes, Paul Horning: Organization and Revolution. Working-class associations in the German revolutions of 1848-1849. Princeton 1966.

Machte auch die reaktionäre Vereinsgesetzgebung eine nationale Organisation unmöglich, löste sich die Zigarrenarbeiterbewegung nicht völlig auf. Neben informellen Kontakten und überregionaler Informationsvermittlung durch wandernde Arbeiter boten – wenn auch in äußerst beschränktem Rahmen – die Versammlungen der lokalen Zwangskassen für Tabakarbeiter oder der Wanderunterstützungsvereine Möglichkeiten, untereinander Verbindung zu halten.⁸⁵ Und nichts zeigte die bestehenden informellen Kontakte deutlicher als der solidarische Boykott englischer Zigarrenfabrikanten, die 1857 durch die Anwerbung deutscher Arbeiter den Streik der englischen Zigarrenarbeiter unterlaufen wollten.⁸⁶

Aber auch zwei umfassende selbständige Einrichtungen der Zigarrenarbeiter in Hamburg überdauerten die Reaktionszeit: die schon 1823 gegründete „Zigarrenarbeiter Kranken- und Sterbekasse“ unter Sally Eschwege und die Genossenschaftsmanufaktur „Die vereinigten Zigarrenarbeiter“, die erst 1862 nach einer mißlungenen Betriebsvergrößerung aufgelöst werden mußte.⁸⁷ Vor allem aber die lange Aufschwungsphase, die wohl kurz unterbrochen wurde durch die Weltwirtschaftskrise, läßt erwarten, daß sich die akute Notlage der Zigarrenarbeiter bis 1851 wieder entschärft hatte und damit die Notwendigkeit einer nationalen Berufsorganisation für die Mehrheit der Zigarrenarbeiter nicht mehr als so dringlich erschien. Die Voraussetzungen für die Gründung einer Tabakarbeitergewerkschaft in den 1850er Jahren waren wohl größtenteils erfüllt, die politisch-rechtliche Ordnung ließ aber eine solche Gründung keinesfalls zu.

3.2 Befestigung und Stabilität der Tabakarbeitergewerkschaft

3.2.1 Beschäftigungsbezogene Konflikte und Streiks

Bis zum Beginn der Großen Depression in Deutschland repräsentierten die Zigarrenarbeiter – neben den Buchdruckern und Schriftsetzern – die größte relativ homogene industrielle Branchengruppe, spätestens jedoch seit den 1860er Jahren begann sich ihre quantitative Bedeutung gegenüber anderen schnell anwachsenden Industriearbeitergruppen zu relativieren. Schätzungsweise arbeiteten inzwischen ca. 95 000 Personen in der Zigarrenindustrie, als am 24. Dezember 1865 im Leipziger Kolosseum der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein ins Leben gerufen wurde. Gerade die Anzeichen für eine Verschlechterung ihrer Lage – trotz Wachstums der Zigarrenindustrie – gab die Initialzündung zur schnellen nationalen Organisation, um mit Hilfe einer Gewerkschaft die restriktive Entwicklung abzuwehren. Rechtlich erst ermöglicht durch entsprechende Modifizierungen des Koalitionsrechts, verlangten die latenten Interessen nach ihrer organisatorischen Manifestierung. Ein breites gruppeninternes Führungspersonal, war, wie auch ver-

⁸⁵ Die von einander teilweise unabhängigen Aufrufe der verschiedenen Zigarrenarbeiter-Komitees, die im organisatorischen Rahmen der vorhandenen Unterstützungskassen gegründet wurden, bestätigten diese Kontinuität, vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 33f.

⁸⁶ Vgl. Todt, Elisabeth/Radandt, Hans, Gewerkschaftsbewegung, S. 82.

⁸⁷ Vgl. allgemein die Liste der vorhandenen deutschen Arbeitervereinigungen von 1850-1859 bei Todt, Elisabeth: Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland von 1850 bis 1859. Berlin (Ost) 1950, S. 119-138.

schiedene Aktivitäten vor 1865 beweisen⁸⁸, ausreichend vorhanden. Die Initiative zur Gewerkschaftsgründung ging nicht allein von Fritzsche aus,⁸⁹ ihm gelang es aber, die verschiedenen aktiven Gruppen in dem neuen Zigarrenarbeiterverein zu sammeln und dem Verein – entgegen anderen Vorstellungen – ein ausgesprochen gewerkschaftliches Gepräge zu verleihen.

Die verschiedenen Aktivitäten zielten vor allem darauf ab, die zahlreichen örtlichen Unterstützungskassen in einem nationalen Verband zusammenzufassen; in diesem Sinne konnte auch schon am 21.-22. August 1865 in Stuttgart eine Generalversammlung der süddeutschen Reise- und Krankenkassen einen zentralen Ausschuß einsetzen, der die Einrichtung einer zentralen Organisation vorbereiten sollte; mit diesem Ausschuß nahm auch kurze Zeit später Fritzsche Kontakt auf und bereitete auf diese Weise die Gründung des Zigarrenarbeitervereins vor.

Analog zu 1848/49 waren die Zigarrenarbeiter in der Entwicklung und in dem Bewußtsein ihrer latenten und manifesten Interessen bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes den anderen Berufsgruppen weit voraus, dieser Vorsprung begründete die Führungsposition der Zigarrenarbeiter sowohl in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als auch in den sozialistischen Arbeiterparteien. Gerade nach dem Verlust des Amerikaexports und dem Überangebot billiger badischer Zigarren auf dem innerdeutschen Markt bot die schwierige wirtschaftliche Lage günstige Agitationsmöglichkeiten für den neuen Zigarrenarbeiterverein, da dadurch die Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses anschaulich demonstriert werden konnte. Die Agitation fiel auf fruchtbaren Boden: gleich nach der Gründung des Vereins wurden an vielen Orten umfangreiche Streikbewegungen unternommen, welche alle fast gänzlich fehlschlügen und die Kassenverhältnisse des Vereins gründlich ruinierten.⁹⁰ Die individuell meist verständliche, aber verbandsschädigende spontane Umsetzung der Agitation in Streikaktionen zeigt die erst geringe Bereitschaft der meisten Verbandsmitglieder zur Streikdisziplin und die völlige Überschätzung der Kampfkraft der jungen Gewerkschaft. Der organisationsimmanente Konflikt zwischen der Verbandsführung, die nach ihrem Ermessen die Gesamtinteressen berücksichtigen mußte, und den Streikenden, die aus meist individuellem Anlaß ihre Arbeit niederlegen wollten, war mit der Gründung des Vereins latent, die umfangreiche und viel beklagte Fluktuation in der noch völlig instabilen Gewerkschaft wurde dadurch beschleunigt.

Gerade in der Frühzeit begannen Mitglieder eine örtliche Streikbewegung, ohne sich mit der Vereinsführung abgesprochen zu haben, verlangten aber dann finanzielle Unterstützung, welche dann nach Möglichkeit doch gewährt werden mußte, weil man sonst den Austritt dieser Mitglieder fürchtete. Keine noch so zentralistische Organisationsform,⁹¹ wie sie der Verein vom ADAV als organisatorisches

⁸⁸ Vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 32-35.

⁸⁹ Vgl. die Kurzbiografien im Anhang.

⁹⁰ Vgl. Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 37ff.; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 35ff.

⁹¹ Franz Klüss (Gewerkschaft, S. 53-67) publizierte im Anhang seiner Arbeit die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins und des Deutschen Tabakarbeitervereins (Auszug) sowie das Statut der Zentralen Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeitervereins (eingeschriebene Hilfskasse).

Leitbild übernommen hatte, vermochte die bestehende Autonomie der Lokalvereine, die sich oft schon vor der Gewerkschaftsgründung konstituiert hatten, einzuschränken, was auch besonders drastisch in der chaotischen Zersplitterung der Zigarrenarbeiterbewegung zwischen 1869 und 1872/74 dokumentiert wurde. Auch erklärt sich hier nicht zuletzt die überragende Bedeutung des Ausschusses, der „berathenden und beschließenden Körperschaft“ des Vereins, als demokratisch legitimierte Institution, dessen Mitglieder – außer dem Vorsitzenden – von der örtlichen Versammlung des sogenannten Vororts gewählt wurden und dem u.a. bis zum Tode Heinrich Meisters im Jahre 1905 die zentrale Entscheidung über Streiks oblag.⁹²

Die heftigen Streitigkeiten entstanden anlässlich des Beitritts des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband bzw. nach dem sogenannten Staatstreich v. Schweitzers, der gemeinsam mit dem Präsidenten des ADAV Hatzfeldscher Richtung die beiden ADAV-Organisationen auflösen und eine neue Organisation begründen wollte, die nach dem alten ADAV-Statut dem Präsidenten erneut diktatorische Befugnisse einräumen sollte. Fritzsche, der energisch gegen die geplante Reorganisation opponierte, gelang es nicht, die Mitglieder seines Vereins zusammenzuhalten, so daß sich schließlich die junge Tabakarbeitergewerkschaft spaltete: die Mehrheit verblieb mit Fritzsche im Verein, während eine v. Schweitzer ergebene Minorität eine eigene Sektion begründete und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband beitrug. Insgesamt verlor die Tabakarbeiterbewegung durch die internen Konflikte zahlreiche Mitglieder. Erst nach dem Gothaer Einigungskongreß 1875 war die Zersplitterung weitestgehend beseitigt.

Neben diesen Angriffstreiks mußten auch zahlreiche Abwehrstreiks geführt werden, um die Lage der Mitglieder gegen eine Verschlechterung zu schützen. Die regelmäßigen Streikwellen lassen sich eben nicht nur auf die spontane Streiklust der Gewerkschaftsmitglieder zurückführen, sondern zeigen vielmehr, wie stark die Intensität der beschäftigungsbezogenen Konflikte inzwischen angewachsen war, so daß die Konfliktgewalt der tatsächlichen Entwicklung voll entsprach. Die agitatorische und organisatorische Wirksamkeit einer Gewerkschaft bestimmte sich aber wesentlich durch die erfolgreiche Durchführung von Streiks zur Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder. Allerdings sind Streikerfolge keine selektiven Anreize für Mitglieder, sondern schaffen bei Erfolg meist öffentliche Güter, d.h. die erzielten Verbesserungen kommen in der Regel auch den nichtorganisierten und nichtStreikenden Arbeitern zugute. Zu den Voraussetzungen eines erfolgreichen Streiks gehörte eine gefüllte Streikkasse, die es gestattete, längerfristige Streikbewegungen durch entsprechende Unterstützungen für die Arbeiter durchzuhalten, dafür reichten aber die finanziellen Mittel des Zigarrenarbeitervereins keinesfalls aus. Schon die erste umfassende Arbeitseinstellung in Berlin 1868, als es galt eine neue verschärfte Fabrikordnung abzuwehren, konnte nur längerfristig und schließlich teilweise erfolgreich fortgeführt werden, weil sie durch zahlreiche Spenden und andere Hilfen

⁹² Vgl. den § 20 der Satzung des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins und besonders § 14 der Satzung des Deutschen Tabakarbeitervereins (bei Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 55 und 60); vgl. auch Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 79.

aus der Arbeiterbewegung und auch aus anderen Bevölkerungskreisen unterstützt wurde.⁹³

Das Problem des Vereins war ein allgemeines gewerkschaftliches Problem: die Kosten sowohl für die Durchführung von Arbeitskämpfen als auch für das Angebot von selektiven Anreizen erforderten hohe Beiträge. Erhob der Verein aber höhere Beiträge, konnte er wohl die Unterstützungseinrichtungen ausbauen, hielt aber durch die hohen Beiträge viele potentielle Mitglieder fern, die den hohen Beitrag nicht aufbringen wollten oder konnten.⁹⁴ Aber auch das Unterstützungswesen konnte dauerhaft nur wirksam funktionieren, wenn einerseits genug Mitglieder ihren Beitrag leisteten und andererseits gewerkschaftliche Maßnahmen zur Verfügung standen, um die soziale Lage der Mitgliedschaft zu sichern, damit eben die Einzelmitglieder ihren Beitrag aufbringen konnten.

Solange die Zigarrenindustrie ausschließlich in zentralisierten Manufakturen produzierte, wären erfolgreiche Arbeitskämpfe möglich gewesen, vorausgesetzt, daß kein ausreichendes disponibles Arbeitskräftepotential zur Verfügung gestanden hätte, um die Streikenden zu ersetzen. Spätestens jedoch mit der Krise von 1862 wurde die Arbeitsmarktposition der Zigarrenarbeiter zunehmend durch die langfristigen Strukturveränderungen geschwächt. Die Verlagerung der zentralisierten Produktionsstätten in Regionen mit billigeren Arbeitskräften bzw. aufs Land oder die Verlegung der ganzen oder teilweisen Produktion in die Heimindustrie entsprach einmal der Notwendigkeit, billigere Zigarren anzubieten, diente aber gleichzeitig als unternehmerische Maßnahme, Streiks der Zigarrenarbeiter damit zu unterlaufen oder sie mit der entsprechenden Drohung zu verhindern.

Ließ sich gerade in der gewerkschaftlichen Frühzeit der Mißerfolg von Streikbewegungen mehr auf die Disziplinlosigkeit der Mitglieder und auf den geringen Organisationsgrad der Zigarrenarbeiter zurückführen, entzog die Entwicklung der Zigarrenindustrie während der Großen Depression den möglichen Streikbewegungen der Zigarrenarbeiter meist jede Chance auf Erfolg. Daß diese Strukturveränderungen die Lage der Zigarrenarbeiter derart vehement beeinträchtigen konnten, lag sicher auch in dem Verbot der Tabakarbeitergewerkschaft nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes begründet;⁹⁵ der Fortbestand der Tabakarbeitergewerkschaft ohne das Sozialistengesetz hätte m.E. wohl die Entwicklung in ihren Folgen mildern, aber grundsätzlich nicht verhindern können. Unter diesen veränderten Bedingungen der Zigarrenindustrie mußte selbst jener spektakuläre Hamburger Zigarrenarbeiterstreik (November 1890 bis März 1891) erfolglos abgebrochen werden,

⁹³ Der Streik 1868 in Berlin, wohin auch im gleichen Jahr der Verbandssitz verlegt wurde, ausführlich beschrieben bei Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 41-47; Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 14-25.

⁹⁴ Die „abschreckende Wirkung“ zu hoher Beiträge auf potentielle Mitglieder diente bis zur Jahrhundertwende in der Verbandsdiskussion als zentrales Argument gegen die Einführung umfangreicher Unterstützungen, vgl. Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 143-160.

⁹⁵ Am 23. Oktober 1878 wurde der Deutsche Tabakarbeiterverein aufgrund des § 6 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten, die Kasse mußte gleichzeitig liquidiert werden, die Einstellung des Vereinsorgans „Botschafter“ erfolgte am 3. Januar 1879; vgl. Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 48-52.

obwohl die gesamte deutsche Arbeiterbewegung die streikenden Zigarrenarbeiter mit für damalige Verhältnisse riesigen Geldsummen unterstützt hatte.⁹⁶ Zum ersten Male trat den streikenden Zigarrenarbeitern eine breite Phalanx der ansonsten heterogenen Gruppe der Zigarrenfabrikanten gegenüber, die sich im Deutschen Tabakverein einen organisatorischen Rahmen geschaffen hatten.⁹⁷

Schon während der großen Streikperiode von 1871-1873 sah sich ein Teil der Zigarrenfabrikanten angesichts der Intensität und der Gewaltsamkeit der beschäftigungsbezogenen Konflikte veranlaßt, sich am 27. Mai 1872 im Verein Deutscher Zigarren- und Tabakfabrikanten eine nationale Zentralorganisation zu schaffen. Dieser Verband trat in der Folgezeit kaum mit bemerkenswerten Aktivitäten hervor. Im Laufe der nächsten drei Jahrzehnte konstituierten sich unabhängig voneinander mehrere Bezirksverbände, die sich zusammen mit der 1886 gegründeten „Vereinigung Deutscher Tabak- und Cigarrenindustrieller“ (Organisation der Großbetriebe) 1891/92 lose im oben genannten Deutschen Tabakverein zusammenschlossen. Erst 1907 kam es zum Abschluß eines Kartellvertrags unter den 13 bestehenden Bezirksverbänden, der vor allem die gegenseitige Streikhilfe regelte. Dieser Vertrag kam wiederum nur zustande in Reaktion auf zwei weitere spektakuläre Großstreiks bzw. Aussperrungen der Tabakarbeiter: 1905 die Aussperrung von 4000 Zigarettenarbeitern und -arbeiterinnen in Dresden und 1907 die von weit über 1000 Tabakarbeitern in Gießen.

Eine einheitliche Arbeitgeberorganisation für das gesamte Tabakgewerbe gab es aber nicht, da nach Einführung der Zigaretten-Banderolensteuer 1906 der „Verband Deutscher Zigarettenfabriken“ den „Deutschen Tabakverein“ verließ und im neugegründeten „Verband der deutschen Zigarettenindustrie“ aufging.

Der Hamburger Streik dezimierte nicht nur drastisch die Reihen der Mitgliedschaft des Reiseunterstützungsvereins der Tabakarbeiter, sondern markierte zugleich einen Wendepunkt der sich seit 1884 vollziehenden organisatorischen Regenerations- und Aufschwungsphase: das erneut aktualisierte Bewußtsein der Gewerkschaftsohnmacht veranlaßte den Verband erneut dazu, mögliche Streikbewegungen zu bremsen oder ihnen die finanzielle Unterstützung zu versagen. Verminderte Tauglichkeit des Streiks und Brems- und Hinhaltetaktik der Verbandsführung reduzierten die geringe Anziehungskraft des Verbandes als Gewerkschaftsorganisation noch mehr und waren für die internen Verbandskonflikte und die langanhaltende Stagnation bzw. die später nur geringe Vermehrung der Mitgliederzahl mitverantwortlich.

⁹⁶ Den einleitenden Auseinandersetzungen folgte eine umfassende Aussperrung von ca. 3 000 Tabakarbeitern durch den Hamburger Fabrikantenverein. Allein die Abrechnung der lokalen Lohnkommission der Hamburger Tabakarbeiter registrierte eine Gesamtausgabe von 4 253 339,75 Mark, wovon nur ein kleiner Teil von den Tabakarbeitern selbst aufgebracht werden konnte; vgl. Bürger, Heinrich, *Hamburger Gewerkschaften*, S. 444f.

⁹⁷ Vgl. Frisch, Walther, *Organisationsbestrebungen*, S. 65f.; Kulemann, Wilhelm: *Die Berufsvereine*. I. Abtlg.: *Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder*. 2. völlig neubearb. Aufl. der ‚Gewerkschaftsbewegung‘, 3 Bde. Jena 1908, S. 100f.; König, Harald: *Entstehung und Wirkweise von Fachverbänden der Nahrungs- und Genußmittelindustrie*. Berlin 1965, S. 205-224; eine eingehende Monographie über die Fabrikantenorganisationen der Tabakindustrie steht noch aus.

3.2.2 Labelsystem und Produktionsgenossenschaften

Als zu Beginn der 1890er Jahre die eben geschilderte Erfolglosigkeit des Streiks besonders deutlich zutage trat, glaubte man für kurze Zeit, in dem von den amerikanischen Gewerkschaften übernommenen Labelsystem ein wirksames Ersatzinstrument des Arbeitskampfes gefunden zu haben.⁹⁸

Die Arbeiterkontrollschutzmarke für Zigarren sollte dazu dienen, bestimmte gewerkschaftliche Forderungen gegenüber den Unternehmern durchzusetzen. Bei Nichtannahme der Forderungen durch die Unternehmer sollte dann durch eine systematische Verweigerung der Konsumtion der Waren, welche die Arbeiterkontrollschutzmarke nicht trugen, der betroffene Unternehmer doch zur Annahme gezwungen werden. Obgleich die Voraussetzungen für die Einführung des Labelsystems bei der Zigarre als Massenkonsumartikel relativ günstig gestaltet waren, scheiterte der Vollzug allein schon an den völlig unrealistischen Bedingungen, die die Tabakarbeiter an die Vergabe der Marke knüpften. Das Projekt, das wohl mit Billigung des allgemeinen Gewerkschaftskongresses, aber gegen den erklärten Willen des sozialdemokratischen Parteitags von 1892 durchgeführt wurde,⁹⁹ scheiterte zudem an der mangelhaften Bereitschaft der Arbeiterkonsumenten, den Boykott der markenlosen Zigarren zu befolgen: denn vor allem die billigeren Zigarren hätten sich bei einem vollen Erfolg des Boykotts wesentlich verteuert.

Die Errichtung von Produktionsgenossenschaften gehörte schon zu den wichtigsten Programmforderungen der Zigarrenarbeiter-Assoziation von 1848/50; die in den Revolutionsjahren begründeten Assoziationsmanufakturen und Genossenschaften gingen jedoch mit der einen Ausnahme in Hamburg nach kurzer Zeit wieder ein. Wenn die junge Zigarrenarbeitergewerkschaft die Genossenschaftsidee sofort nach ihrer Konstituierung wieder aufgriff, dann knüpfte sie bewußt an diese Frühformen an, der Vermittlung der Lassalleschen Genossenschaftsprojekte bedurften sie nicht. Gerade entgegen der Auffassung Lassalles,¹⁰⁰ der diese Selbsthilfeaktionen der Arbeiter als unwirksam ablehnte und die Einrichtung von staatlich subventionierten Produktivassoziationen forderte, herrschte in der Frühphase des Vereins eine grandiose Überschätzung der Arbeiter-Genossenschaften vor als wichtigstes Mittel, die Lage der Arbeiter auch schon unter dem Kapitalismus zu verbessern oder sogar das kapitalistische System gleichsam von innen her zu überwinden.

Tatsächlich eignete sich die Zigarrenherstellung durchaus für die genossenschaftliche Produktion: einfache Produktionstechnik, geringer Kapitalbedarf usw.; diesen Vorteilen standen jedoch auch sämtliche schon oben beschriebenen Nachteile gegenüber. Vor allem blieb eben die Marktabhängigkeit der Produktionsgenos-

⁹⁸ Das Labelsystem wurde seit 1874 von den amerikanischen Tabakarbeitern mit Erfolg praktiziert; in Deutschland versuchten in den 1890er Jahren die Tabakarbeiter, die Schuhmacher, die Hutmacher und die Textilarbeiter erfolglos dieses System zu übernehmen; vgl. u.a. Peterson, Florence: Die amerikanischen Gewerkschaften. Ihr Wesen und Wirken. München o.J., S. 85, 195-197, 208, 260; Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 137-143.

⁹⁹ Protokoll der Verhandlungen des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg 1892, S. 73f.; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, Berlin 1892, S. 220f.

¹⁰⁰ Vgl. vor allem F. Lassalle, Offenes Antwortschreiben, in: Lassalle, Ferdinand: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. v. Eduard Bernstein, Bd. III. Berlin 1919, 1919, S. 41-108.

senschaft weiterhin bestehen, auch wenn das Vertriebsproblem wie später durch die Belieferung von Konsumvereinen gelöst werden konnte. Denn auch die Konsumvereine als Verbraucherorganisationen mußten besonders darauf bedacht sein, ihren Mitgliedern preiswerte Waren anzubieten, was aber wiederum in Konflikt geriet mit den gehobenen Profiterwartungen der Produzenten.

Die Gründung von sogenannten „fliegenden Fabriken“¹⁰¹ sollte die Streikohnmacht kompensieren; arbeitslose, gemäßregelte oder streikende Mitglieder sollten in diesen ambulanten Produktionsgenossenschaften beschäftigt werden, so daß die Ausgaben für Arbeitslosen- und Streikunterstützungen entfielen, der Arbeitsmarkt von freigesetzten Arbeitern nicht belastet wurde und daß vielleicht sogar noch ein Profit für die Gewerkschaftskasse erwirtschaftet werden könnte. Die erste und lange Zeit einzige Probe aufs Exempel unternahm der Zigarrenarbeiterverein mit der 1868 vollzogenen Gründung der „Deutschen Zigarrenarbeiter-Kompagnie“, die vorsichtshalber nicht als Genossenschaft, sondern als offene Handelsgesellschaft begründet wurde und die unter der Leitung des Vereins stand.¹⁰²

Die Kompagnie wurde anläßlich des großen Berliner Zigarrenarbeiterstreiks am 19.4.1868 gegründet; Fritzsche, der die Geschäftsführung übernahm, rechtfertigte auf der Gründungsversammlung auch die Rechtsform als offene Handelsgesellschaft statt die einer Genossenschaft: „Wenn aber ein Arbeiter zum Arbeitgeber emporgestiegen ist, dann ist er viel schlimmer, als wenn er es von Jugend auf gewesen ist.“ Damit griff Fritzsche das auf, was Lassalle in seinem „Offenen Antwortschreiben“ ausführlich dargestellt hatte. Der Kapitalbedarf eines solchen Großunternehmens überstieg bei weitem die finanzielle Potenz der Gewerkschaft; von dem Zusammenbruch wurden auch prominente Sozialdemokraten betroffen, wie z.B. Wilhelm Bracke, der umfangreiche Bürgschaften für die Kompagnie übernommen hatte und nun in finanzielle Schwierigkeiten geriet.

An Gründen, weshalb nach anfänglicher Prosperität die Kompagnie aufgelöst werden mußte, sind vor allem die Unregelmäßigkeiten hervorzuheben, die sowohl durch die Kompagniearbeiter selbst als auch durch zahlungssäumige Kunden verschuldet worden waren, und die nicht mehr absetzbare Überkapazität, die sich einmal einstellte, als die Sympathienachfrage nach den ‚Streikzigarren‘ der Kompagnie nachließ, und die zum anderen durch die vermehrte Einstellung von arbeitslosen Arbeitern entstand.

Das Scheitern der Zigarren-Kompagnie brachte dem Verein und dem Präsidenten Fritzsche nicht nur eine erdrückende Schuldenlast, sondern diskriminierte auf Jahrzehnte hinaus den Genossenschaftsgedanken unter den Zigarrenarbeitern. Erst seit den 1890er Jahren konnten mehrere dauerhafte Produktionsgenossenschaften der Zigarrenarbeiter begründet werden, die unter Zurückstellung überzogener Produzentenerwartungen von der Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften profitierten. Insgesamt vermochten die Produktionsgenossenschaften in der Zigar-

¹⁰¹ So genannt in einem Beschluß der Generalversammlung des Vereins in Berlin 1869, vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 41.

¹⁰² Folgendes Zitat nach Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 20; Lassalle, Ferdinand, S. 69ff. bes. S. 85; A. Bebel, 1961, S. 317. – Zur Geschichte der Kompagnie vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 41-47; Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 14-25; Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 52-58.

renindustrie keine Bedeutung zu gewinnen, als effektives Kampfmittel der Gewerkschaft ließen sich die Genossenschaften nicht gebrauchen.¹⁰³

3.2.3 Unterstützungswesen

Die Untauglichkeit von Streik, Genossenschaft und Label beeinträchtigte erwartungsgemäß auch die Effizienz des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens. Von der Gründung an versuchte der Zigarrenarbeiterverein, ein umfassendes Unterstützungswesen einzurichten, um mit dem Angebot von Kranken-, Arbeitslosen-, Wander- und Sterbeunterstützung ein ausreichendes Maß an positiven selektiven Anreizen zu schaffen,¹⁰⁴ um sowohl neue Mitglieder werben zu können als auch die vorhandenen Mitglieder stärker an die Gewerkschaft zu binden. Die Ursachen für die nur geringe Wirksamkeit der angebotenen Unterstützungen lassen sich mit überhöhten Leistungen, viel zu geringen Beitragssätzen sowie Instabilität der Organisation und ruinöse Kosten für Streiks und für das Genossenschaftsexperiment beschreiben. Das Finanzierungsproblem konnte auch durch die Erhebung von Extrabeiträgen und durch freiwillige Spenden nicht gelöst werden. Die mangelnde Effizienz des Unterstützungswesens aber bedeutete, daß die allgemeinen Kosten der Gewerkschaftszugehörigkeit, zu denen in direkter Form die Beiträge, in indirekter z.B. die Folgen beruflicher Benachteiligung durch die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gehörten, bei weitem die gebotenen Kostenvorteile der Gewerkschaft überstiegen. Zahlreiche mehr oder weniger indifferente Zigarrenarbeiter traten daher wieder aus der Organisation aus oder blieben ihr überhaupt fern.

Erst nach einer Reform des Kassenwesens, wobei die Beiträge erhöht, aber gleichzeitig die Leistungen gesenkt wurden, scheint das Unterstützungswesen sich besser bewährt zu haben, genaue und vergleichbare Abrechnungen, die diese Konsolidierung belegen könnten, liegen jedoch nur unvollständig vor. Besonders die hohen Beitragssätze unterstreichen noch einmal, daß die Zigarrenarbeiter bis in die 1870er Jahre noch zu den besser entlohnerten Arbeitern gehörten.

Grundlegend für diese Konsolidierung war, daß die Zentrale Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter (ZKST) dem Verein assoziiert werden konnte, so daß eine gefährliche Konkurrenz des Vereins beseitigt wurde.¹⁰⁵ Die ZKST vereinigte 1874 die meist lokalen Krankenkassen der Tabakarbeiter in einer gemeinsamen Zentralorganisation, welche wohl formal eigenständig blieb, aber vor den Gremien des Tabakarbeitervereins gleichsam in Personalunion mitverwaltet wurde. Diese enge personelle und organisatorische Bindung blieb auch nach dem Erlaß des Hilfskassengesetzes von 1876 bestehen, da trotz einiger formaler Veränderungen

¹⁰³ An dauerhafteren Tabakarbeiter-Genossenschaften wurden geführt: die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg (gegründet 1891; 1907: 601 Arbeiter) und an kleineren Betrieben die Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft sowie die Genossenschaften in Gießen und Burgsteinfurt; vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 139-141 und 226f.; auch Heyde, Ludwig, Bedeutung, S. 125f.

¹⁰⁴ Tabellarische Übersichten des Unterstützungswesens bei Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung; S. 107, 177.

¹⁰⁵ Zur Entwicklung der ZKST und ihr Einfluß auf das Unterstützungswesen der Tabakarbeiter siehe Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 74-80 und 89-96; F. Dahms, 1966, S. 63f. und 69f.

die Pflichtmitgliedschaft der Kassenangehörigen im Deutschen Tabakarbeiterverein weiter statutarisch verankert blieb. Gerade dem Präsidenten Fritzsche waren sowohl Intention des Hilfskassengesetzes als auch die tragende Bedeutung der Krankenkasse für die Gewerkschaft bewußt, und er warnte 1876 nachdrücklich davor, ZKST und Verein zu trennen:

Die Zentrale Kranken- und Sterbekasse verlangt jetzt, nachdem das Hilfskassengesetz erschienen, eine eigene Organisation, und wir können darum nicht länger, wie es bisher geschehen, einfach im Statut darauf verweisen, daß die Verwaltung des Deutschen Tabakarbeitervereins gleichzeitig auch die der Zentralen Kranken- und Sterbekasse sei ... Ohne das Zusammenlaufen beider Verwaltungen wurde man gerade das Gegenteil von dem erzielen, was man beabsichtigt. Statt daß die Zentrale Kranken- und Sterbekasse ein Mittel zur Kräftigung und Vergrößerung der Gewerkschaft werde, würde sie bei getrennter Verwaltung den Dualismus großziehen, die Zentrale Kranken- und Sterbekasse würde sich selbst Zweck werden, die beiden Verwaltungsgremien würden über gegenseitige Rechte und Befugnisse in Differenzen geraten, bis schließlich die Rivalität zur völligen Spaltung führte, und das würde der Ruin unseres Vereins sein ...¹⁰⁶

Diese prognostizierte Trennung aber vollzog sich endgültig bei der Wiedegründung der 1878 verbotenen ZKST im März 1884, wobei die Kasse unabhängig von dem Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter blieb, da im Statut der ZKST keine Verpflichtung zur gleichzeitigen Mitgliedschaft im Reise Unterstützungsverein aufgenommen werden durfte. Die ZKST führte ihre Geschäfte als eine anerkannte Hilfskasse, die Mitgliedschaft in ihr ersetzte die obligate Mitgliedschaft in einer Orts- oder Gemeindekasse.

Die Leistungen dieser Hilfskasse blieben lange Zeit ohne vergleichbare Konkurrenz; der Reiseunterstützungsverein durfte die Krankenunterstützung nicht übernehmen, der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter, seine Nachfolgeorganisation, mußte sich aufgrund seiner geringen finanziellen Potenz mit einer kaum konkurrenzfähigen fakultativen Zuschußkasse begnügen, erst der Deutsche Tabakarbeiterverband führte eine obligatorische Krankenunterstützung ein. Lange Zeit erfüllte die ZKST gleichsam modellhaft die Intention des Hilfskassengesetzes, nämlich Spaltung und Schwächung der Gewerkschaftsorganisationen. Selbst wenn die Tabakarbeitergewerkschaft eine adäquate Unterstützung hätte anbieten können, dann wäre für diejenigen indifferenten Tabakarbeiter, die eigentlich durch diesen positiven selektiven Anreiz für den Beitritt zur Gewerkschaft gewonnen werden sollten, vorteilhafter gewesen, nur der ZKST beizutreten, die bei gleichen Unterstützungsleistungen weniger Kosten verursachte, da der multifunktionale Gewerkschaftsbeitrag höher liegen mußte.

Die ZKST wuchs zu einer unliebsamen Konkurrenzorganisation des Tabakarbeitervereins heran, da vornehmlich die indifferenten Zigarrenarbeiter und auch überwiegend die Heimarbeiter die Mitgliedschaft in der ZKST bevorzugten. Die Beobachtung, daß in jenen Regionen, wo die ZKST von den Arbeitern hoch

¹⁰⁶ Fritzsche auf der Generalversammlung vom 10.-14. Juni 1876 in Bremen, zit. nach Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 63.

frequentiert wurde, die Gewerkschaft nur relativ schwach vertreten war, verdeutlicht diese Konkurrenz;¹⁰⁷ d.h. aber nicht, daß bei einer Auflösung der ZKST ihre Mitglieder geschlossen zum Tabakarbeiterverein übergetreten wären, die Gewerkschaft hätte aber mehr an Attraktivität für indifferente Berufskollegen gewonnen. Die Bedeutung der ZKST schwand erst dann, als sie 1903 aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten in eine bloße Zuschußkasse umgewandelt werden mußte, in dieser Form bestand sie noch bis zur Inflation von 1923 weiter.¹⁰⁸ Nachdem die Vereinungsverhandlungen des Vereins mit der ZKST gescheitert waren, erklärte der Verband seine eigene ausgebaute Zuschußkasse für seine Mitglieder als obligatorisch, die Notwendigkeit einer Doppelmitgliedschaft in der ZKST und dem Tabakarbeiterverband wurde damit endgültig unterbunden. Dieser Ausbau des Unterstützungswesens trug sicherlich auch zum Rückgang der Fluktuationsrate im Verband nach 1903 bei.¹⁰⁹

3.2.4 Organisatorische Daten

Angesichts der hohen Fluktuationsrate und den völlig instabilen Organisationsverhältnissen läßt sich die Mitgliederentwicklung des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins (1865-1869) und seiner Nachfolgeorganisationen, des Allgemeinen Tabak- und Zigarrenarbeitervereins (1869-1872), des Deutschen Tabakarbeitervereins (1872-1878), des Reiseunterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter (1885-1898) und schließlich des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands (seit 1898) folgendermaßen skizzieren:¹¹⁰

Bis 1869 stieg die Mitgliederzahl auf ca. 8 000 bis 10 000 an, sank dann rapide auf 1 000 im Jahre 1871 ab und stieg seit 1872 langsam, seit 1875 wieder schneller an; der Deutsche Tabakarbeiterverein hatte kurz vor seinem Verbot ca. 8 100 Mitglieder erreicht und besaß damit etwa wieder den Stand wie vor 1868. Die bis 1878 mitgliederstärkste Gewerkschaft vermochte in ihren besten Organisationsjahren ca. 6%-8% aller Tabakarbeiter in ihren Reihen zu organisieren, ein für eine erfolgreiche ‚stabilisierte‘ Gewerkschaftsbewegung sicherlich zu geringer Organisationsgrad.

Nach der Gründung des Reiseunterstützungsvereins stieg die Zahl der Mitglieder schnell bis 1890 auf 14 538 an, sank dann nach dem Scheitern des Hamburger Tabakarbeiterstreikes stark ab bis auf 10 684 (1893), stieg dann ganz langsam bis

¹⁰⁷ Diese Konkurrenz machte sich besonders in Baden, Württemberg und Hessen bemerkbar, vgl. dazu das Zahlenbeispiel bei Hirschfeld, Paul/Troeltsch, Wilhelm: Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung. Berlin 1905, S. 144.

¹⁰⁸ Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 186.

¹⁰⁹ Siehe die vergleichenden Übersichten zu den Fluktuationsraten und deren Zusammenhang mit dem Unterstützungswesen bei Brüggerhoff, Gustav: Das Unterstützungswesen bei den deutschen ‚freien‘ Gewerkschaften. Jena 1908, S. 138.

¹¹⁰ Zu der nicht immer gesicherten Mitgliederbewegung der Tabakarbeitergewerkschaft vgl. die einzelnen Angaben bei Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 147; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 38, 177; Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 9, 13f.; P. Hirschfeld/W. Troeltsch berichten, daß entsprechende Mitgliederzusammenstellungen bis zur Jahrhundertwende nicht existierten und von der Gewerkschaft erst nachträglich angefertigt wurden. (Hirschfeld, Paul/Troeltsch, Wilhelm, Gewerkschaften, S. 26).

1903 auf 17 811 Mitglieder und seit 1904 wieder schnell auf insgesamt 37 211 (1912) an, wobei 1907 und 1908 Rückgänge zu verzeichnen waren. Der Organisationsgrad (hier: Anteil an allen Arbeitern der Tabakindustrie) aller Tabakarbeiter vergrößerte sich dabei von ca. 10% (1895) auf immerhin 14% (1907) und etwas mehr.

Vergleicht man die Mitgliederzahl der Tabakarbeitergewerkschaft und den freigewerkschaftlichen Organisationsgrad der Tabakarbeiter mit denen anderer Gewerkschaften und Berufsgruppen, dann zeigt sich, daß die Gewerkschaft nur vor dem Sozialistengesetz eine verhältnismäßig hohe quantitative Bedeutung unter den Gewerkschaften erreicht hatte. Die Fortsetzung des Einflusses und der politischen Überrepräsentation von Tabak- bzw. Zigarrenarbeitern auch noch in den 1890er Jahren läßt sich nicht nur mit dem Hinweis auf frühere Größe, personelle Kontinuität, Etablierungschancen etc. erklären, weiter ausschlaggebend war die umfassende geographische Repräsentanz.

Mit Ausnahme vielleicht von Nord-West-Deutschland (Braunschweig, Bremen, Beide Lippe) und von einzelnen Provinzen Preußens (Sachsen, Hannover, Schlesien, Schleswig-Holstein, Brandenburg ohne Berlin) erreichte die Tabakarbeitergewerkschaft nach der Jahrhundertwende in der Regel in keiner Region mehr als 5% aller organisierten Arbeiter. Entgegen der geringen Mitgliederzahl verfügte die Gewerkschaft aber seit der organisatorischen Frühzeit über ein dichtes Netz von Zahlstellen und war auf diese Weise fast überall präsent, was grundlegende Bedeutung für die außergewöhnliche politische Disposition gewann. Die Zahl der Zweigvereine entwickelte sich folgendermaßen: 120 (1877), 277 (1895), 330 (1903), 448 (1907) und 483 (1912).¹¹¹

Vor dem Sozialistengesetz wiesen die Tabakarbeiter – hinter den Buchdruckern – das dichteste Netz von Zahlstellen/Zweigvereinen auf; auch 1895 wurde die Tabakarbeitergewerkschaft an Zahlstellen nur von den Buchdruckern, den Holzarbeitern und den Metallarbeitern übertroffen. Obwohl die Gewerkschaft im Laufe der nächsten Jahre noch von einigen anderen Gewerkschaften in der Zahl der Zweigvereine überflügelt wurde, besaß sie weiterhin eine überdurchschnittlich hohe geographische Verbreitung. Im übrigen galt diese Disposition allgemein: bei den SPD-Reichstagskandidaten beispielsweise wiesen nur solche Gewerkschaften bzw. Berufsgruppen eine Überrepräsentation auf, die ähnlich wie die Tabakarbeiter eine hohe geographische Verbreitung aufwiesen.

Quantitativ wie qualitativ spielte die Tabakarbeitergewerkschaft in der Zeit nach dem Fall des Sozialistengesetzes keine Rolle mehr. Auch der Ausbau der Gewerkschaftsverwaltung mit beamteten Funktionären, von denen eine kleine Branchenorganisation nur wenige benötigte, vollzog sich nur zögernd: nachdem man bis 1892 nur den ersten Sekretär besoldet hatte, seit 1892 auch den Hauptkassierer, seit 1900 auch den Verbandsvorsitzenden und seit 1905 einen weiteren Sekretär, wurden seit 1906 insgesamt 7 Gauleiter angestellt, so daß die Gesamtzahl der Beamten bis 1913 nur 11 betrug.¹¹²

¹¹¹ Vgl. Hirschfeld, Paul/Troeltsch, Wilhelm, Gewerkschaften, S. 41, 280.

¹¹² Zur Organisationsform und inneren Struktur der Tabakarbeitergewerkschaft vgl. Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, 160-168; Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 158-205.

3.3 Politische Orientierung und Repräsentanz

Die Ausrichtung des Zigarrenarbeitervereins auf den ADAV blieb in den ersten Jahren seines Bestehens ohne politische Alternative, da es außer dem ADAV noch keine andere sozialdemokratische bzw. sozialistische Arbeiterpartei gab. Diese Ausrichtung auf den ADAV erscheint um so mehr als historischer ‚Zufall‘, als das lassalleanische Programm für Gewerkschaften keine Funktion vorsah. Der Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaft war bei der Gründung schon vorherbestimmt.¹¹³

Seit ihrer Gründung blieb die Gewerkschaftsorganisation der Tabakarbeiter mehr politisch orientiert. Daß gerade im Tabakarbeiterverband sich die gleichsam traditionale Auffassung der frühen Arbeiterbewegung hielt, nämlich die Gewerkschaften letztlich nur als reine ‚Kampfesorganisationen‘ zu betrachten, wobei Unterstützungswesen und die Sammlung von Kapitalien „zur Versumpfung“ führe,¹¹⁴ korrespondierte mit der ständig reproduzierten Ohnmacht der Tabakarbeitergewerkschaft. Obwohl die Tabakarbeiter mit zu den Pionieren der deutschen Arbeiterbewegung zählten, frühzeitig relativ hohe Organisationsziffern aufwiesen und alle gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Hilfsmittel erprobten, verschlechterte sich die Lage der Tabakarbeiter zunehmend bzw. nahmen sie an dem allgemeinen Anstieg des Arbeiterrealeinkommens seit 1882 nur bescheiden teil. Das Lassallsche „eiserne Lohngesetz“¹¹⁵ schien sich voll zu bestätigen, eine grundsätzliche Verbesserung ihrer Lage daher nur noch über eine politische Lösung möglich. Das starke Engagement der Tabakarbeiter entsprach dieser prinzipiellen Einsicht, die Dominanz der Partei gegenüber der Gewerkschaft blieb damit legitimiert. Die Subordination der Gewerkschaft unter die Partei bedeutete zugleich kontinuierliche Verpflichtung, die Existenzberechtigung der Gewerkschaft nachzuweisen bzw. ihre Funktion zu rechtfertigen.

Diese Rechtfertigungstendenz bestand seit Gründung des Zigarrenarbeitervereins und in diesem Sinne sprach auch Fritzsche stets von der Gewerkschaft als Korporation zur „Ausbildung und Schulung“ und zur praktischen Vorbereitung des künftigen sozialistischen Staates, so daß sie damit die politische Bewegung „indirekt fördere“.¹¹⁶ Das deckt sich mit der Rechtfertigung Carl Legiens auf dem Kölner

¹¹³ Zu den permanenten Auseinandersetzungen zwischen v. Schweitzer und Fritzsche und den oft handfesten Streitigkeiten im Verein vgl. Klüss, Franz, Gewerkschaft, S. 35-57; Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 31-52.

¹¹⁴ So der bekannte Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Börner auf der Generalversammlung 1896 in Stuttgart in seiner Rede gegen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung (Zitat nach Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 106).

¹¹⁵ „Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravitiert ...“ (Lassalle, Ferdinand: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. v. Eduard Bernstein, Bd. 3, Berlin 1919, S. 58).

¹¹⁶ Zit. nach Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 36; vgl. auch die Begründung für die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsorganisation im „Botschafter“, abgedruckt bei Schröder, Wilhelm: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1890 bis 1909. München 1910, S. 177ff.

Parteitag 1893, als er die Eigenständigkeit der deutschen Gewerkschaften auch mit ihrer Aufgabe als „Vorschule der politischen Bewegung“¹¹⁷ und ähnlichem begründete. 1893 steckten die deutschen Gewerkschaften in einer scheinbar unüberwindlichen Krise, erlebten aber nach Beendigung der Großen Depression einen beispiellosen Aufschwung, konsolidierten sich und emanzipierten sich von der Partei, welche nun in starkem Maße von den Gewerkschaften abhängig wurde, und konnten sich auf diese Weise eine ‚Entpolitisierung‘ erlauben.

Bei den Tabakarbeitern aber blieb dieser Aufschwung aus, während andere Gewerkschaften ständig expandierten und die gewerkschaftlichen Kampfmittel mit zunehmendem Erfolg praktizierten, versagte dieses gewerkschaftliche Instrumentarium bei den Tabakarbeitern auch weitestgehend nach der Großen Depression. Die vorübergehende Trennung der Tabakarbeitergewerkschaft von der Generalkommission dokumentierte die Sonderstellung dieser Gewerkschaft innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung.¹¹⁸

Den Anlaß gab jene Affäre um die sogenannten ‚dunklen Pläne‘ der Generalkommission, als diese versuchte, ihren Wirkungskreis auch auf sozialpolitisches Gebiet auszudehnen, und damit in Konflikt mit der Parteiführung geriet, die die Vertretung sozialpolitischer Belange als ureigenste Funktion der Partei beanspruchte. Der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter löste 1895 die Verbindung zur Generalkommission mit dem Hinweis auf die von der Generalkommission damit intendierte Spaltung der Arbeiterbewegung. Nach Billigung des Vorgehens des Vorstands durch die Generalversammlung des Vereins in Stuttgart 1896 bzw. durch eine Urabstimmungsmehrheit schloß sich der Unterstützungsverein allerdings kurze Zeit später wieder der Generalkommission an.

Die Kontinuität der politischen Orientierung blieb gewahrt, da sich die ökonomischen Voraussetzungen eher verschlechtert als gebessert hatten, damit blieb aber auch die personelle Kontinuität der führenden Verbandsfunktionäre erhalten.

Eine weitere Eigentümlichkeit der Tabakindustrie förderte ganz entschieden die Politisierung der Tabakarbeiter: die immense Bedeutung der staatlichen Zoll- und Steuerpolitik, deren Folgen schon oben dargestellt worden sind. Wurden die ökonomischen Konflikte der Gewerkschaften in der Regel durch die Dichotomie Arbeiter/Unternehmer gekennzeichnet, dann erweiterte sich der Arbeitskonflikt gleichsam um eine weitere Dichotomie: Unternehmer und Arbeiter fanden sich meist – organisatorisch allerdings getrennt – in einem gemeinsamen Kampf gegen die ständigen Tabaksteuer- und Tabakmonopolpläne der Staatsregierung. Überprüft man die Diskussionen auf allen Generalversammlungen der Tabakarbeitergewerkschaft, so wird man nicht eine einzige Generalversammlung finden, wo nicht ausführlich die Regierungspolitik besprochen und beklagt wurde. Dieser berufsspezifische Gegensatz zur staatlichen Finanzpolitik führte zwangsläufig zur Politisierung der Tabakarbeiter: waren doch letztlich selbst die wenigen gewerkschaftlichen Erfolge, die im Kampf mit den Unternehmern erzielt werden konnten durch den nächsten Steuererlaß mit all seinen Folgen bedroht. Dauerhafte Erfolge ließen sich

¹¹⁷ C. Legien auf dem Parteitag 1893 in Köln (Protokoll der Verhandlungen, S. 183).

¹¹⁸ Die Haltung des Vereins dargestellt bei Frisch, Walther, Organisationsbestrebungen, S. 189-194.

demnach nur durch gezielte Einwirkung auf die staatliche Politik erreichen, was aber wiederum Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung sein sollte.

Nicht zuletzt liegt hier auch eine Ursache für den dauerhaften Einfluß des Ausschußvorsitzenden Heinrich Meister, des sogenannten ‚Tabakarbeiter-Bebels‘,¹¹⁹ und auch anderer führend politisch aktiver Zigarrenarbeiter auf die Entwicklung der Tabakarbeitergewerkschaft begründet. Als Mitglieder des Deutschen Reichstages oder anderer Länderparlamente konnten sie aufgrund eigener Berufserfahrungen die Belange der Tabakarbeiter spektakulär gegenüber den Steuerprojekten der Reichsregierung vertreten. Die einflußreiche Zigarrenarbeiter-‚Lobby‘ in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bestätigte einerseits Sinn, Notwendigkeit und Erfolg einer betont politischen Orientierung der Tabakarbeitergewerkschaft und förderte andererseits sicherlich auch das außergewöhnliche Engagement der Partei für die beruflichen Interessen der Tabakarbeiter.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß sich kaum etwas besser zum agitatorischen Demonstrationsobjekt eignete als der Streit um die Tabaksteuer, wo vorzüglich allgemeinpolitische Interessen mit berufsspezifischen Interessen verquickt werden konnten. Neben der Bier- und Branntweinsteuer war die Tabaksteuer diejenige indirekte Ertragssteuer, welche vor allem einen Massenkonsumartikel der unteren sozialen Schichten betraf. Eine Steuererhöhung, die sowohl die Konsumenten als auch die Produzenten schädigte, bot regelmäßigen Anlaß, die gesamte Arbeiterbewegung und darüber hinaus die besonders betroffenen Schichten allgemein gegen diese Steuerpolitik zu aktivieren und die „volksfeindliche Politik“¹²⁰ der Reichsregierung anzuprangern. Während z.B. der Schnapsboykott nur wenig Resonanz fand, weil er zum Konsumverzicht aufforderte, galt es bei der Agitation gegen die Tabaksteuer, den Konsum von Tabakwaren für das Volk zu sichern – die allerdings auch schon damals bekannte Gesundheitsgefährdung durch Rauchen beachtete die Partei nicht.

Das Führungspersonal der Tabakarbeiterbewegung zeichnete sich demnach durch ein hohes politisches Engagement aus, ob Hermann Junge, Karl Deichmann, Heinrich Meister, Friedrich Geyer, Gustav Niendorf usw.¹²¹ Alle verbanden ihre hohen Gewerkschaftsämter mit führenden Positionen innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Zweifellos trug das hohe Ansehen, das sich die führenden Funktionäre in der Partei erworben hatten, zur Stabilität des Führungspersonals bei, beweist aber deutlich, daß zwischen dem politisch engagierten Führungspersonal und der Mehrheit der Mitgliedschaft weitestgehend Interessenidentität bestanden haben muß. Erst gegen Ende der Wilhelminischen Ära, als die politische Repräsentanz der Tabakarbeiter sich erwartungsgemäß stark verminderte, läßt sich auch eine leichte ‚Entpolitisierung‘ der Tabakarbeitergewerkschaft feststellen, wofür z.B. die Teilung der Redaktion der Gewerkschaftszeitung in einen politischen und in einen berufsfachlichen Redakteur als symptomatisch gelten darf.¹²²

¹¹⁹ Vgl. die Kurzbiografien im Anhang.

¹²⁰ Zitat aus: Der Protest der deutschen Tabakarbeiter, in: Correspondenzblatt vom 3.2.1906, S. 65; ähnliche Aufrufe erschienen in der Partei- und Gewerkschaftspresse zahlreich.

¹²¹ Vgl. die Kurzbiografien im Anhang.

¹²² Vgl. Dahms, Ferdinand, Tabakarbeiterbewegung, S. 96f., 171.

Zu den Redakteuren der Verbandszeitung, die seit Bestehen der Tabakarbeitergewerkschaft erschien, zählten die bekannten Reichstagsabgeordneten: Friedrich Wilhelm Fritzsche, Wilhelm Hasenclever, Wilhelm Liebknecht, Ignaz Auer, Bruno Geiser und Friedrich Geyer. Die Zeitung erschien bis 1910 im Leipziger Parteiverlag; der Versuch, das Verbandsorgan an den Sitz der Gewerkschaft nach Bremen zu verlegen, um dem Vorstand mehr Einfluß auf die Redaktion zu gewähren, scheiterte vor allem an der Opposition von Heinrich Meister. Die starke politische Akzentuierung des Blattes wurde erst 1910 eingeschränkt, als man F. Geyer weiter die politische Redaktion beließ, aber Gustav Niendorf den beruflichen und organisatorischen Teil übertrug; der Sitz des Verbandsorgans wurde von Leipzig nach Bremen verlegt.

Die politische (Über-)Repräsentanz der Zigarrenarbeiter unter den sozialdemokratischen Parlamentariern/Kandidaten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ist beeindruckend:

- 60 Zigarrenarbeiter (das sind 2.4% von 2427 MdR / MdL) wurden Reichstagsabgeordnete und/oder Landtagsabgeordnete, davon wurden
- 41 Zigarrenarbeiter (das sind 2.2 % von allen 1860 MdL) Landtagsabgeordnete und
- 19 Zigarrenarbeiter (das sind 3.4 % von allen 560 MdR) Reichstagsabgeordnete.
- 31 Zigarrenarbeiter (das sind 4.6% von allen 674) waren Reichstagskandidaten im Kaiserreich (1898, 1903, 1907, 1912) und übten dabei 74 (das sind 4.7% von allen 1584) persönliche Reichstagskandidaturen aus.

Bis zum Fall des Sozialistengesetzes bestand bei geringem personellen Angebot aus anderen Berufen ein ständiger Mangel an Führungskräften in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Unter diesen günstigen Wettbewerbsbedingungen gelang es zahlreichen Tabakarbeitern, schon vor dem Sozialistengesetz aber auch noch zu Beginn der 90er Jahre führende Positionen auf allen Parteiebenen zu erobern und diese auch meist bis weit über die Jahrhundertwende hinaus zu behaupten. Verloren die Tabakarbeiter ständig mehr an ihrer Bedeutung innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung, so gelang es ihnen, ihren Einfluß auf die Partei noch lange zu bewahren.¹²³

¹²³ Unter den von I. Auer („Nach Zehn“ Jahren, London 1889, T. 2, S. 56ff.) veröffentlichten Liste ausgewiesener Parteifunktionäre, die nach Amerika ausgewandert waren, stellten die Zigarrenarbeiter bzw. die Zigarrenkleinfabrikanten mit knapp einem Viertel die stärkste Berufsgruppe; vgl. auch die von F. Balser (Balser, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49-1863, S. 67) erwähnten 300 flüchtigen Zigarrenarbeiter, die nach der 1848er Revolution ins Ausland emigrieren mußten.

Der Anteil der Tabakarbeiter an den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten betrug 7.1% (1898) und 3.8% (1912), an der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 16.1% (1898) und 6.4% (1912).

Anhang: Kurzbiographien der Vorsitzenden und Redakteure des Tabakarbeiterverbandes

Fritzsche, Friedrich Wilhelm

* 1825 (27.3.) Leipzig (Sachsen), +1905 (5.2.) Philadelphia (USA)

Sohn eines Arbeiters; diss.; 1839-1840 kurzfristiger Besuch der Armenschule in Leipzig (sonst verhindert durch langjährige Krankheit und Arbeit in der Fabrik); 1834 Zigarrenarbeiter; Wanderschaft (D, CH, F, I); 1863 ADAV, 1869 Ausschluß aus ADAV, 1872 erneut ADAV, 1875 SAPD; bis 1865 Zigarrenarbeiter.

1848 Mitglied der Arbeiterverbrüderung, des Schleswig-Holsteinischen Freikorps und des Zigarrenmachervereins in Leipzig; Mai 1849 Barrikadenkämpfer in Dresden, anschließend einjährige Untersuchungshaft; 1861-1862 Mitglied des Gewerblichen Bildungsvereins in Leipzig; 1862-1863 Mitglied des Arbeitervereins „Vorwärts“ und 1863 des Leipziger „Zentralkomitees“; 1863-1865 Mitgründer und Mitglied des zentralen Vereinsvorstands des ADAV; 1865 Bevollmächtigter des ADAV für Leipzig; Dez. 1865-1878 Geschäftsführer bzw. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins (1865-1869), des Allgemeinen Tabak- und Zigarrenarbeitervereins (1869-1872) und des Deutschen Tabakarbeiterverbands mit Sitz in Berlin (1872-1878); Apr. 1866-1878 Verleger und Redakteur des Verbandsorgans „Der Botschafter“ und nach Verbot und Ausweisung aus Berlin (Nov. 1878) 1879 des Zigarrenarbeiterorgans „Der Wanderer“; Sept. 1868-1869 Mitgründer und Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverbands; 1875 Mitglied des zentralen SAPD-Parteiausschusses; 1881 nach einer erfolgreichen Agitationsreise Auswanderung in die USA, dort Gastwirt in Philadelphia, trat politisch in der Öffentlichkeit nicht mehr hervor.

MdR Juli 1868-März 1871 Düsseldorf 1; Jan. 1877-Okt. 1881 Berlin; *Reichstagskandidat* 1871 Düsseldorf 1; 1877 Hannover 8, Sachsen 9; 1878 Hannover 8; *Parteitag(e)* 1869 (kein Mitglied) SDAP; 1874 (ADAV); 1875-1880.

Junge, Hermann

*1841 (9.4.) Hastedt (bei Bremen), +1924 (2. 1.) Bremerhaven (Bremen)

Ev.; Volksschule in Bremen; Zigarrenarbeiter; verh.; 1865 ADAV, 1867 Gewerkschaft. Apr. 1884-Sept. 1900 teilbesoldeter Vorsitzender im Hauptvorstand des Tabakarbeiterverbands mit Sitz in Bremen (verzichtete 1900 auf seine Wiederwahl, da er nicht den hauptamtlichen Vorsitz - neben seiner Rohtabakhandlung – übernehmen wollte); 1892-1912 Inhaber einer Rohtabakhandlung in Bremen, dann Privatier; 1890-1891 Vorsitzender der SP in Bremen; 1919 Alterspräsident der Bremischen Nationalversammlung. *MdL* 1893-1896, 1902-1920 Bremen; *Reichstagskandidat* 1898 Hannover 6; *Gewerkschaftskongress(e)* 1892 Tabakarbeiter; *Verbandstag(e)* 1884-1900 Tabakarbeiter; *Internationale* 1889, 1896.

Deichmann, Karl

*1863 (5. 10.) Uslar (Krs. Einbeck) +1940 (21. 2.) Bremen

Sohn eines Schneidermeisters; ev.; 1870-1878 Volksschule in Uslar; 1878 Zigarrenarbeiter; Wanderschaft (D); 1885-1887 Militärdienst; verh. (1890); [1888] Partei, Gewerkschaft; bis 1900 Zigarrenmacher.

1888-1896 Vorsitzender der Filiale des Tabakarbeiterverbands in Bremen; Juli 1896-1900 nebenamtliches Mitglied des Hauptvorstands des Tabakarbeiterverbands, zugleich Vertrauensmann der SP in Bremen; Okt. 1900-Juli 1928 hauptamtlicher Vorsitzender im Hauptvorstand des Tabakarbeiterverbands mit Sitz in Bremen; Nov. 1918-Dez. Mitglied des Bremer Aktionsausschusses; Febr. 1919-Apr. 1919 Mitglied der provisorischen Regierung in Bremen; Apr. 1919-Dez. 1919 Präsident des vorläufigen Bremer Senats; Apr. 1928-Apr. 1931 Zweiter Bürgermeister und Senator (Polizei) in Bremen, dann Ruhestand.

MdR Jan. 1912-Nov. 1918 Hannover 11; Jan. 1919-Juni 1920 WK 37 (Hamburg-Bremen-Stade); *MdL* 1919-1928 Bremen; *Reichstagskandidat* 1907 Hannover 11; *Gewerkschaftskongresse* 1902, 1908, 1910, 1911, 1914, 1922 Tabakarbeiter; *Verbandstage* 1889-1913 Tabakarbeiter; *Parteitag(e)* 1900, 1908, 1911, 1912, (1916), 1917; *Internationale* 1904, 1907, 1910.

Meister, Heinrich

*1842 (2. 10.) Hildesheim (Prov. Hannover), +1906 (5. 4.) Hannover

Sohn eines Berufsmusikers; ev.; 1848-1856 Bürgerschule in Hildesheim; 1856-1858 Buchbinderlehre (abgebrochen), 1858 Zigarrenarbeiter; 1865 ADAV, Gewerkschaft; bis 1885 Zigarrenarbeiter.

1860-1885 Zigarrenarbeiter, zuletzt Werkmeister in einer Zigarrenfabrik in Hannover; 1885 bis zu seinem Tode selbständiger Zigarrenfabrikant in Hannover; 1865 Mitbegründer und 1867-1873 Zweiter Vorsitzender im Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiterverbands; 1867 Gründer und Leiter der ADAV-Gemeinde Hannover; unter dem Sozialistengesetz führender Funktionär der SP in der Provinz Hannover; 1882-1905 Vorsitzender des zentralen Verbandsausschusses des Tabakarbeiterverbands; 1884-1906 Vorstandsmitglied bzw. Kassierer der SP-Reichstagsfraktion; 1887 und 1890 Mitglied des SP-Zentralwahlkomitees; 1891-1906 Vorsitzender der zentralen SP-Kontrollkommission; wegen seiner herausragenden Bedeutung für die Tabakarbeiterbewegung auch ‚Tabakarbeiter-Bebel‘ genannt.

MdR Okt. 1884 -April 1906 Hannover 8; *Reichstagskandidat* 1877, 1878 Hannover 9; 1881 Hannover 8, 9; 1903 Erfurt 2; *Parteitag(e)* 1873 1877, 1887, 1890-1905; *Gewerkschaftskongress(e)* 1899 Tabakarbeiter; *Internationale* 1889, 1891.

Geyer, Friedrich

*1853 (12. 3.) Großenhain (KH Dresden), +1937 (22. 1.) Tharandt (bei Dresden)

Sohn eines Fleischermeisters (Vater von Kurt Geyer); diss.; 1858-1863 Bürgerschule in Großenhain, 1863-1867 Volksschule in Berggiesshübel und Pirna; 1867 Zigarrenarbeiter; Wanderschaft; verh. (1884); 1871 SDAP, 1868 Gewerkschaft.

1869-1874 Vorstandsmitglied der Filialen des Zigarrenarbeiterverbands in Frankenberg i. Sa., Pirna, Leipzig und Berlin; 1874-1878 Bevollmächtigter des Verbandes in Großenhain; seit 1882 selbständiger Zigarrenfabrikant in Großenhain, seit 1890 in Leipzig; 1882 Verurteilung zu 10 Monaten Gefängnis, Haft; 1890-1894 Redakteur der Zeitung „Der Wähler“ in Leipzig; 1894-1895 Redakteur der „Volkszeitung“ in Leipzig; Nov. 1895 - Nov. 1918 Redakteur des Verbandsorgans „Tabakarbeiter“ mit Sitz in Leipzig; 1898-1902 Vorsitzender der SP in Leipzig-Stadt; 1913-1916 Mitglied der zentralen SP-Kontrollkommission; 1916 SAG, 1917 USPD, Dez. 1920 VKPD, Sept. 1921 KAG,

Febr. 1922 erneut USPD, Sept. 1922 erneut SPD; Nov. 1918 Mitglied des Vollzugsausschusses des AuS-Rats in Leipzig; Nov. 1918-Jan. 1919 Finanzminister in Sachsen; Apr. 1917-Dez. 1920 Mitglied der zentralen USPD-Kontrollkommission; Dez. 1920-1921 Mitglied der zentralen VKPD-Revisionskommission; seit Dezember 1933 in Tharandt wohnhaft.

MdR März 1886-Febr. 1887 Sachsen 19; Febr. 1890-Nov. 1918 Sachsen 13; Jan. 1919-Juni 1920 WK 29 (Sachsen 10-14); Juni 1920-Mai 1924 WK 32 (Leipzig); *MdL* 1885-1897 Sachsen; *Reichstagskandidat* 1881 Sachsen 7; *Parteitag(e)* 1887, 1890-1913, (1916); 1917-1920OH (USPD); 1920OD (VKPD); *Verbandstag(e)* 1883 u. öft. Tabakarbeiter; *Internationale* 1889, 1910.

Niendorf, Gustav

*1867 (1.9.) in Hamburg, + 1946

Unehelicher Sohn eines Dienstmädchens; ev., später diss.; 1873-1881 Volksschule in Altona; Zigarrenarbeiter; Wanderschaft; militärfrei; [1884] Partei; bis 1900 Zigarrenarbeiter, zuletzt Zigarrensortierer.

Bis 1892 SP-Funktionär in Liegnitz und Posen, bis 1900 Bezirks- und Distriktsführer bzw. Vorsitzender der SP in Ottensen; 1900-1904 Arbeitersekretär in Altona, zugleich Mitglied der Presskommission des „Hamburger Echos“; 1904-1911 Arbeitersekretär in Kiel, zugleich Stadtverordneter; April 1911-Okt. 1919 Redakteur des Verbandsorgans des Tabakarbeiterverbands „Der Tabakarbeiter“ mit Sitz in Bremen, seit 1916 zugleich Redakteur der „Bremischen Correspondenz“ (MSPD); Sept. 1919-März 1920 kommissarischer Landrat und März 1920-Apr. 1932 Landrat des Kreises Pinneberg, dann Ruhestand.

Reichstagskandidat 1907 Schleswig-Holstein 1, 1912 Schleswig-Holstein 1; *Gewerkschaftskongresse* 1892, 1911, 1914 Tabakarbeiter; *Parteitage* 1909.